



# BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

## Wahlanalyse und Energiewende

„Bei der Reform des Ökostrom-Gesetzes EEG kann Bayern mit den Ergebnissen zufrieden sein“, bekräftigte Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer vor dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München. Unter der Leitung von Landesvorsitzendem Stefan Rößle wies Pschierer darauf hin, dass - wie vom Freistaat gefordert - es eine rasche EEG-Reform noch vor der Sommerpause geben werde. Die Bundesregierung habe dazu einen Gesetzentwurf beschlossen.

Pschierer zufolge beträgt 2014 die Umlage für die nach dem EEG vergütete Stromerzeugung 6,24 ct/kWh. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums bleibt sie bis 2017 stabil, bis 2020 steigt sie um höchstens 0,2 Cent. Der Anstieg der EEG-Umlage werde also gestoppt und damit der Hauptpreistreiber für den Strompreis entschärft.

Zudem informierte der CSU-Politiker darüber, dass der Ausstieg aus der Kernenergie irreversibel sei und der Abschaltplan eingehalten werde. Eine Leistungssteigerung für Gundremmingen sei abgelehnt worden und Grafenrheinfeld gehe bereits im Mai 2015, d. h. ein halbes Jahr früher als geplant, vom Netz. Anders

stelle sich die Situation bei Gundremmingen B dar: „Hier strebt Bayern erneut die Zustimmung der Bundesnetzagentur zur Errichtung von Reservekapazitäten auf Gasbasis an.“

Von einem „ambitionierten Zeitplan“ sprach Pschierer mit Blick auf das Thema Thüringer Strombrücke. Der Freistaat habe zusätzliches Personal an die Regierung von Oberfranken abgeordnet, um das Planfeststellungsverfahren zügig voranzutreiben. „Ich gehe davon aus, dass das Verfahren heuer noch abgeschlossen und die Strombrücke in der Folge zügig gebaut werden



V. l.: Werner Bumer, Leiter Außenorganisation und Mitglieder-Management (CSU-Landesleitung), Landrat Georg Huber, Staatssekretär Franz Josef Pschierer, KPV-Vorsitzender Stefan Rößle und KPV-Landesgeschäftsführerin Theresa Flotzinger. Bild: DK

mie für Bestandsanlagen bleibe für die gesamte Laufzeit der Anlage. Die Begrenzung des Ausbaupfad auf hundert Megawatt betreffe nur die reinen Neuanlagen.

### Länderöffnungsklausel

Laut Entwurf soll auch eine Länderöffnungsklausel für größere Abstände von Windkraftanlagen Eingang in das neue EEG-Gesetz finden. Die Klausel ermögliche die Selbstbestimmung der Gemeinden vor Ort. Die Bayerische Staatsregierung hatte zuletzt einen Gesetzentwurf gebilligt, wonach im Freistaat der

Abstand zwischen Windrädern und Wohngebieten mindestens das Zehnfache der Höhe des geplanten Windrades betragen muss. So lautet die sog. 10H-Regel. Bei der derzeit üblichen Höhe moderner Windkraftanlagen von 200 Metern wären das zwei Kilometer. Geringere Abstände sollen „bei Bestehen eines örtlichen Konsenses“ möglich sein. Bislang gilt ein Regelabstand von 800 bis 1.200 Metern.

Wie Pschierer zudem ausführte, müssen energieintensive Betriebe weiterhin nicht die volle EEG-Umlage zahlen. Dadurch

(Fortsetzung auf Seite 4)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

## Kompromiss und Kehrtwende

Neben dem Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen und der Energiewende stand eine Bilanz der Kommunalwahlen vom März dieses Jahres auf der Tagesordnung einer Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags. Nach Darstellung des Vorsitzenden, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, bringen die Wahlen für den Verband große Veränderungen mit sich: Von 16 langjährigen Kolleginnen und Kollegen aus dem Vorstand scheiden neun aus, darunter auch die Vorsitzendenkollegen Hans Schaidinger (Regensburg) und Michael Sedlmair (Ismaning).

„Die vom Volk direkt gewählten Mandatsträger, die im Mai ihre Ämter wieder antreten oder neu antreten, entscheiden über die Zusammensetzung und die inhaltliche Orientierung des Bayerischen Städtetags bei der Vollversammlung am 9. und 10. Juli 2014 in Altötting“, stellte Maly fest. In den Mitgliedstädten des Städtetags wohnen über 6,7 Millionen Menschen, d. h. mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bayerns. Maly: „Gewählte Bürgermeister und Stadträte sind die Basis des Ver-

bands. Somit kann sich der Bayerische Städtetag auf ein allgemeines Mandat der gesamten Bürgerschaft berufen. Die gewählten Mandatsträger bestimmen über die Richtung und die Ziele des Bayerischen Städtetags.“

### 269 Bürgermeisterwahlen

Wie der Verbandschef bilanzierte, fanden in 218 von insgesamt 269 Mitgliedstädten und Mitgliedsgemeinden des Bayerischen Städtetags Wahlen zum Oberbürgermeister und Ersten Bürgermeister statt. In diesen 218 Kommunen wurden 132 Bürgermeister wiedergewählt (davon 119 im ersten Wahlgang und 13 in der Stichwahl) sowie 86 Bürgermeister neu bestimmt (davon 31 im ersten Wahlgang und 55 in der

(Fortsetzung auf Seite 4)

Jahresbericht 2014 des Bayerischen Obersten Rechnungshofs:

## Süßes Gift der Steuermehreinnahmen

Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in seinem diesjährigen Jahresbericht, der das Haushaltsjahr 2012 zum Gegenstand hat, die Haushaltspolitik der Staatsregierung kritisiert. Wie ORH-Präsident Dr. Heinz Fischer-Heidlberger in München hervorhob, sei der rasante Anstieg der Staatsausgaben bedenklich. Das „süße Gift“ der sprudelnden Steuereinnahmen dürfe nicht dazu führen, bei der Ausgabendisziplin nachzulassen. Bayern mache in der Haushaltspolitik vieles richtig, „muss aber aufpassen, dass es nicht vom rechten Weg abkommt“.

„Mit dem Nachtragshaushalt 2014 wird ein neuer Rekord erreicht: 49,7 Mrd. Euro will die Staatsregierung in diesem Jahr ausgeben.“ Damit hätten sich die Ausgaben des Freistaats innerhalb der letzten zehn Jahre um über 44 % erhöht, erklärte der Rechnungshofpräsident. Die Preise seien dagegen im gleichen Zeitraum nur um 15 % gestiegen. Fischer-Heidlberger: „Ich bin mit Finanzminister Söder einig, dass derartige Ausgabensteigerungen kein Zukunftsmotiv sind und es so nicht weitergehen kann. Darauf zu setzen, dass die gute Konjunktur auch in diesem Jahr wieder zusätzliche Steuereinnahmen in die Staatskasse spülen wird, um das im Nachtragshaushalt klaffende Haushaltsloch zu stopfen, ist kein gutes Beispiel für eine solide Haushaltspolitik. Die Stabilität des Haushalts und der angestrebte Schuldenabbau geraten so in Gefahr.“

2012 habe der Freistaat damit begonnen, seinen Schuldenberg kontinuierlich abzutragen. Der Oberste Rechnungshof sei mit dieser Entwicklung sehr zufrieden,

den, die nicht zuletzt auch auf seine Mahnungen zurückgehe. Wenn die Staatsregierung es ernst meine mit dem Ziel, bis 2030 zumindest die Schulden im allgemeinen Haushalt vollständig zurückzahlen, müssten bis dahin noch 17 Mrd. Euro Schulden getilgt werden. Im Durchschnitt müsse die Verschuldung also pro Jahr um etwa 1 Mrd. Euro zurückgeführt werden. Tatsächlich sollen 2014 bis 2016 jährlich aber nur ein halbe Milliarde in den Schuldenabbau fließen.

### Mehr Steuerprüfer nötig

Erneut weist der ORH vor diesem Hintergrund darauf hin, dass Bayern konsequenter beim Steuervollzug sein könnte. Hierzu seien noch mehr Steuerprüfer erforderlich. Zwar habe sich die Lage verbessert; dennoch dauerten Verfahren zu lange, zudem mache den Beamten veraltete Software zu schaffen. „Der ORH hält es für erforderlich, den Personalmangel in den Finanzämtern unterschiedener anzugehen

und die Besetzung der offenen Stellen weiter voranzutreiben“, so Fischer-Heidlberger.

### Bilanz bei Personalstellen

Zum ersten Mal seit 2008 zog der ORH wieder eine Bilanz bei den Personalstellen. Demnach erhöhte sich die Stellenzahl zwischen 2008 und 2012 um 15.666 auf 278.625. Zuwächse gab es vor im Bildungsbereich, bei Polizei und Justiz (plus 17.244). Stellen abgebaut wurden in Verwaltungen, etwa bei Regierungen und Landratsämtern (minus 1.578).

Auch in punkto BayernLB ist nach Einschätzung des ORH ein Happy End noch nicht in Sicht. Mit 10 Mrd. Euro sei der Freistaat Ende 2008 eingesprungen, um der Bayerischen Landesbank durch die Finanzkrise zu helfen. Zusätzlich übernahm er eine Garantie zur Absicherung der ABS-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Vormerken!  
15. Mai  
2014

## Wasser.Kraft.Bayern.

GZ lädt zum Wasserkraft-Forum

Wasser. Kraft. Bayern. heißt es beim zweiten Bayerischen Wasserkraftforum am 15. Mai in der KolpingAkademie in Ingolstadt. Hochkarätige Referenten erläutern Potenziale und Grenzen der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen werden u. a. Ausbaumöglichkeiten und ökologische Werthaltigkeit dieser grundlastfähigen, CO<sub>2</sub>-freien und im Höchstmaß nachhaltigen Energiequelle. Daneben spielen die Themen Natur-, Klima-, Umweltschutz eine wichtige Rolle.

Für angemeldete Gäste ist der Besuch des Symposiums kostenfrei. Eingeladen sind kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter und Multiplikatoren sowie Wirtschafts- und Pressevertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

kann“, betonte der Staatssekretär. Eine klare Absage erteilte er dagegen einer Süd-Ost-Passage. Diese sei mit der Staatsregierung nicht zu machen. Konkret geht es um den Bau der neuen Gleichstromtrasse von Sachsen-Anhalt über Oberfranken bis Meitingen. Sie würde Import von Braunkohlestrom bedeuten und sei rücksichtslos gegenüber Landschaft und Siedlungen, stellte Pschierer fest.

### Biogas als Regelernergie

Gesichert ist dagegen die Zukunft der Biomasse. Über 2.000 Biogasanlagen stellen die einzige einsetzbare Regelernergie in Bayern dar. Nach Pschierers Angaben habe der Freistaat wichtige Verbesserungen für die Biomasse erreicht: „Die bestehenden Anlagen erhalten Bestands- und Vertrauensschutz.“ Die Flexibilitätssprache

Neues von Sabrina



Ostern, das Fest der Auferstehung, liegt heuer bekanntermaßen geradezu in der Mitte zwischen Stichwahlen und dem Beginn der neuen Amtszeit. So bietet es eine gute Gelegenheit, neue Kraft zu tanken. Für den Bürgermeister heißt das, deutlich zu machen, dass wir politisch wie gesellschaftlich den Frühling eines neuen Aufbruchs brauchen. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Tarifabschluss: Kommunen zahlen hohen Preis	2
G9-Volksbegehren der Freien Wähler startklar	2
Nationales Dialogforum zur Zuwanderung	2
<b>GZ-Kolumne Anne-Marie von Hassel: Wenn uns die Worte fehlen...</b>	<b>3</b>
20 Jahre Gesamtkonzept für Frauenhäuser in Bayern	3
Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik	4
<b>GZ-Fachthema: Kommunale Energiethemen</b>	<b>5-12</b>
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Tarifabschluss im öffentlichen Dienst:

## Kommunen zahlen hohen Preis

In der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst haben Arbeitgeber und der Bund mit den Gewerkschaften ver.di und dbb in Potsdam eine Einigung erzielt. Diese sieht Gehaltssteigerungen von 3,0 Prozent ab März 2014 (mindestens 90 Euro) und weitere 2,4 Prozent ab März 2015 vor.

Zudem erhöhen sich die Ausbildungs- und Praktikantentgelte ab März 2014 um 40 Euro und ab März 2015 um weitere 20 Euro. Gefordert hatten die Gewerkschaften eine Erhöhung um 100 Euro allein für 2014. Die bestehende Übernahmeregelung wird verlängert. Eine Übernahmeverpflichtung, unabhängig vom Bedarf, die die Gewerkschaften gefordert hatten, wurde nicht vereinbart.

Der Urlaubsanspruch beträgt

zukünftig unabhängig vom Alter einheitlich 30 Tage. Für Auszubildende und Praktikanten steigt der Urlaub um einen Tag auf 28 Tage. Auch für sie hatten die Gewerkschaften einen Urlaubsanspruch von 30 Tagen gefordert. Bei den Sonderforderungen konnten sich die Arbeitgeber weitgehend durchsetzen. Zusätzliche Belastungen für den Nahverkehr und die Krankenhäuser konnten abgewehrt werden.

Bayerischer Integrationsbeauftragter:

## Nationales Dialogforum zur Zuwanderung

Zuwanderung ist in unserer Gesellschaft umstritten. Einerseits brauchen wir sie schon angesichts des demographischen Wandels und des zunehmenden Mangels an qualifizierten Fachkräften. Andererseits haben manche Menschen Angst vor Zuwanderung und fürchten den Verlust ihrer Identität. Für den Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdL, Anlass genug, zu diesem Thema ein Nationales Dialogforum zu fordern, an dem alle integrationspolitisch relevanten Akteure, vor allem aber auch Vertreter der Zivilgesellschaft beteiligt werden sollen.

München. Der Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, MdL, fordert ein Nationales Dialogforum, um dort gemeinsam Strategien für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Zuwanderungspolitik zu erarbeiten. „Derzeit redet alle Welt über Zuwanderer, aber oft ohne Kenntnis der relevanten Zahlen, Daten und Fakten – und noch häufiger aneinander vorbei. Für die einen ist Zuwanderung sogar unabhängig von der Qualifikation ein Allheilmittel, für die anderen stellt sie eine Bedrohung dar. Ohne sich hier auf gemeinsame Grundlagen verständigt zu haben, über was wir eigentlich reden, werden wir hier zu keiner Einigung kommen. Und deshalb brauchen wir ein Nationales Dialogforum“.

Pauschale Urteile vermeiden

Kritisch sieht Neumeyer vor allem die Tendenz zu pauschalen Urteilen, wenn es um Zuwanderung und deren Modelle geht. „Die Situation in Deutschland ist nur bedingt mit der etwa in Ka-

nada, den USA, Australien oder der Schweiz vergleichbar. Was wir in Deutschland brauchen, sind pragmatische, über den Tag hinausweisende Lösungen und keine dogmatische Debatte“, so Neumeyer.

Zukunftsthema

Außerdem werde viel zu wenig darüber diskutiert, wie Bayern und Deutschland die anschließende Integration bewältigen sollen. Deshalb bedürfe es einer offenen Diskussion über dieses wichtige Zukunftsthema, die wirklich alle Betroffenen einbeziehe. „Und dazu gehört gerade auch die Zivilgesellschaft. Eine vernünftige Zuwanderungspolitik braucht letztlich eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Und die können wir nur erreichen, wenn wir einen offenen und ehrlichen Dialog führen und dabei unsere gegenseitigen Erwartungen und Zielsetzungen ansprechen“. Dazu wäre, so der Beauftragte, „ein Nationales Dialogforum genau das richtige Format, in Bayern wie auch in Deutschland“.

Insgesamt ergibt sich aus Sicht der kommunalen Arbeitgeber ein gemischtes Fazit. Wie VKA-Präsident Dr. Thomas Böhle betonte, „waren die diesjährigen Tarifverhandlungen gekennzeichnet von einem positiven gesamtwirtschaftlichen Umfeld, mit dem die Gewerkschaften unter anderem ihre Entgeltforderungen begründet haben. Zugegeben, die Steuereinnahmen der Kommunen haben im letzten Jahr zugenommen und werden hoffentlich auch in diesem Jahr in der prognostizierten Höhe weiter ansteigen. Aber: Die Steuermehreinnahmen kommen nicht bei allen Kommunen an und vergrößern so die Kluft bei ihren jeweiligen finanziellen Möglichkeiten.“

Grenze des Vertretbaren

„Insgesamt geht der Abschluss daher an die Grenze des für uns insgesamt Vertretbaren“, fuhr Böhle fort. „Die mit dem vereinbarten Mindestbetrag für 2014 verbundenen stärkeren Zugewinne in den unteren Entgeltgruppen sind nicht das, was wir gewollt haben. Aber: Der Mindestbetrag hat in den höheren Entgeltgruppen eine deutlich größere Entgeltsteigerung ermöglicht als dies bei dem von den Gewerkschaften geforderte Sockelbetrag im Rahmen des vereinbarten Gesamtvolumens möglich gewesen wäre.“

Faires Ergebnis

Der Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, erklärte: „Insgesamt haben wir nach schwierigen Verhandlungen ein aus unserer Sicht gutes und faires Ergebnis erzielt. Dabei haben wir die Kosten für die Steuerzahler ebenso berücksichtigt wie die berechtigten Wünsche der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen nach einer Lohnerhöhung.“

Erleichterung

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund zeigte sich wiederum erleichtert, dass es doch noch zu einem Kompromiss im Tarifstreit des öffentlichen Dienstes gekommen ist. „Die Erhöhung von rund 5,4 % und einem Mindestbetrag von 90 Euro in 2014 bei einer Laufzeit von 24 Monaten geht allerdings an die Schmerzgrenze, in einzelnen Städten und Gemeinden wird sie überschritten“, machte DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg deutlich. Positiv sei zu bewerten, dass ein Sockelbetrag vermieden werden konnte. Der Abschluss kostete die kommunalen Arbeitgeber rund 5 Mrd. Euro. Die Städte und Gemeinden hätten mehr als zwei Millionen Tarifangestellte, der Bund knapp 140.000. Im vergangenen Jahr betragen die Personalkosten der Kommunen ca. 50,7 Mrd. Euro. 26 Prozent ihrer Gesamtausgaben entfielen damit auf den Personalbereich.

Dramatische Haushaltslage

„Deswegen ist dieser Abschluss für die Kommunen eine besondere Belastung“, so Landsberg: „Bei allem Verständnis, dass auch die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst am Aufschwung profitieren wollen, darf nicht aus dem Blick geraten, dass die milliardenschweren Mehrkosten letztlich gegenfinanziert werden müssen. In vielen Städten und Gemeinden ist die Haushaltslage weiterhin so dramatisch, dass die Zusatzkosten nur

über weitere Schulden finanziert werden können. Andererseits ist es gut für Deutschland, die Bürger und die Wirtschaft, dass ein langwieriger Arbeitskampf vermieden werden konnte. Der DStGB fordert die Bundesregierung nunmehr auf, die Kommunen wie in den Koalitionsverhandlungen zugesagt um 1 Mrd. Euro in 2014 bei der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu entlasten und die Reform noch in dieser Legislaturperiode umzusetzen.“

Hohe Lasten

„Für Städte und Gemeinden hat die Einigung in den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf 5,4 Prozent für zwei Jahre einen hohen Preis. Der Kompromiss ist für die kommunale Seite gerade noch erträglich. Vor allem auf Städte und Gemeinden, die finanziell nicht auf Rosen gebettet sind, kommen hohe Lasten zu. Die Kämmerer werden ihre Bleistifte spitzen müssen, denn die Tarifierhöhung bedeutet für die angespannten kommunalen Haushalte eine außerordentliche Belastung“, stellte der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags Bernd Buckenhofer fest.

380 Millionen Euro in 2014

„Der Abschluss kostet bundesweit die kommunalen Arbeitgeber 2014 rund 2,55 Milliarden Euro und 2015 zusätzliche zwei Milliarden Euro; nach einer ersten ganz groben Schätzung dürften bayerische kommunale Arbeitgeber 2014 mit rund 380 Millionen Euro und 2015 mit 300 Millionen Euro betroffen sein. Das Kostenvolumen der Einigung schöpft die finanziellen Spielräume der Kommunen voll aus. Im Angesicht der ursprünglichen Forderungen von 7,1 Prozent für 12 Monate ist das Ergebnis vertretbar.“

Preissteigerungsausgleich

Buckenhofer weiter: „Für die kommunalen Beschäftigten musste ein Ausgleich für die Preissteigerungen gefunden werden: Beschäftigte in kommunalen Diensten leisten wertvolle Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger - zum Beispiel in Kindertagesstätten, Bussen, Bahnen, bei Müllentsorgung, Wasserversorgung und in den Verwaltungen. Wer gute Leistungen erbringt, muss entsprechend entlohnt werden. Den Bürgerinnen und Bürgern erspart die Einigung in den Tarifverhandlungen Belastungen und Beeinträchtigungen durch weitere Streiks: So sind etwa die Folgen von Streikaktionen für Kinder und Eltern in Kitas ebenso kurzfristig zu spüren wie für Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr.“ Positiv bewertet Buckenhofer die Laufzeit des Tarifvertrags von 24 Monaten: „Das bringt den Kommunen Planungssicherheit für die Aufstellung der Haushalte.“

Hypothek für nächste Jahre

DLT-Beigeordneter Dr. Kay Ruge kommentierte das Verhandlungsergebnis gegenüber Handelsblatt Online wie folgt: „Die Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen leisten gute Arbeit und sollen daher auch an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. Allerdings müssen wir ebenso an die Situation der Städte, Kreise und Gemeinden denken. Mit Blick darauf bedeutet die Tarifeinigung nichts anderes als eine weitere große Hypothek für die nächsten Jahre. Die zusätzlichen Personalkosten entziehen der ohnehin schon hoch verschuldeten öffentlichen Hand wichtige Mittel für Zukunftsinvestitionen wie etwa den Straßenerhalt oder den Ausbau von Krippenplätzen. Auch erhalten so Überlegungen zu möglichen Privatisierungen oder Gebührenerhöhungen für öffentliche Dienstleistungen neuen Auftrieb.“ DK

## G9-Volksbegehren der Freien Wähler startklar

Das Bayerische Innenministerium hat den Zulassungsantrag der Freien Wähler (FW) zum Volksbegehren hinsichtlich der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) rechtlich gebilligt. Die zweiwöchige Eintragungsfrist läuft vom 3. bis 16. Juli. Für den Erfolg des Volksbegehrens ist ein Quorum von mindestens zehn Prozent der Stimmberechtigten in Bayern (ca. 945 000) erforderlich.

Der mit dem Volksbegehren verfolgte Gesetzentwurf der FW will erreichen, dass die Gymnasien selber entscheiden können, ob sie acht- oder neunjährig sind. Darüber hinaus will FW-Generalsekretär und Mitinitiator Michael Piazzolo mit seinem Volksbegehren den Druck auf die Staatsregierung für eine Schulreform nochmals erheblich verstärken. Außer den Bürgern wolle er auch Sportvereine und Kirchen als „Bündnispartner“ gewinnen.

Innerhalb der Landtagsfraktionen von CSU, SPD und Grünen habe es wohl erkennbare Bewegung im Hinblick auf die von den Freien Wählern im Volksbegehren vorgeschlagene Wahlfreiheit gege-

ben. Mittlerweile lehnten jedoch alle drei Fraktionen diese FW-Initiative vehement ab. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Markus Rinderspacher erklärte, kein einziger Verband und keine Partei unterstütze diese Position. Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) nannte das Volksbegehren „Totengräber der kleinen Landgymnasien“ und bezeichnete es als handwerklich denkbar schlechtes Konzept.

Wenn sich in den Rathäusern bis 16. Juli mehr als 945.000 stimmberechtigte Bürger für das FW-Volksbegehren eintragen, kommt es im Herbst dieses Jahres zum Volksentscheid. Außer der Landtag nimmt das Gesetz von sich aus an. rm

## Orientierungsrahmen für bayerische Sparkassen

Der Sparkassenverband Bayern hat für die 71 bayerischen Sparkassen einen Orientierungsrahmen zur Behandlung von Spenden, Sponsoring, Veranstaltungen, Fachtagungen und Zuwendungen erlassen und den Sparkassen zur Verfügung gestellt.

Der Sparkassenverband Bayern zieht damit Konsequenzen aus dem Fall Miesbach, der in der öffentlichen Wahrnehmung das Ansehen der bayerischen Sparkassen insgesamt zu belasten drohte. Präsident Theo Zellner: „Wir haben in den letzten Wochen den Sonderfall Miesbach intensiv in den Gremien diskutiert und wollen mit diesem Orientierungsrahmen Transparenz nach innen und nach außen schaffen, was unsere Sparkassen als gemeinwohlverpflichtete regionale Kreditinstitute tun dürfen und was nicht.“

Ungeachtet der Tatsache, dass weiterhin keine Anhaltspunkte für vergleichbare Fälle in Bayern vorliegen, setzt der Sparkassenver-

band Bayern damit ein klares Zeichen für das Selbstverständnis der kommunalen Sparkassen in Bayern. Mit dem Orientierungsrahmen werden für die unternehmerisch eigenverantwortlichen Sparkassen auf Grundlage ihres gesetzlichen öffentlichen Auftrags die möglichen Maßnahmen bei Spenden, Sponsoring, Veranstaltungen, Fachtagungen und Zuwendungen beschrieben und die Anforderungen an die Angemessenheit verdeutlicht. Damit werden zugleich die Grundsätze guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung (§ 11 der Bayerischen Sparkassenordnung) für einen integrierten Umgang mit diesen Fragestellungen konkretisiert. □

Änderung des Prostitutionsgesetzes:

## Nun muss gehandelt werden

Vorschläge der Frauen-Union Bayern

Konkrete Vorschläge für eine Änderung des Prostitutionsgesetzes liegen seit Jahresbeginn auf dem Tisch. Barbara Lanzinger (stellvertretende Landesvorsitzende Frauen-Union) sagte hierzu: „Wir müssen nun dringend in das Gesetzgebungsverfahren einsteigen.“ Das Positionspapier der CSU-Landesgruppe „Der Mensch ist keine Ware: Prostitution regulieren - Menschenhandel bekämpfen“, das im Januar verabschiedet wurde, basiert auf den Vorschlägen, die die Frauen-Union Bayern in einer eigenen Projektgruppe in mehreren Sitzungen zusammen mit den Beratungsstellen Jadwiga und Solwodi sowie Vertretern der Kriminalpolizei erarbeitet hat.

Barbara Lanzinger: „Mithilfe der langjährigen einschlägigen Erfahrung der Experten aus Verbänden und Polizei haben wir praxistaugliche Vorschläge entwickelt, wie Menschenhandel und Zwangsprostitution künftig eingedämmt werden können. Als stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union Bayern und Vorsitzende der Projektgruppe Menschenhandel und Prostitution begrüße ich es sehr, dass auch die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sich nun aktiv in die Debatte einbringt. Wir müssen eine Allianz schmieden, um nun schnell zu Ergebnissen zu kommen.“

Das derzeit geltende Prostitutionsgesetz hat die Lage vieler Prostituierten verschlimmert, da sich das Milieu aufgrund mangelnder Kontrollbefugnisse der Polizei- und Ordnungsbehörden nun in einem quasi rechtsfreien Raum bewegt. Zu den wesentlichen Forderungen der FU Bayern gehört unter

anderem die Abschaffung des in § 3 Prostitutionsgesetz normierten Weisungsrechts der Zuhälter gegenüber Prostituierten und das Verbot der Prostitution unter 21 Jahren. Außerdem soll eine Regulierung durch ein gesondertes Prostitutionsstättengesetz erfolgen, verpflichtende gesundheitliche Kontrollen der Prostituierten eingeführt sowie Beratungsangebote für Aufstiegswillige gestärkt werden.

Auch die Einführung der Strafbarkeit von Freiern, die die Zwangslage von Opfern von Menschenhandel ausnutzen, ist Teil des Forderungskatalogs. „Ich bin außerdem der Überzeugung, dass die Werbung für Bordelle verboten werden soll. Werbung für Orte, an denen Menschen ihren Körper verkaufen, ist unserer Gesellschaft nicht würdig und schafft ein Klima, das der Ausnutzung der Zwangslage von Frauen Vorschub leistet. Hier muss der Staat eingreifen“, betonte Lanzinger. □

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Friedrich Walter  
91720 Absberg  
am 20.4.

Bürgermeister Adolf Berger  
94369 Rain  
am 24.4.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Klaus Elze  
97280 Remlingen  
am 19.4.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Herbert Gebhardt  
95237 Weißdorf  
am 21.4.

Bürgermeisterin  
Katharina Rottenwallner  
84169 Altfraunhofen  
am 24.4.

Bürgermeister  
Siegfried Böhringer  
93128 Regenstein  
am 24.4.

Bürgermeisterin Lore Meier  
91744 Weiltingen  
am 28.4.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jörg Nowy  
93343 Essing  
am 21.4.

Bürgermeister Thomas Zinnecker  
86447 Aindling  
am 29.4.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Halmich  
83487 Marktschellenberg  
am 20.4.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Claus Meyer  
91282 Betzenstein  
am 21.4.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marc Nitschke  
83234 Übersee  
am 17.4.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

## 16. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung:

# Verspielen wir Grund und Boden?

Bestands- und Flächenentwicklung im Praxistest

Der verantwortungsvolle Umgang mit Grund und Boden ist ein täglich zu meisternder Spagat zwischen dem Schutz des Eigentums wie auch des Gemeinwohls. Ökonomische, ökologische, aber auch soziale und kulturelle Werte spielen bei der Abwägung eine Rolle. Die 16. Münchner Tage der Bodenordnung und Landentwicklung im Konferenzzentrum München widmeten sich mit Vertretern aus Politik, Verwaltung, Kommunen, Forschung, Wirtschaft und Wissenschaft diesem komplexen Themenspektrum. Über 150 Teilnehmer aus ganz Deutschland kamen zu der zweitägigen Fachveranstaltung des Förderkreises Bodenordnung und Landentwicklung München e.V. in Zusammenarbeit mit der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Landentwicklung und der Hanns-Seidel-Stiftung.

Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, zeigte die vielfältigen Leistungen auf, die die Natur für die Volkswirtschaft erbringt und welche Verluste mit einem anhaltenden Flächenverbrauch verbunden sind. Flächensparen ist Kumutat zufolge daher das Gebot der Stunde, sowohl in Wachstums- als auch in Schrumpfräumen. Zahlreiche Hilfsmittel stünden den Kommunen zur Verfügung. Der LfU-Präsident nannte beispielsweise die Internetplattform Bündnis zum Flächensparen, die kostenlose bayerische Flächenmanagement-Datenbank und den Folgekosten-Schätzer für neue Wohnbaugebiete – bewährte Instrumente, die eine nachfrageorientierte, zukunftsfähige Planung ermöglichen, statt einem „Prinzip Hoffnung“.

Auf die – seiner Meinung nach eher begrenzten – Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinden bei der Innenentwicklung ging Dr. Jürgen Busse, geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, ein. Sein Rat angesichts der eher schwachen rechtlichen Instrumentarien, ist die gemeindliche Entwicklung von Leitbildern zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen vor Ort. Sein Rat: „Gemeinsam aufgestellte Ziele werden eher akzeptiert. Freiwilligkeit und Überzeugungsarbeit ist besser als Zwang.“

Dies ist auch die Erfahrung von Stefan Raetz, Erster Bürgermeister der Stadt Rheinbach. Die Gemeinden seiner Region haben ein gemeinsames strategisches Gewerbeflächenentwicklungskonzept erstellt. Das Forum Baulandmanagement in Nordrhein-Westfalen setzt demnach auf Kooperation und neue Wege, statt auf eine „ruinöse Konkurrenz von Städten, suburbanen und ländlichen Raum“. Der Standortförderer berät die Unternehmen nicht nur hinsichtlich der Standortwahl, sondern auch bei der Baugestaltung: „Wir wollen keine Baugebiete von der Stange“.

Raetz verwies in dem Zusammenhang eindringlich auf die ge-

samtgesellschaftliche Verpflichtung des Eigentums: „Ein Gebäude ist mehr als nur ein Investitions- und Renditeobjekt. Denn was ist es, das eine Stadt ausmacht? Die Atmosphäre! Erst aus dem Zusammenwirken vieler kleiner Aufmerksamkeit entwickelt sich der gewisse Charme“. Der Eigentumsgebrauch unterliege nicht allein dem freien Belieben des Eigentümers, so Raetz. So stehe es auch im Grundgesetz, Artikel 14 „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“.

Im Laufe der Tagung wurden in Vorträgen, Diskussionen und im abschließenden Workshop noch zahlreiche weitere Aspekte und Modellvorhaben vorgetragen. Dabei ging es um die Georesource Boden und um Landschaften, um Ortskerne und Freiflächen, um Immobilienstandorte und Konversionsflächen.

## Sozialverträglichkeit

Wie Prof. Dr. Fabian Thiel (Fachhochschule Frankfurt am Main) darlegte, können „Grundflächen“ Grundstücke oder Flächen innerhalb eines Gebäudes sein. Beides verlange nach einer vorausschauenden, sozialverträglichen Haushaltspolitik. Ein wichtiges Element des häuslichen Umgangs mit Grundflächen sei die Bodenpolitik. Verkürzt ausgedrückt beschäftige sie sich mit der Steuerung und Anpassung unterschiedlicher Eigentumsformen.

Eine sozialverträgliche Haushaltspolitik für Grundflächen muss laut Thiel innovative Verfahren und Regelungen für öffentliches und auch privates Gemeinshaftseigentum eröffnen. Eine außerordentlich interessante haushalterische und eigentumspolitische Aufgabe werde in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren beispielsweise die Analyse sein, welche alternativen eigentumsrechtlichen Arrangements in Bezug auf denjenigen Grund und Boden in Frage kommen, der keine ökonomisch tragfähige (Wieder-)Nutzungsperspektive für die pri-

vaten Eigentümer mehr bietet.

Christina von Seckendorff, Referatsleiterin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, verwies darauf, dass in Bayern wie auch bundesweit Einfamilienhäuser die am weitesten verbreitete Wohnform bilden. Mit dem Aus- bzw. Fortzug der Kinder, dem zunehmenden Alter der Bewohner und einem steigenden Sanierungsbedarf stünden Eigentümer und Kommunen in älteren Einfamilienhausgebieten vor neuen Aufgaben.

Gebäudebestand, Quartiersstruktur sowie Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen würden einerseits in vielen Fällen schon heute nicht mehr den Bedürfnissen, insbesondere der älteren Bewohner gerecht. Andererseits bevorzugten junge Familien häufig die Neubaugebiete am Siedlungsrand. Diese Entwicklungen stünden einer effizienten Flächennutzung, Infrastrukturauslastung und flächensparenden Siedlungsentwicklung entgegen – zumal in älteren Einfamilienhausgebieten häufig noch unbebaute Grundstücke anzutreffen seien und aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Bewohner zukünftig mit mehr Immobilienangeboten durch Erbfälle bzw. den Verkauf der Immobilie zu rechnen ist.

## Modellprojekt

In einem ressortübergreifenden Modellprojekt der Bayerischen Staatsministerien für Umwelt und Verbraucherschutz, für Arbeit und Soziales, Familie und Integration, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Obersten Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr werde deshalb die Weiterentwicklung von Einfamilienhausgebieten der 1950er bis 70er Jahre unter besonderer Berücksichtigung demografischer Veränderungen und der Stärkung der Innenentwicklung untersucht, führte von Seckendorff aus. Wesentliche Aufgabe im Modellprojekt sei es zudem, anhand der Beispielquartiere in den Modellkommunen Karlstadt am Main, Langenneufnach und Marktrodach ressortübergreifende Lösungsansätze und Maßnahmen im Dialog mit den Bürgern, aktiven Gruppen und Multiplikatoren vor Ort zu erarbeiten (Integriertes Quartierskonzept). Abschließend werde ein Leitfaden mit praxisorientierten, übertragbaren Lösungsansätzen zur Anpassung und Revitalisierung von älteren Einfamilienhausgebieten erstellt. Das Modellpro-

## Liebe Leserinnen und Leser,

die jüngsten Kommunalwahlen sind nach allen Regeln der Kunst analysiert. Die Frage nach dem Grund, warum der Eine oder die Andere gewählt oder nicht gewählt wurde, lässt sich häufig damit beantworten, ob die Kandidaten eine Sprache gefunden haben, die ihre Wähler verstehen und teilen konnten. „Dem Volk aufs Maul schauen“ wollte Martin Luther und hat damit erreicht, dass sich weite Teile der Christenheit von Rom lossagten.

Sprache stiftet Identität. „Ich bin ein Franke, ein Nürnberger gar, ein Schwabe, ein Allgäuer, ein Altbayer ...“ wird erfahrbar über die Spra-



Angebot in der Sprache der Dichter und Denker.

Ich habe nichts gegen englischsprachige Songs. Die vom BR getroffene Auswahl kenne ich häufig schon seit Jugendtagen. Dass junge Menschen sich heute rund um den Globus so frei bewegen, hängt auch damit zusammen, dass Englisch als Verständigungsbasis etabliert ist.

Mit Musik „berieseln“ lasse ich mich bei Autofahrten. Manchmal meine ich über viele Jahre ein Lied zu kennen und stelle dann irritiert fest, wie sehr ich mich getäuscht habe. Das wunderbare „Happy birthday“ von Stevie Wonder zum Beispiel ist gar nicht lustig. Genauso wenig wie „Seasons in the sun“ von Terry Jacks! „We had joy, we had fun, we had seasons in the sun doodle, doodle, doodle ...“. Ich habe mich amüsiert und dazu getanzt. Oh wie beschämend! Die (fremde) Sprache ist mir letztlich zu wenig vertraut.

Im schwäbischen Nachbarlände schuf der SWR eine Veranstaltungsförm, die dieses Defizit für seine Hörer ein Stück weit ausgleicht. Bei den SWR3 Live-Lyrix erzählen Moderatoren und Schauspieler auf deutsch die Geschichten der Pop- und Rockmusik. „Das ist Musik und Schauspiel zum Fühlen und Anschauen, zum Lachen, Innehalten, Schaudern, Staunen, Schluchzen, Aufhorchen, Aufatmen, Verstehen – und immer wieder für eine neue Überraschung gut“, heißt es in einem Zeitungsbericht. Plötzlich verstehen die Menschen, was sie so lange gehört haben und sind begeistert. Schade, dass es bei uns nichts Vergleichbares gibt!

Die große Zahl deutschsprachiger Interpreten, die in unseren öffentlich-rechtlichen Sendern nicht platziert werden, ist damit natürlich trotzdem nicht bedient; ebensowenig sind es die Hörer, die diesbezügliche Wünsche haben.

Ich erinnere deshalb nochmals an Zwangs-GEZ und Bildungsauftrag. Wenn es des Bildungsauftrags wegen kaum Musik geben soll, die in unserer vertrauten Sprache die Menschen erreichen darf, wäre es doch nur konsequent, „native speakers“ mit der Moderation zu betrauen, die Redaktionen mit Engländern zu besetzen und die Reportagen auf englisch zu erarbeiten. Erst recht müssten Chefredaktion und Intendanz mit englischen Muttersprachlern besetzt sein.

Nichts für ungut! „Man muss das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“, sagt der Volksmund. Aber ein bisschen mehr Sensibilität würde nicht schaden.

Für die Osterfeiertage alles Gute!

Ihre Anne-Marie von Hassel  
Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

## Wenn uns die Worte fehlen ...

che. Das Lebensgefühl der Bürger, ob sie zufrieden sind mit ihrer Gemeinde, ob sie sogar glücklich und stolz sind, weil sie in Kempten, Siegen-dorf, Wattenweiler, Mitterteich oder Pumperndel leben, drücken sie in ihrer Sprache aus. Auch hat sich gezeigt, dass Menschen aus fremden Kulturräumen desto besser integriert werden, je mehr sie sich in der Sprache des Gastlandes oder der neuen Heimat artikulieren können.

Hören Sie Radio, liebe Leser? Unseren heimischen BR vielleicht? Bayern 1, 2 oder 3? Suchen Sie sich doch im Internet eine „Playlist“! Ja, genau: eine Playlist! Geben Sie einfach bei google.de „BR playlist“ ein. Eine Auswahl gefällig: Der vergangene Samstag z. B.: 11.06 Uhr: Tina Turner / Typical male; 11.10 Uhr: UB 40 & Chrissie Hynde / I Got You Babe; 11.13 Uhr: Bruce Hornsby & The Range / The Way It Is; 11.18 Uhr: Soft Cell / Tainted Love; 11.21 Uhr: Spider Murphy Gang / Skandal im Sperrbezirk; 11.25 Uhr: Bangles / Eternal Flame; 11.33 Uhr: Camouflage / Love Is A Shield; 11.37 Uhr: Simply Red / If you don't know me by now; 11.40 Uhr: Max Werner / Rain in may; usw. usw.

Im Schnitt senden die bayerischen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die wegen ihres Bildungsauftrags unsere Zwangs-GEZ kassieren, etwa jede halbe Stunde einen deutschsprachigen Titel. Was von der Spider Murphy Gang um 11.21 Uhr so flott präsentiert wurde, waren – wenn man sich den Inhalt wirklich zu Gemüte führt – Zoten. Und das, wie gesagt, als einziges

jekt läuft seit 2012 und endet 2014.

Dr. Christina Kühnau, (Hochschule Weihenstephan-Triesdorf) berichtete ihrerseits aus dem laufenden, vom Bundesamt für Naturschutz geförderten und gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (difu), Berlin, bearbeiteten Forschungsprojekt „Entwicklung von naturschutzfachlichen Zielen und Orientierungswerten für die planerische Umsetzung der doppelten Innenentwicklung“.

Mit der sog. doppelten Innenentwicklung sollen Kühnau zufolge Flächenreserven sinnvoll genutzt, aber gleichzeitig auch innerstädtische Freiflächen entwickelt, miteinander vernetzt und qualitativ verbessert werden. Besonders in hoch verdichteten Ballungsräumen sind die (noch) vorhandenen Freiflächen von besonderer Bedeutung für die wohnortnahe Erholung der Menschen, gleichzeitig haben sie eine wichtige ökologische Funktion u. a. als Trittsteinbiotope und als klimatische Ausgleichsflächen. Eine nachhaltige städtebauliche Lenkung sei daher notwendig.

Im Vorhaben werden Kriterien und konkrete Handlungsempfehlungen für die Kommunen entwickelt, wie die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftsplanung in die Strategien und Konzepte für die Innenentwicklung eingebunden werden sollten; direkte Adressaten sind in den Kommunen die für die Doppelte Innenentwicklung zuständigen Behörden.

Wie es gelingen kann, sich als attraktiven Wirtschaftsstandort zu positionieren, ohne dass dies zu Lasten von Natur und Landschaft

geschieht und Lebensqualität sowie touristische Attraktivität leiden, zeigt sich nach den Worten von Prof. Dr. Jörg Maier (RRV-GmbH - Gesellschaft für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis, Kulmbach) am Beispiel des Wirtschaftsbandes A 9 Fränkische Schweiz. In den 18 Kommunen des Wirtschaftsbandes gibt es insgesamt rund 250 Hektar Gewerbeflächen, von denen rund 87 Hektar noch frei verfügbar sind. Um die Vermarktungschancen zu steigern und einen sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche sowie der attraktiven und ökologisch sehr wertvollen Natur und Landschaft zu forcieren, würden alle Flächenpotentiale zukünftig gemeinsam in einen regionalen Gewerbeflächenpool eingebracht und vermarktet.

## Bayerischer Gemeindetag:

## Behördenverlagerung und Reform des kommunalen Finanzausgleichs

Der Bayerische Gemeindetag begrüßte die Ankündigungen von Bayerns Finanz- und Heimatminister Markus Söder, staatliche Ämter in die ländliche Räume des Freistaats verlagern und den kommunalen Finanzausgleich zugunsten finanzschwacher Gemeinden und Städte im Freistaat reformieren zu wollen.

„Das sind wichtige und richtige Vorschläge. Wir begrüßen außerordentlich, dass nun offenbar den Worten auch Taten folgen sollen“ sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

## Positiver Effekt

„Frühere Behördenverlagerungen haben einen positiven Effekt

Der Wert der eingebrachten Flächen bestimme den Poolanteil einer Kommune und dieser sei zugleich Verteilungsschlüssel für die Kosten und Erlöse der Poolgemeinschaft. Der Freistaat Bayern erklärte dieses Vorhaben aufgrund des innovativen Charakters zum bayerischen Modellprojekt und unterstütze damit auch finanziell die partnerschaftliche Zusammenarbeit und die Aufgaben lokalen Kirchturndenkens in der Region. Maier: „Die 18 Kommunen wollen sich mit diesem neuen Instrument der Gewerbeflächenpolitik innerhalb der Metropolregion Nürnberg vor allem als starker Partner der benachbarten oberzentralen Orte und des Verdichtungsraumes Nürnberg/Fürth/Erlangen sowie als attraktiver Standortraum positionieren.“

DK

## 20 Jahre Gesamtkonzept für Frauenhäuser in Bayern

Sozialministerin Emilia Müller: „Frauenhäuser sind unverzichtbar“

„Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter. Erschreckend ist, dass sie häufig in der eigenen Familie stattfindet. Eine aktuelle europäische Studie bestätigte erst vor kurzem wieder, dass jede vierte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben zum Opfer von Partnergewalt wird. Diesen Frauen bleibt dann meist nur die Flucht aus dem eigenen Zuhause. Für sie und ihre Kinder sind unsere Frauenhäuser eine sichere und professionelle Anlaufstelle“, so Bayerns Frauenministerin Emilia Müller, zugleich Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, anlässlich einer Feierstunde zum 20jährigen Jubiläum des Gesamtkonzepts für Frauenhäuser in Bayern.

„Diesen Schutz gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb muss die Arbeit in den Frauenhäusern fachlich und finanziell abgesichert sein. Dafür haben wir im Jahr 1993 mit unserem Gesamtkonzept für Frauenhäuser, das in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und

der Freien Wohlfahrtspflege erarbeitet wurde, den Grundstein gelegt. Und dies hat sich bewährt. Seit 1993 konnten wir etwa 44.000 Frauen mit ebenso vielen Kindern Zuflucht in den bayerischen Frauenhäusern bieten“, erklärte die Ministerin und ergänzte: „Aber auch Gutes

muss von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand gestellt werden. Deshalb starten wir noch in diesem Jahr in enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Freien Wohlfahrtspflege Bayern eine Bedarfsermittlung, um möglichen Handlungsbedarf festzustellen.“

In Bayern gibt es derzeit 38 staatlich geförderte Frauenhäuser mit 340 Plätzen für Frauen und über 400 Plätzen für Kinder.

Im Foyer des Bayerischen Familienministeriums kann noch bis 17. April (montags bis donnerstags von 8 bis 18 Uhr) die Ausstellung „Blick dahinter – Häusliche Gewalt gegen Frauen“ besichtigt werden. □

## Wahlanalyse und Energiewende...

(Fortsetzung von Seite 1) würden hunderttausende von Arbeitsplätzen geschützt. Die Pläne der EU-Kommission, Deutschland diese Erleichterung zu verbieten, seien vom Tisch. Noch im Januar wollte Bundeswirtschaftsminister Gabriel diesen „Eigenstrom“ mit 70 bis 90 Prozent der EEG-Umlage belasten.

Auch der Strom aus Kraftwerken in Industrieparks bleibe umlagefrei. Auf Strom aus neuen Anlagen der produzierenden Wirtschaft müsse zwar ein „Solidarbeitrag“ von 15 Prozent EEG-Umlage bezahlt werden; insbesondere Investitionen in effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen dürften damit aber trotzdem rentabel bleiben.

Mit einer detaillierten Wahlnachlese zu den Kommunalwahlen Mitte März wartete Werner Bumeder, Leiter Außenorganisation und Mitglieder-Management (CSU-Landesleitung), auf. Er informierte darüber, dass die CSU insgesamt 45 der 58 Landratswahlen gewinnen konnte (FW 9, SPD 2, Grüne 2). Damit stelle die CSU 50 (bisher 45) von 71 Landräten. Auch behielt die CSU in 10 von 19 OB-Wahlen in kreisfreien Städten die Oberhand (SPD 8, FW keine, parteilos 1). Damit stelle sie 12 Oberbürgermeister in kreisfreien Städten (bisher 143) von 25.

In großen Kreisstädten wiederum konnte die CSU 10 von 16 Wahlen gewinnen (SPD 5, FW keine, parteilos 1). Damit stellt die Partei 15 Oberbürgermeister in Großen Kreisstädten (bisher

14) von 29. Auch kann die CSU auf 988 Bürgermeister in kreisangehörigen Gemeinden (bisher 977) verweisen. In den Kreistagen und Stadträten kreisfreier Städte hat die CSU 39,7 % der Stimmen erreicht. Bei den Sitzen in den Parlamenten erzielte sie 40 %.

Diese Ergebnisse zeigten, „dass die CSU als kommunale Kraft in ganz Bayern bestätigt wurde“, so Bumeder. „Es ist keine kommunale Kraft erkennbar, die der CSU auf Augenhöhe begegnen kann.“

Klarer Verlierer der Kommunalwahl sei die SPD. Sie stelle nach den Kommunalwahlen nur noch 5 Landräte statt bisher 10. Bei den Sitzen in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien

Städte lägen die Genossen nun bei weniger als 20 %. Die Freien Wähler haben 3,9 % der Stimmen erreicht. Damit sei die Aiwanger-Partei nur eine Splitterpartei und entspreche „nicht annähernd dem Geltungsanspruch als kommunale Partei, den sie selbst erhebt“.

Die hohe Zustimmung für die CSU spiegle das Vertrauen der Bevölkerung in die Partei in fast allen Politikfeldern wieder, fuhr Bumeder fort. Wie eine Umfrage des Bayerischen Rundfunks zu den Kommunalwahlen bestätigte, liegt die CSU z. B. bei der Wirtschaftskompetenz mit 73 %, der Kriminalitätsbekämpfung bei 71 % oder bei der Frage, Probleme zu lösen mit 55 % deutlich vor allen anderen Parteien.

### Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik

Bereits zum elften Mal schreibt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands unter Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer den „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ aus. Den Schwerpunkt in diesem Jahr bildet die Auszeichnung herausragender kommunalpolitischer Arbeit zur Umsetzung der Energiewende in Deutschland. Zur Teilnahme berechtigt sind Bürgerinitiativen, freie Träger, Vereine, Fraktionen, Kommunen und sonstige Organisationen, die die kommunale Selbstverwaltung in ihrem Wesen gestärkt und ausgebaut haben.

Da es gerade im Bereich Energiewende im Freistaat sehr viele Vorzeigeprojekte gibt, bittet die KPV Bayern um rege Beteiligung und Unterstützung. Die KPV-Landesgeschäftsstelle ist bei der Einreichung der Bewerbung gerne behilflich. Einsendeschluss ist der 30. Juli 2014. Die Preisverleihung findet am 21./22. November 2014 im Rahmen der KPV-Bundesversammlung in Chemnitz statt. **DK**

## Kompromiss und...

(Fortsetzung von Seite 1) Stichwahl). 29 konnten aus Altersgründen nicht mehr antreten, 28 verzichteten freiwillig auf eine erneute Kandidatur und 29 wurden abgewählt (davon 10 im ersten Wahlgang und 19 in der Stichwahl). 31 Frauen stehen an der Spitze der 269 Mitgliedstädte.

Bewegung ist nach Ansicht des Bayerischen Städtetags in den Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen gekommen. „Allerdings haben wir im Moment noch nicht die Ganztagschule, die wir brauchen: sichere Betreuungszeiten auch in den Ferien, gutes pädagogisches Angebot, Vernetzung mit Vereinen und Verbänden vor Ort im Freizeitbereich“, betonte Ulrich Maly: „Die Städte fordern ein stärkeres Engagement des Staates beim Ausbau des Ganztagsangebots. Der Freistaat muss Ganztagschulen personell und finanziell besser ausstatten. Und wir brauchen eine Harmonisierung bei Trägerschaft und Finanzierung von Betreuungsangeboten für Grundschüler. Die Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsangeboten muss verbessert werden.“

### Baukasten für Betreuung

Nach Malys Worten ist die Ganztagsbetreuung derzeit verwirrend, weil vielfältige Betreuungsmöglichkeiten und Fördersysteme nebeneinander bestehen. Das Durcheinander mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten müsse harmonisiert und sinnvoll gegliedert werden. „Wir brauchen einen Baukasten mit einigen wenigen tragfähigen Elementen, die sich passgenau vor Ort zusammenfügen lassen.“

Derzeit bestünden zum Beispiel Horte, Tagespflege, Großtagespflege, Halbtagsgrundschule mit Morgenbetreuung, Halbtagsgrundschule mit Mittagsbetreuung, offene Ganztagschule und gebundene Ganztagsklassen. Bei rein schulischen Ganztagsplätzen (Stand Schuljahr 2012/13) liege der Anteil bayernweit lediglich bei 9,6 Prozent, während der Bundesdurchschnitt 2011 26 Pro-

zent betrug. Erst mit Hilfe der Mittagsbetreuung und den Betreuungsangeboten kommunaler oder kommunal finanzierter Kindertagesstätten und Horte erreiche der Freistaat einen Ganztagsanteil von 22,4 Prozent. Ein Großteil der Lasten für Ganztagsangebote liege damit derzeit bei den Kommunen.

Maly zufolge ist eine Anpassung des Schulwesens dringend geboten. Dies gelte etwa für die Zeiten, in denen die Eltern arbeiten und die Kinder Betreuung benötigen, zum Beispiel in 13 Wochen Schulferienzeiten oder am Nachmittag. Zudem plädierte der Vorsitzende für eine integrative Betreuung und Beschulung. Schule und Jugendhilfe müssten enger verzahnt werden.

Als bedauerlich bezeichnete Maly schließlich den Umstand, „dass die ursprüngliche Dynamik der Energiewende inzwischen versandet ist“. Dabei sei die Energiewende eine Chance, „denn die Menschen sind durchaus bereit, Belastungen mit zu tragen, sofern sie von der Notwendigkeit überzeugt sind“.

### Ärgerliche Kehrtwende

Laut Verbandschef bleibt die Kehrtwende bei der Windenergie ärgerlich, weil damit eine wichtige regenerative Energiequelle ausgebremst werde. Der Freistaat Bayern und die Bundesregierung sorgten mittel- und langfristig für eine Entschleunigung des Ausbaus der Windenergie in Bayern. Die geplanten Abstandsregelungen seien wegen ihrer Komplexität für die Bürgerschaft und auch für die Kommunalpolitik nicht verständlich: Der Vorstoß des Bundes ziele auf die Privilegierung, um Windenergieanlagen von einem höhenbezogenen Mindestabstand „10 H“ von Wohnbauung abhängig zu machen. „10 H“ bedeute, dass bei einer 200 Meter hohen Anlage ein Abstand von 2000 Metern zu Siedlungen gehalten werden müsste. Allerdings könnten die Kommunen planerisch geringere Abstände betreiben.

Nach der jüngsten Ministerrats-

sitzung sei nun auch die Staatsregierung davon abgerückt. „10 H“ über den Privilegierungsstatus hinaus auf die kommunale Bauleitplanung zu erstrecken, teilte Maly mit. Mit der Gesetzesinitiative komme die Staatsregierung allerdings nur scheinbar den Interessen der Windkraftgegner entgegen. Der Grund: Die Bürger gingen davon aus, dass die „10 H“-Regelung uneingeschränkt gilt, tatsächlich gelte sie aber nur unter dem Vorbehalt, dass die Gemeinden nicht planerisch tätig werden. Probleme würden auf die kommunale Planungsebene verlagert und sorgten abermals für mühsame Diskussionen und Irritationen auf kommunaler Ebene.

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) will die Kosten der öffentlichen Förderung begrenzen, die finanziellen Risiken und Lasten der Energiegewinnung gerechter verteilen und regenerative Energien besser in den Markt integrieren. Nach Ansicht Malys geht der Kompromiss zur Reform des EEG in die richtige Richtung, um die staatliche Vergütung zu begrenzen. Die Umstellung des Fördersystems müsse jedoch schrittweise und behutsam erfolgen, um dezentrale Energieprojekte von vielfältigen Akteuren nicht zu beeinträchtigen.

Bestandsanlagen sollten weiterhin von der Beteiligung des Eigenstromverbrauchs an der EEG-Umlage ausgeschlossen bleiben. Die Befreiung von der EEG-Umlage für stromintensive Unternehmen mag laut Städtetag mit Blick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie begründet sein, aber nötig sei auch weiterhin eine Befreiung des öffentlichen Nahverkehrs von der EEG-Umlage, um für Fahrgäste empfindliche Preissteigerungen zu vermeiden. Flankierend zur EEG-Reform sei ein Energiemarktdesign zu schaffen, das einen Kapazitätsmarkt vorsieht, damit energieeffiziente und klimaschonende Gas-Kraftwerke zum Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wieder wirtschaftlich betrieben werden können. **DK**

Laut dieser Umfrage sind für 79 % der Wahlberechtigten die Entscheidungsgründe kommunale Themen, für nur 11 % die Landespolitik und für 8 % die Bundespolitik. Der Kandidat vor Ort ist für 87 % ein wesentlicher Faktor für die Wahlentscheidung, die Aussagen zu politischen Sachfragen für 76 %. Lediglich 42 % führen als Entscheidungsgrund die parteipolitische Bindung an.

Mehr als ein Viertel der Stimmen (25,7 %) gehen Bumeder zufolge an Wählergruppen, die ohne Parteibezeichnung kandidieren. Dieser Stimmenanteil hat sich somit seit 1996 fast verdoppelt (von 15 % auf 29,6 %). Auf diesen Listen sind viele Kandidaten CSU-Mitglieder. Deshalb

liegt die Zahl der Mandate von CSU-Mitgliedern deutlich über dem Wert, der im Statistischen Landesamt ausgewiesen wird.

Grundsätzlich hätten die Kommunalwahlen gezeigt, wie hoch die Bedeutung einer guten Parteiorganisation für den Wahlausgang ist, hob Werner Bumeder hervor. Der Wahlerfolg der CSU liege auch an den intakten Parteistrukturen vor Ort. Der hohe Organisationsgrad als Alleinstellungsmerkmal der CSU mit Ortsverbänden in allen Regionen Bayerns, einer hohen Mitgliederzahl und die Verzahnung mit dem vorpolitischen Raum sei auch für die Zukunft ein entscheidender Faktor für die Akzeptanz in der Bevölkerung. Des-

halb sei es Aufgabe der CSU, durch Modernisierung der Strukturen auch langfristig den hohen Organisationsgrad zu erhalten.

Wie Bumeder zudem bemerkte, habe der hohe Anteil an Briefwählern zur Folge, dass Wähler ihre Stimmen auf mehrere Wählergruppen verteilen. Neben der größeren Vielfalt an Wahlvorschlägen sei der Trend erkennbar, dass sich die Kommunalwahlen noch stärker zu Persönlichkeitswahlen entwickeln. „Die Kandidatenauswahl, die frühzeitige Weichenstellung und ein bürgernaher Politikstil werden künftig für erfolgreiche Kommunalwahlen noch mehr Bedeutung erlangen“, prognostizierte der Organisationsleiter. **DK**

## Süßes Gift der...

(Fortsetzung von Seite 1) Papiere der Bank von bis zu 4,8 Mrd. Euro. Diese Stützungsmaßnahmen wurden von der EU-Kommission als staatliche Beihilfe gewertet, die nur unter bestimmten Auflagen mit dem EU-Recht vereinbar sind.

Noch habe die BayernLB keinen einzigen Euro des zugeführten Kapitals zurückgezahlt. Sobald das aber der Fall ist, sollte das Geld – so die klare Forderung des ORH – umgehend zur Tilgung der Schulden des Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB verwendet werden. Keinesfalls dürften Kapitalrückzahlungen der Bank für die Haushaltsfinanzierung verwendet werden, wie es die Staatsregierung vorhat. Und es drohen dunkle Wolken am Horizont: Die juristischen Auseinandersetzungen der Bank mit der österreichischen HGAA und die Probleme mit der ungarischen Konzerntochter MKB Bank setzen ein großes Fragezeichen, ob die BayernLB die von der EU angeordnete Kapitalrückführung zeitgerecht leisten könne.

Insgesamt attestiert der ORH der Staatsregierung eine geordnete Haushalts- und Wirtschaftsführung. Gleichwohl ergaben sich aus seiner Prüfungstätigkeit einige Beanstandungen, die nun vom Bayerischen Landtag beurteilt und weiter behandelt werden sollen. Dabei geht es z. B. um die mangelnde Wirtschaftlichkeit von Thermosolar- und Photovoltaikanlagen auf staatlichen Gebäuden.

Vor dem Hintergrund knapper werdender fossiler Energieträger begann der Staat schon vor 20 Jahren, für seine Gebäude die Sonnenenergie zu nutzen. Er wollte damit auch eine Vorbild- und Schaufensterfunktion erfüllen und die Markteinführung entsprechender Anlagen unterstützen. Der ORH hat nun einmal nachgesehen, was daraus geworden ist und insbesondere die Wirtschaftlichkeit durchleuchtet. Bei den Thermosolaranlagen auf staatlichen Gebäuden war das Ergebnis ermutigend: 20 % der untersuchten Anlagen funktionierten gar nicht. Bei den Anlagen, die mit einem Wärmemengenzähler ausgestattet waren, wurden durchschnittlich nur 19 % des möglichen Solarertrags erzielt. Sie waren entweder falsch geplant, fehlerhaft errichtet und/oder unzureichend gewartet worden. Im Ergebnis war die thermosolare Energiegewinnung bei diesen Anlagen zehnmal teurer als konventionell gewonnene Wärme. Bei den Photovoltaikanlagen war das Ergebnis insofern besser, als hier die Stromgestehungskosten – dank EEG – inzwischen nicht mehr höher sind als beim Bezug aus dem öffentlichen Netz. Trotzdem werden voraussichtlich 40 % der Photovoltaikanlagen während ihrer zu erwartenden Nutzungsdauer keine wirtschaftliche Amortisation erreichen. Grund hierfür sind z. B. senkrechte oder waagrechte Ausführungen der Photovoltaikmodule, die den Wirkungsgrad verringern. Sonderkonstruktionen führen zu erheblich höheren Kosten

der Photovoltaikmodule bzw. setzen die zu erwartende Nutzungsdauer herab. Der ORH hält es für nötig, bei der Auswahl regenerativer Energien den Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit stärker im Auge zu behalten.

Anlass zur Kritik bietet auch die unzureichende Kontrolle bei der Förderung der Erwachsenenbildung. Staatliche Zuschüsse für die Durchführung von Studienreisen in „ferne Länder“, zu „interessanten Metropolen“, „schönen Wanderzielen“ oder „Paradiesen im Atlantik“ sowie Steuergelder für Veranstaltungen zum Thema „Fasching, Karneval etc.“ oder für Biergartenbesuche und Grillfeste seien keine Seltenheit gewesen und wurden als Maßnahmen der Erwachsenenbildung eingestuft.

Insgesamt haben die vom ORH geprüften Träger allein im Jahr 2011 rund 1,5 Mio. Euro für Erwachsenenbildung erhalten. Dabei erfüllte keiner der Träger die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Förderung, beispielsweise weil nicht genügend Einrichtungen in den einzelnen Regierungsbezirken vorhanden waren oder sie nicht ausschließlich gemeinnützig tätig waren. Auch missfiel dem ORH, dass zum Teil Vortragshonorare gewährt wurden, die höher lagen als der Maximalbetrag der Lehrvergütungen bei staatlichen Hochschulen.

Ein weiterer Kritikpunkt des ORH ist die ungenügende Steuerung des Mitteleinsatzes bei staatlichen Wohnungsgesellschaften. Fakt ist: Der Freistaat hat zwei Wohnungsgesellschaften. Die eine ist kerngesund, die andere hängt am Tropf des Staatshaushalts. Doch gerade die Gesellschaft, die knapp bei Kasse ist, soll in München 350 Wohnungen für Beschäftigte des Freistaats errichten, vor allem für junge Familien. Kein Wunder, dass sie bei dem schwierigen Immobilienmarkt in der Landeshauptstadt gewaltig hinter dem Plan herhinkt.

Der ORH hätte eine Lösung: Die freie Liquidität der wohlhabenden Schwestergesellschaft aus Nürnberg sollte für den Bau der dringend benötigten Wohnungen in München genutzt werden. Damit ließen sich sogar zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: In München finden die Staatsdiener eine bezahlbare Bleibe; in Nürnberg braucht sich die dortige Wohnungsgesellschaft nicht mehr auf dem freien Wohnungsmarkt zu betätigen, was ohnehin nicht ihre Aufgabe ist.

Fester Bestandteil der Jahresberichte des ORH sind auch Hinweise zu Verbesserungen bei der Steuererwaltung. Dieses Mal geht es um die Steuererklärungen großer Personengesellschaften, das Risikomanagement bei der Arbeitnehmeranmeldung, die Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer sowie die Wertermittlung bei Veräußerungsgewinnen.

Nach Ansicht des ORH müssen die Finanzämter die Steuererklärungen von Personengesellschaften mit vielen Beteiligten

durchgängig elektronisch bearbeiten können. Die derzeitige manuelle Bearbeitung sei aufwendig, umständlich und fehleranfällig. Der ORH hat dies bereits 2009 festgestellt und dringend Abhilfe gefordert. Ein funktionierendes IT-Verfahren, wie vom Finanzministerium für 2012 dem Landtag gegenüber angekündigt, steht immer noch nicht zur Verfügung.

Was die Arbeitnehmeranmeldung angeht, so werden 4 % der Fälle mit Hinweisen des maschinellen Risikomanagementsystems mangelhaft bearbeitet. Jährliche Steuerausfälle in zweistelliger Millionenhöhe sind die Folge. Laut ORH muss die Bearbeitung der Risikohinweise ebenso verbessert werden wie die Bearbeitungsqualität der im maschinellen Risikomanagement erkannten Risiken.

Zudem fordert der ORH eine zeitnähere Festsetzung der Erbschaft- und Schenkungsteuer. Von der Entstehung der Erbschaft- und Schenkungsteuer bis zur erstmaligen Festsetzung vergehen im Durchschnitt bei der Erbschaftsteuer 18, bei der Schenkungsteuer 36 Monate. Dies dauert zu lange. Durch ineffiziente Arbeitsabläufe werden Festsetzungen später durchgeführt als möglich. Dem Freistaat entstehen deshalb jährlich Zinsnachteile in Millionenhöhe.

„Veräußerungsgewinne besser prüfen!“ lautet eine weitere Forderung des Obersten Rechnungshofs. Die Feststellungen der Finanzämter bei Betriebsveräußerungen und insbesondere bei Entnahmen von Grundstücken seien häufig fehlerhaft und dauerten zu lange. Dies habe erhebliche steuerliche Auswirkungen.

Die Kritik des ORH an den rasant steigenden Staatsausgaben stieß bei Ministerpräsident Horst Seehofer, Finanzminister Markus Söder und Landtagsfraktionschef Thomas Kreuzer (alle CSU) auf Unverständnis. Alle drei wiesen die erhobenen Vorwürfe zurück. Seehofer fragte mit Blick auf die Schuldentilgung des Freistaates, was man eigentlich mehr wolle. Ansonsten verwies er auf den zuständigen Finanzminister. Söder sprach von einer „Luxuskritik“ des ORH. Bayern wachse und mit ihm der Haushalt. Trotzdem gelte eine solide Finanzierung des Staatshaushalts 2014. Man tilge Schulden und bilde gleichzeitig Rücklagen. Fraktionschef Kreuzer hielt die Kritik für „überzogen“.

Die Opposition hingegen fühlte sich in ihrer Kritik bestätigt. Der SPD-Haushaltsexperte Volkmare Halbleib warf dem Finanzminister Versagen „auf der ganzen Linie“ vor. Die Mängel gingen zu Lasten der Steuergerechtigkeit und der Steuereinnahmen. Claudia Stamm (Grüne) forderte endlich einen Tilgungsplan für die Landesbank-Milliarden. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen komme Söder mit diesen Einnahmen nicht aus.

Der Jahresbericht des ORH wird demnächst im Landtag behandelt. Dieser kann die Staatsregierung aufgrund der Ergebnisse zum Tätigwerden auffordern. **DK/rm**

# Monitoring-Bericht zum Stand der Energiewende verabschiedet

Überblick über Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende

Das Bundeskabinett hat den vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, vorgelegten zweiten Monitoring-Bericht „Energie der Zukunft“ verabschiedet. Er gibt einen Überblick über Fortschritte und Herausforderungen bei der Umsetzung der Energiewende in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien, Kraftwerke, Stromnetze, Treibhausgasemissionen und Energiepreise. Der Monitoring-Prozess überprüft laufend die Umsetzung der Energiewende und des Energiekonzeptes 2010 der Bundesregierung. Eine unabhängige Kommission aus vier renommierten Energie-Experten begleitet diesen Prozess und hat ihre Stellungnahme zum Monitoring-Bericht Bundesminister Gabriel übergeben.

Bundesminister Gabriel: „Die Energiewende hat eine klare Zielrichtung: Eine bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung ohne Kernenergie mit stetig wachsendem Anteil erneuerbarer Energien und steigender Energieeffizienz. Die EEG-Novelle ist ein entscheidender Schritt auf diesem Weg, weitere werden folgen. Der Monitoring-Bericht macht deutlich, dass die Energiewende mehr umfasst, als die Entwicklungen im Strombereich. Es kommt auch maßgeblich auf Wärme und Effizienz in Industrie, Gebäuden und Haushalten an. Das geht in der Diskussion zuweilen unter.“

In ihrer Stellungnahme geht die Experten-Kommission davon aus, dass das anspruchsvolle Ziel der Bundesregierung, den Anteil Erneuerbarer am Energieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 Prozent zu erhöhen, erreichbar scheint. Sie unterstreicht zudem die Bedeutung der Energieeffizienz für die Energiewende und sieht hier weiteren Handlungsbedarf. Die Stellungnahme wird dem Bericht der Bundesregierung als Anlage beigefügt und veröffentlicht.

Am 8. April wurden der Gesetzentwurf des novellierten EEG und die Anlagenregisterverordnung vom Kabinett beschlossen.

## Energieministerin Aigner zur EEG-Reform:

### Wichtige Verbesserungen für die Wirtschaft durchgesetzt

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner bewertet den kürzlich gefassten Beschluss des Bundeskabinetts zur EEG-Reform als Erfolg für Bayern und die bayerische Wirtschaft.

#### Geringere Belastung

„Gegenüber den ersten Entwürfen haben wir wichtige Verbesserungen für die produzierenden Betriebe durchgesetzt“, so die Ministerin. Das gelte vor allem für die Frage, ob künftig auf Strom, der in eigenen Anlagen selbst erzeugt wird, die EEG-Umlage bezahlt werden muss. Noch im Januar wollte der Bundeswirtschaftsminister diesen „Eigenstrom“ mit 70 bis 90 Prozent der EEG-Umlage belasten.

Aigner: „Jetzt ist klargestellt: Wer schon eine Eigenversorgung hat, braucht keine Umlage zu bezahlen, auch dann nicht, wenn er eine Ersatzinvestition vornimmt. Auch der Strom aus Kraftwerken in Industrieparks bleibt umlagefrei. Auf Strom aus neuen Anlagen der produzierenden Wirtschaft muss zwar ein ‚Solidarbeitrag‘ von 15 Prozent EEG-Umlage bezahlt werden. Insbesondere Investitionen in effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen dürften damit aber trotzdem rentabel bleiben.“ Bayern habe sich beim Thema Eigenversorgung von Anfang an dafür eingesetzt, dass Bestandsschutz gewahrt und Investitionen in effiziente Eigenversorgungsanlagen der Wirtschaft weiterhin möglich bleiben müssen.

#### Umlagefreie Photovoltaik-Anlagen

„Außerdem gibt es noch eine positive Botschaft für diejenigen, die in eine Photovoltaik-Eigenversorgungsanlage auf dem Dach ihres Eigenheims investieren wollen: Anlagen mit einer Leistung bis 10 Kilowatt und einer Eigenstromerzeugung bis 10.000 Kilowattstunden im Jahr bleiben auch umlagefrei“, hob die Ministerin hervor. □

## Kundenfreundliche Heizstrompreise in Bayern

Die Bayerische Landeskartellbehörde hat die Heizstrompreise der 30 größten Versorger für das Jahr 2013 im Freistaat untersucht. Die Prüfung brachte das Ergebnis, dass keiner der Versorger überhöhte Preise verlangt. Sämtliche Verfahren konnten daher eingestellt werden.

Bereits in den letzten Jahren führte die bayerische Landeskartellbehörde Untersuchungen der Heizstrompreise durch. Über den Verlauf der Jahre entwickelten sich die Preise zunehmend positiv. So haben sich die Margen der Versorger verringert und deren Kalkulationsgrundlagen als weitestgehend korrekt erwiesen.

Dennoch sehen sich zahlreiche Heizstromkunden mit steigenden Stromrechnungen konfrontiert. Dies ist vor allem auf die Abgaben und Umlagen beim Strom zurückzuführen, die sich angesichts des naturgemäß hohen Verbrauchs von Heizstrom-

kunden besonders bemerkbar machen.

#### Kaum Wettbewerb

Trotz der Liberalisierung des Strommarktes herrscht im Bereich des Heizstroms kein nennenswerter Wettbewerb. Hierfür sind geringe Margen, die aufwändige Beschaffungsplanung sowie eine problematische Stromdurchleitung verantwortlich. Bis hier ein Wandel eintritt, ist der Grundversorger aus Sicht der Landeskartellbehörde weiter Monopolist und unterliegt einer kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht. □

#### Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit

Die schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist eine der Hauptaufgaben der neuen Bundesregierung. Die Reform soll den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent und planvoll vorantreiben und gleichzeitig Bezahlbarkeit sowie Versorgungssicherheit für die Bürger und die Wirtschaft sicherstellen. Die Reformen bleiben aus Sicht der IHK Berlin hinter den Erwartungen zurück. Sinkende Kosten für die Stromverbraucher sind auf mittlere Sicht nicht zu erwarten. Stattdessen werden wichtige Entlastungen für Unternehmen weiter eingeschränkt.

#### Wichtige Komponenten

Der Regierungsentwurf für ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ist nach Ansicht des Präsidenten der Wirtschaftsvereinigung Metalle, Oliver Bell, ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. „Mit der EEG-Novelle hat die Bundesregierung grundlegende Reformschritte auf den Weg gebracht. Dies ist eine gute Basis, um die Erneuerbaren schrittweise in den Markt zu führen und sie in die Verantwortung für das System einzubinden. Der BDEW hat die verpflichtende Direktvermarktung und die geplante Ermittlung der Förderhöhe im Wettbewerb lange gefordert. Diese beiden Komponenten sind jetzt die Grundlage für einen systemverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien“, machte Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung deutlich.

#### Erfreulicher Reformwille

Für Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl, ist der erforderliche Spielraum geschaffen, die Entlastungen für stromintensive Unternehmen in der nationalen Gesetzgebung so zu gestalten, dass eine wettbewerbsfähige Stahlproduktion in Deutschland weiterhin möglich bleibt. Der Reformwille, den die Bundesregierung bei der EEG-Reform gezeigt hat, ist für Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), „erfreulich“.

Die Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“ zieht in ihrer Stellungnahme zum Monitoring-Bericht der Bundesregierung für das Berichtsjahr 2012 eine gemischte Bilanz der Energiewende. Während sich die erneuerbaren Energien auf dem Zielpfad befinden, sind die Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie die Fortschritte bei der Energieeffizienz noch unbefriedigend. Hier hat die Bundesregierung klare Prioritäten angekündigt, die es jetzt umzusetzen gilt.

#### Zwei Oberziele

Nach Überzeugung der Expertenkommission ist die Energiewende durch zwei Oberziele bestimmt: die Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent bis zum Jahr 2050 und den Ausstieg aus der Kernenergienutzung bis Ende 2022. Um die Entwicklungen differenziert und doch handlungsleitend zu erfassen, diskutiert die Monitoring-Kommission in ihrer Stellungnahme zehn Leitindikatoren der Energiewende.

Da die Treibhausgasemissionen

in den vergangenen zwei Jahren in Deutschland wieder gestiegen sind, droht eine Verfehlung des Minderungsziels von 40 Prozent bis 2020. Die Bundesregierung spricht in ihrem Monitoring-Bericht dann auch von einer erwarteten Senkung der Treibhausgasemissionen von lediglich 35 Prozent. Diese Zielverfehlung wird sich nur vermeiden lassen, wenn zusätzliche energie- und klimapolitische Maßnahmen implementiert werden. Neben Anstrengungen zur Emissionsminderung in den Sektoren außerhalb des Emissionshandels ist zur Erreichung des deutschen Klimaschutzziels insbesondere auch eine aktive Beteiligung an einer strukturellen Reform des europäischen Emissionshandels wünschenswert.

#### Energieeffizienz im Fokus

Bei der Emissionsminderung sollten sich Anstrengungen vor allem auf eine kräftige Reduktion des Energiebedarfs für Wärme konzentrieren, bei gleichzeitig fortgesetztem Ausbau der regenerativen Energien. Bisher verlief die Steigerung der Energieeffizienz eher verhalten. Dies gilt für die gesamtwirtschaftliche Ebene ebenso wie für die Entwicklungen in den einzelnen Endenergiesektoren. In Zukunft sollten Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich, aber auch im Verkehr höchste Priorität erhalten.

#### Treibende Kraft

Bei den erneuerbaren Energien kann das Ziel, bis zum Jahr 2020 den Anteil am Bruttoendenergieverbrauch auf 18 Prozent zu erhöhen, aus heutiger Sicht erreicht werden. Wie schon in den vergangenen Jahren ist dabei der Ausbau im Stromsektor weiterhin die trei-

bende Kraft. Im Wärmesektor befindet sich der Ausbau erneuerbarer Energien im Zielkorridor für das Jahr 2020. Im Verkehrsbereich wurde im Jahr 2012 ein regenerativer Kraftstoffanteil von 5,7 Prozent erreicht, womit zum wiederholten Male der im Biokraftstoffquotengesetz vorgegebene Anteil von 6,25 Prozent verfehlt wurde.

#### Entscheidender Indikator

Die Energiewende soll den nicht-quantifizierten Zielen Umweltverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit Rechnung tragen. Bei der Umweltverträglichkeit könnte die zunehmende Flächeninanspruchnahme auf künftige gesellschaftliche Konflikte hindeuten. Derzeit werden bereits fast zehn Prozent der Fläche Deutschlands für die Energieversorgung in Anspruch genommen.

Ein für die Versorgungssicherheit entscheidender Indikator ist der Umfang der gesicherten Erzeugungslieferung. Nach diesem Indikator zu urteilen, ist momentan in Deutschland noch kein genereller Versorgungsengpass festzustellen - trotz der Pläne vieler Kraftwerksbetreiber, einzelne ihrer Anlagen dauerhaft vom Netz zu nehmen. Allerdings drohen mit dem geplanten Abschalten der noch verbleibenden Kernkraftwerke südlich der Mainlinie lokale Kapazitätsengpässe, die durch den Rückstand beim Ausbau der Übertragungsnetze noch verschärft werden.

#### Preisentwicklung

Obwohl die gesetzlichen Umlagen für die nicht-begünstigten Endverbraucher deutlich gestiegen sind, erhöhten sich die gesamtwirtschaftlich aggregierten Letztver-

braucherausgaben für Elektrizität im Jahr 2012 nicht stärker als das nominale Bruttoinlandsprodukt und blieben auf einen nahezu unveränderten Anteil von 2,5 Prozent begrenzt. Die Expertenkommission gelangt daher zur Einschätzung, dass die bisherige Kostenbelastung durch die Energiewende für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt noch nicht so dramatisch ist, wie in der Öffentlichkeit oft dargestellt. Die im Jahr 2012 stark gestiegenen Gesamtausgaben für Erdgas und für Kraftstoffe sind vor allem auf die internationale Preisentwicklung zurückzuführen und nicht der Energiewende zuzurechnen.

#### Expertenkommission zum Monitoring-Prozess „Energie der Zukunft“

Die Mitglieder der Expertenkommission sind: Prof. Dr. Andreas Löschel (Vorsitzender), Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und Universität Heidelberg; Prof. Dr. Georg Erdmann, TU Berlin; Prof. Dr. Frithjof Staib, Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW); Dr. Hans-Joachim Ziesing, AG Energiebilanzen e.V. (AGEB)

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) gehört zu den führenden Instituten für angewandte Forschung auf den Gebieten Photovoltaik, regenerative Kraftstoffe, Batterietechnik und Brennstoffzellen sowie Energiesystemanalyse. An den drei ZSW-Standorten Stuttgart, Ulm und Widderstall sind derzeit rund 230 Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker beschäftigt. Hinzu kommen 120 wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte. □



## WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch kommunale Investitionen in Energie und Infrastruktur. Gerne beraten wir Sie kostenfrei, wie Sie kurz- oder langfristig Ihre Ideen mit den Förderangeboten der LfA umsetzen können. Tel. 0800 - 21 24 24 0



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

Bayerische Wasserkraftwerke:

## Spitzenwerte bei der Akzeptanz in der Bevölkerung

**Regensburg (obx) - Milliardenförderung für den Ausbau der Windenergie, mit Solarzellen versiegelte Flächen statt Raps und Weizen auf den bayerischen Feldern, heiße Diskussionen um Hochspannungsstrassen quer durchs Land: Die Energiewende verändert das Gesicht Bayerns.**

Die Begeisterung für teures Neues hat eine Form der regenerativen Energieerzeugung dabei scheinbar ins Abseits gedrängt: die Stromproduktion aus Wasserkraft. Die hat in Bayern eine über 100-jährige Tradition. Und sie ist nicht nur die älteste Form der Stromerzeugung, sondern immer noch die effizienteste Art, regenerative Energie rund um die Uhr, wetterunabhängig, in größerer Menge bezahlbar bereit zu stellen. Und, was angesichts der immer lauter werdenden Proteste gegen Starkstromtrassen im Freistaat immer wichtiger ist: 94 Prozent der bayerischen Bevölkerung befürworten die Nutzung der Wasserkraft. 85 Prozent hätten laut einer aktuellen Umfrage der Universität Düsseldorf auch nichts gegen den Bau eines neuen Wasserkraftwerks in ihrer Nachbarschaft.

### Beste Bedingungen

Bayern bietet exzellente Bedingungen für die Stromerzeugung aus Wasserkraft und bis heute liefert das „weiße Gold“ 40 Prozent des im Freistaat CO<sub>2</sub>-frei erzeugten Stroms. Die Energie aus den Flüssen stabilisiert überdies die enormen Schwankungen der nur phasenweise nutzbaren Solar- und Windkraftanlagen.

Allein die Rhein-Main-Donau AG betreibt heute an Altmühl, Donau, Lech, Main und Regnitz 58 Laufwasseranlagen mit einer installierten Leistung von rund 460 Megawatt. Sie erzeugen über 2,7 Milliarden Kilowattstunden Strom. Insgesamt werden in Bay-

ern heute rund 11,8 Milliarden kWh Strom in insgesamt mehr als 4100 Wasserkraftwerken erzeugt, das sind 17,1 Prozent des bayerischen Strombedarfs und reicht zur Versorgung von über 3,6 Millionen Durchschnittshaushalten. Dabei wurde im Vergleich zur Erzeugung aus fossilen Energieträgern der Ausstoß von über 8,2 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> (bei 695 g/kWh) vermieden. Laut bayerischem Energieprogramm soll die Wasserkraft-Stromerzeugung im Freistaat bis zum Jahr 2020 um 15 Prozent steigen. Während in den Ausbau von Solar- und Windenergie Milliarden gepumpt werden, gibt es aber bisher keinen Plan, wie dies finanziert werden soll.

### Ausbaupotenzial

„Momentan sind die politischen Rahmenbedingungen derart unklar, dass ein Unternehmen jetzt ungeheure Schwierigkeiten hätte, ein neues Kraftwerkprojekt umzusetzen“, sagt Dr. Albrecht Schleich, der Vorstand der Rhein-Main-Donau AG. Das realistische Ausbaupotenzial für die Wasserkraft in Bayern läge nach einer aktuellen Studie bei rund 1,2 Milliarden kWh zusätzlicher Leistung - wenn bestehende Anlagen modernisiert und auch neue Kraftwerke gebaut werden.

2013 war ein sehr gutes Jahr für die Wasserkraft. Aufgrund der guten Wasserführung der Flüsse erreichte die Erzeugung einen Spitzenwert. Viele vorhandenen Potenziale zur Stromerzeugung aus

Wasser liegen aber noch immer ungenutzt, obwohl die großen Betreiber der bayerischen Wasserkraftwerke mittlerweile alles tun, um dem Hauptkritikpunkt der Gegner, die mangelnde Durchgängigkeit mancher Kraftwerke für

die Fische, zu begegnen. Dies freilich ist eine Herkulesaufgabe, vor allem mit Blick auf die vielen Tausend Kleinkraftwerke. Nach Vorgaben der Europäischen Union müssten bis spätestens 2020 alle in Bayern vorhandenen 30.000 Stauwehre fischdurchgängig gemacht werden. Eine kaum finanzierbare Vorgabe, zumal bis heute, trotz Millioneninvestitionen in jahrelange Erforschung, niemand gesichert weiß, in welchem Maß die Fischtreppe, Aufstiegshilfen und Wehr-Bypässe von den Fischen überhaupt genutzt werden. □

Ortstermin am VERBUND Innkraftwerk Töging:

## Klares Bekenntnis zur Wasserkraft

**Energieministerin Aigner und Umweltminister Huber erörtern mit Kommunalpolitikern Chancen und Potenziale**

**Auf Einladung von Traunsteins Landrat Hermann Steinmaß trafen sich zahlreiche Abgeordnete, Landräte und Bürgermeister aus der Region im Verbund-Wasserkraftwerk in Töging, um mit Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Umweltminister Dr. Marcel Huber sowie Vertretern von VERBUND, Österreichs führendem Stromunternehmen und Betreiber der bayerischen Innkraftwerke, die Zukunft der Wasserkraft zu erörtern. Dabei wurde deutlich: Die Zukunft der Wasserkraft liegt in Kooperationen unterschiedlicher Regionen.**

VERBUND-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber begrüßte mit seinen Vorstandskollegen Günther Rabensteiner und Peter Kollmann sowie den Wasserkraftvorständen Michael Amerer und Karl Heinz Gruber die Gäste. Mit von der Partie waren neben den Landräten Hermann Steinmaß (Traunstein), Erwin Schneider (Altötting), Georg Huber (Mühldorf), Josef Huber (stv. Landrat Rosenheim), Georg Grabner (Berchtesgaden), Michael Fahmüller (Rottal-Inn) und Klaus Jeggle (stv. Landrat Passau) auch die Bürgermeister von Töging, Horst Krebes, und von Aschau, Alois Salzeder, sowie die Landtagsabgeordneten Ingrid Heckner,

Gisela Sengl, Michaela Kaniber, Claudia Stamm, Günther Knoblauch und Reserl Sem.

Besichtigt wurde das vor rund 100 Jahren erbaute Wasserkraftwerk Töging mit seinen 15 Turbinen und Generatoren sowie das in Bayern einzigartige Wasserschloss. Im Zentrum der Diskussion stand die geplante Modernisierung des Wasserkraftwerks, das enorme Chancen für die Zukunft der Region bringen wird. Neben den volkswirtschaftlichen und regionalpolitischen Impulsen stellt der sanfte Ausbau der Wasserkraft auch einen wesentlichen Bestandteil der nachhaltigen Energiezukunft Bayerns dar.

Nach den Worten von Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner „hat die Nutzung der Wasserkraft als saubere, emissionsfreie Energie in Bayern eine lange Tradition“. So sei die Industrialisierung Bayerns ohne Wasserkraft undenkbar gewesen. Auch in Zukunft werde Wasserkraft eine wesentliche Rolle für die bayerische Energieversorgung aus erneuerbaren Energien spielen. Innovationen seien weiter erforderlich, um den umweltverträglichen Ausbau der Wasserkraft voranzubringen. „Ich begrüße deshalb die Investitionen in den Standort Töging ausdrücklich und werde die Entwicklung neuer umweltverträglicher Kraftwerkstypen nach Kräften unterstützen“, machte Aigner deutlich.

### Für sanften Ausbau

„Seit rund 100 Jahren wird mit der Kraft des Inns sauberer Strom in und für Bayern erzeugt“, informierte VERBUND-Vorstandsvorsitzender Wolfgang Anzengruber. Wasserkraft sei die älteste erneuerbare Energie und habe keine Emissionen. VERBUND setze auf Effizienzsteigerungsmaßnahmen an bestehenden Kraftwerken: „Der sanfte Ausbau der CO<sub>2</sub>-freien Wasserkraft an bestehenden Standorten dient der langfristigen Sicherstellung der Energieversorgung und ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiezukunft Bayerns.“

Wie Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber darlegte, „wollen wir einen moderaten, umweltverträglichen Ausbau der Wasserkraft in Bayern“. Innovative naturverträgliche Konzepte zur Wasserkraftnutzung böten die Chance, Ökologie und Ökonomie zu vereinen. Das Fundament für die Sanierung und den Weiterbetrieb des Wasserkraftwerks Töging sei gelegt und die Zukunft eines der bedeutendsten Energieprojekte in der Region gesichert. Gleichzeitig sei gewährleistet, dass mehrere Millionen Euro in ökologische Maß-

Bundesverband Deutscher Wasserkraftwerke:

## EEG: Potenzial der Wasserkraft bleibt ungenutzt

Der vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zum EEG wird dem Potenzial der Wasserkraft in Deutschland nicht gerecht. „Der mögliche Beitrag der kleineren Wasserkraftwerke zur Systemstabilität, Versorgungssicherheit und Klimaschutz bleibt mit dem neuen EEG ungenutzt“, erklärt Hans-Peter Lang, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Wasserkraftwerke (BDW). „Ein Neustart sieht anders aus“, so Lang weiter.

Lang: „An vielen Stellen wird die Wasserkraft ausgebremst und behindert.“ Der Bau von Laufwasserkraftwerken an neuen Standorten werde pauschal verboten. Die gleichzeitige Umsetzung von ökologischen Maßnahmen und der wirtschaftliche Betrieb der Anlagen seien bei kleineren Kraftwerken nicht gewährleistet. Die Trennung von EEG und Fachrecht werde nicht konsequent vollzogen. Lokale Stromversorgungsmodelle seien nicht mehr möglich. „Der Bundestag und der Bundesrat sollten die schlimmsten Hemmnisse aus dem Gesetzentwurf entfernen, um der Wasserkraft weiter eine Zukunft zu geben“, erläutert Lang.

Als Dachverband der Wasserkraft-Branche in Deutschland bündelt der BDW die Interessen von neun Landesverbänden mit über 1.900 Einzelmitgliedern. Sein Ziel: der ökologisch verträgliche Ausbau der Wasserkraft.

Info unter: [www.wasserkraft-deutschland.de](http://www.wasserkraft-deutschland.de) □



V.l.: Wolfgang Anzengruber, Georg Grabner, Michael Fahmüller, Georg Huber, Dr. Franz Zöchbauer, Ingrid Heckner, Marcel Huber, Hermann Steinmaß, Ilse Aigner, Klaus Jeggle und Erwin Schneider. □

nahmen am Inn investiert werden. Der Standort Töging bleibe ein Schwerpunkt der Energiewende und werde vor Ort zum Aushängeschild für eine umweltverträgliche Wasserkraftnutzung.

Die geplante Modernisierung des Wasserkraftwerks Töging sieht einen sanften Ausbau der Wasserkraft vor. Mit diesem Projekt kann künftig mehr sauberer Wasserkraftstrom aus der Region für die Region erzeugt werden, womit die dezentrale Stromversorgung und die regionale Unabhängigkeit gestärkt wird. Diese Investition in die heimische Wasserkraft stellt, wenn sie umgesetzt werden kann, einen wichtigen energie- und volkswirtschaftlichen Impuls und eine gewaltige Chance für die gesamte Region dar. Vor allem der Standort rund um Töging wird - wie es vergleichbare Wasserkraftprojekte von VERBUND unter Beweis gestellt haben - wirtschaftlich von der Modernisierung profitieren können, sei es im bauwirtschaftlichen Bereich oder im Gastronomiebereich und Einzelhandelsgewerbe.

### Vorteile des Standorts Töging

Als bedeutende Vorteile bietet der Standort Töging die bestehende Infrastruktur (Kraftwerksflächen, Schaltanlagen, Stromleitungen usw.), die auch nach der Modernisierung des Wasserkraftwerks Töging genutzt werden können.

VERBUND sorgt sich sehr um die Umwelt in Bayern, was eine Vielzahl an fischfreundlichen und ökologischen Verbesserungen am Inn, die in den vergangenen Jahren umgesetzt wurden, eindrucksvoll beweist. Dafür hat das Stromunternehmen sogar den Umweltpreis 2013 von der Vereinigung der Jäger und Fischer im Raum Rosenheim erhalten. Darüber hinaus soll bis 2015 die ökologische Durchgängigkeit von Rosenheim bis Stammham hergestellt sein: Die dazu erforderlichen Fischwanderhilfen befinden sich derzeit in Planung oder bereits im Bau.

Traunsteins Landrat Hermann

Steinmaß informierte darüber, dass ganz bewusst Vertreter der Planungsregion 13 sowie des Landkreises Passau in die Gespräche involviert worden seien, um alle Inn- und Donaukraftwerke zu erfassen. Wie der Verbandsvorsitzende der Planungsregion 18, zu der die Landkreise Rosenheim, Traunstein, Altötting, Mühldorf und Berchtesgadener Land gehören, hervorhob, „folgt der Strom physikalischen Gesetzen, nicht administrativen“. Der VERBUND sei ein guter Partner für die Region, der die Chance eröffne, grenzüberschreitend zu arbeiten. Als Beispiele nannte Steinmaß die österreichischen Bundesländer Tirol, Salzburger Land und Oberösterreich.

### Bürgerbefragung wäre sinnvoll

Angesichts energiepolitischer Zielsetzungen wie Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und CO<sub>2</sub>-Reduzierung sprach sich der Landrat mit Nachdruck für die Wasserkraft aus. Sie sei derzeit die einzige erneuerbare Energie, die ohne Fördermittel auskommt. Angesichts ökologischer Debatten, etwa über die Umweltverträglichkeit von Querbauwerken, erachtet der Traunsteiner Landrat eine Bürgerbefragung als nach wie vor sinnvoll. Er rechne hier mit einem eindeutigen Ja der Bevölkerung zur Wasserkraft.

Darüber hinaus machte Steinmaß darauf aufmerksam, dass anders als beispielsweise die wetter- und tageszeitenbedingt stark fluktuierende Energiequelle Sonne die CO<sub>2</sub>-neutrale Wasserkraft grundsätzlich rund um die Uhr verfügbar sei und damit gleichermaßen in der Grund-, Mittel- und Spitzenlast eingesetzt werden könne. Sie leiste daher einen wichtigen Beitrag zur Bedarfsdeckung und Systemstabilität. Unter Anwendung bestimmter Techniken, z. B. der Pumpspeicherkraftwerkstechnik, sei die Wasserkraft in der Lage, in entscheidendem Maße zur Stabilisierung der Netze beizutragen. DK



LEW

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

LEW fördert den Nachwuchs und die kulturelle Vielfalt vor Ort

Wir übernehmen Verantwortung und unterstützen Initiativen, Projekte und den Nachwuchs in den Bereichen Kunst und Kultur. Wie zum Beispiel den Schwäbischen Kunstsommer im Kloster Irsee. Eine tolle Sache, findet auch Gertrud Abt, LEW-Koordinatorin für Sponsoring und Spenden.

Die LEW-Gruppe - Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL ÜNK LVN

[www.lew.de](http://www.lew.de)

## Bürgerenergiepreis Niederbayern geht in die zweite Runde

Regensburg. Gemeinsam mit der Regierung von Niederbayern vergibt das Bayernwerk in diesem Jahr zum zweiten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis Niederbayern“. Die Auszeichnung wurde im vergangenen Jahr ins Leben gerufen um Projekte zu fördern, die Impulse für die Energiezukunft setzen und die helfen die Akzeptanz für dieses wichtige Thema in der Gesellschaft zu erhöhen.

Mit dem Bürgerenergiepreis würdigt das Bayernwerk Privatpersonen, Vereine, Schulen und andere nichtgewerbliche Gruppierungen für pfiffige und außergewöhnliche Ideen und Maßnahmen, die einen Energiebezug haben und sich mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen.

„Die Gestaltung der Energiezukunft ist ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem neben der Energiewirtschaft und den Kommunen jeder Einzelne gefragt ist. Sie ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Wenn Innovationen und neue Technologie den Weg in die Praxis finden sollen, braucht das die Akzeptanz der Gesellschaft. Deshalb sind Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die

Energiezukunft setzen, wichtige Wegbereiter der Energiewende“.



Heinz Grunwald.

bemerkte Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement beim

Bayernwerk. „Ihnen und Ihren Projekten wollen wir mit unserer Auszeichnung eine Plattform bieten.“

Nach den Worten von Regierungspräsident Heinz Grunwald seien diese Impulsgeber wichtige Vorbilder. „Niederbayern liegt bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien bayernweit an der Spitze. Denn rein rechnerisch können wir bereits jetzt knapp 70 Prozent unseres Stromverbrauchs aus regenerativen Quellen decken. Aber wir brauchen nach wie vor großes Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor allem bei Energieeffizienz und beim Energiesparen. Und des-

halb bin ich gespannt, welche interessanten und kreativen Projekte beim diesjährigen Bürgerenergiepreis eingereicht werden.“, betont der niederbayerische Regierungspräsident. Deshalb befürworte und begleite man das im letzten Jahr initiierte Projekt der Bayernwerk AG seitens der Regierung gerne erneut.

Eingereicht werden können Projekte, die im laufenden Jahr begonnen haben, oder die aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben. Auch Ideen und Konzepte, die noch nicht in Umsetzung sind, haben eine Chance.

Unter [www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis](http://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis) ist der Bewerbungsbogen zusammen mit einer ausführlichen Projektbeschreibung veröffentlicht. Bewerbungen können bis 4. Juli 2014 bei der Bayernwerk AG eingereicht werden. □

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

## Potenziale auf Quartiersebene nutzen!

Website zum KfW-Programm

„Energetische Stadtanierung“ gestartet

Eine neue Website des Bundesbauministeriums und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) informiert über das KfW-Programm 432 „Energetische Stadtanierung“. Interessierte Kommunen und Projektaktoren erhalten darin zahlreiche Anregungen zu Quartierskonzepten und dem Sanierungsmanagement. Informationen gibt es zu Fördermöglichkeiten, den Pilotprojekten des Programms und zur Begleitforschung. Die Website wird fortlaufend um Hinweise aus der Praxis erweitert.

Mit dem 2011 gestarteten KfW-Programm wird der energetische Sanierungsprozess vom Einzelgebäude hin zum Quartier erweitert. Gebäudesanierung, Energieversorgung und der Einsatz erneuerbarer Energien werden in integrierten Konzepten verknüpft. Das Programm ermöglicht flexible Strategien, die sich in vielen Gebieten umsetzen lassen – von historischen Altstädten über große Wohnsiedlungen bis hin zu Quartieren am Stadtrand. Kommunen, Wohnungswirtschaft, private Eigentümer, Mieter und Energieversorger ziehen an einem Strang und arbeiten gemeinsam an der Umsetzung.

„Um die ambitionierten Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir die energetische Sanierung auf eine breite städtebauliche Basis stellen. Die Erfahrungen der Pilotprojekte sind sowohl für die Weiterentwicklung des Förderprogramms als auch für die kommunale Praxis besonders wichtig. Die auf der Website vorgestellten Beispiele machen deutlich, was schon jetzt möglich ist“, erklärt BBSR-Direktor Harald Herrmann.

Die Pilotprojekte wurden im Rahmen der Einführung des KfW-Programms „Energetische Stadtanierung“ 2011 auf Vorschlag der Bundesländer ausgewählt. Bundesweit sind heute 61 Quartiere an der Erstellung integrierter energetischer Quartierskonzepte und der Einführung von Sanierungs-

Die Hersteller Exide Technologies GmbH, beta-motion GmbH und SMA Solar Technology AG liefern die technischen Komponenten und betreuen deren Erprobung während des Betriebs. Exide Technologies setzt in diesem Projekt die innovativen VRLA Gel-, und Kupferstreckmetalltechnologien ein, die sich besonders durch ihre Zyklusfestigkeit und Hochstromeigenschaften auszeichnen. Die hochleistungsfähigen Li Ionen Batterien der beta-motion GmbH werden zum effizienten Lastmanagement beitragen. Die hochflexiblen Batterie-Wechselrichter von SMA ermöglichen dabei die Skalierbarkeit und Modularität des Systems. Der Fördermittelgeber wird durch den Projektträger Jülich (PTJ) repräsentiert. Der Beginn des Batteriegroßspeichers ist für Herbst 2014, die Inbetriebnahme im Jahr 2015 geplant. □

Bundesnetzagentur:

## Spitzenplatz für Bayernwerk bei Versorgungssicherheit

Regensburg. Die Bundesnetzagentur prüft in regelmäßigen Abständen die unternehmerische Leistung von rund 200 Netzbetreibern in Deutschland hinsichtlich Qualität und Effizienz. Zu den überprüften Netzbetreibern zählt auch das Bayernwerk, das in weiten Teilen Bayerns ein Mittel- und Niederspannungsnetz mit einer Länge von rund 180.000 Kilometern betreibt. In beiden Bewertungskriterien hat das Bayernwerk Spitzenplätze belegt. Gemessen an der schwierigen Versorgungsstruktur des Bayernwerk-Netzgebiets hat die Überprüfung eine sehr hohe Versorgungsqualität bestätigt.

„Die Ergebnisse bestätigen unseren dauerhaften Einsatz für eine sichere Versorgung in den bayerischen Regionen“, erklärte der technische Vorstand des Bayernwerks, Dr. Egon Westphal. „Obwohl sich unser Netzgebiet zum größten Teil über ländliche Regionen und aufwändig zu versorgende Gebiete erstreckt, liegt die Versorgungsqualität der Bayernwerk-Netzkunden auf ausgesprochen hohem Niveau“, so Westphal weiter.

19 Netzcener

Eine Flächenregion mit weitläufigen Berggebieten zu versorgen, sei ungleich aufwändiger, als Versorgungssicherheit in engmaschigen, städtischen Netzen zu gewährleisten. Für die ländlichen Regionen sei eine derart hohe Versorgungssicherheit auch ein wichtiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Faktor. Eine dezentrale Unternehmensstruktur mit 19 Netzcenern in allen Regionen des Netzgebiets sei eine wichtige Basis für die hohe Qualität der Versorgung. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch zahlreiche Dienstleisterfirmen, leisten mit ihrer Arbeit einen unverzichtbaren Beitrag für

die Versorgungssicherheit der Menschen in Bayern“, betonte der Technische Vorstand des Bayernwerks.

Hinzu kommt nach den Worten Westphals der massive Umbau des Bayernwerk-Netzes, den die enorme Einspeisung aus dezentralen Erzeugungsanlagen erfordert. Westphal: „Wir haben mittlerweile über 240.000 Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung von 5.300 Megawatt in unser Netz integriert. Dadurch transportieren wir durch unser Mittel- und Niederspannungsnetz heute schon mehr regenerativ als konventionell erzeugte Energie.“ Um Versorgungssicherheit und EEG-bedingten Netzausbau zu gewährleisten, habe man im Jahr 2013 rund 365 Millionen Euro aufgewendet.

Das Mittel- und Niederspannungsnetz des Unternehmens hat inklusive des Straßenbeleuchtungsnetzes eine Länge von 180.000 Kilometern. Das sogenannte Verteilnetz transportiert den Strom in die Fläche, bis hin zu Häusern oder Betrieben. Das Netzgebiet des Bayernwerks erstreckt sich über Unter- und Oberfranken, Nieder- und Oberbayern sowie die Oberpfalz. Sitz des Bayernwerks ist Regensburg. □

Bayernwerk und Regierung von Oberfranken:

## Würdigung gesellschaftlicher Impulse für die Energiezukunft

Bayreuth. Mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken vergibt das Bayernwerk 2014 erstmals den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis“ auch in Oberfranken.

Regierungspräsident Wilhelm Wenning begrüßt die Zielrichtung dieses Preises. Wenning: „Ein jeder von uns kann Impulse setzen für die Energiezukunft – im Berufsleben wie in der Freizeit, im Großen wie im Kleinen. Dazu müssen wir uns immer wieder bewusst machen, wie kostbar Energie ist. Die Energiewende ist eine große Aufgabe; sie betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger. Impulse oder Projekte, die hierfür ein Bewusstsein schaffen, sind wertvoll und können einen Baustein für die Energiewende in Oberfranken darstellen. Machen Sie mit!“ □

## Einmaliger modularer Batterie-Großspeicher entsteht in Aachen

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie fördert Projekt mit 6,5 Millionen Euro

Das E.ON Energy Research Center an der RWTH Aachen, der Energieversorger E.ON SE, die Batteriehersteller Exide Technologies GmbH mit seiner Geschäftseinheit GNB® Industrial Power und beta-motion GmbH sowie der Wechselrichter-Hersteller SMA Solar Technology AG werden in diesem Jahr den weltweit ersten modularen Batteriegroßspeicher mit einer Leistungsklasse von fünf Megawatt in Aachen errichten.

Das Projekt mit dem Titel „M5BAT“ (Modularer multi-Megawatt multi-Technologie Mittelspannungsbatteriespeicher) wird im Rahmen der „Förderinitiative Energiespeicher“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie mit insgesamt 6,5 Millionen Euro gefördert.

Die Besonderheit von „M5BAT“ ist der modulare Aufbau des Speichers, bei dem unterschiedliche Batterie-Technologien optimal miteinander verknüpft werden. So werden Lithium-Ionen-Batterien beispielsweise als kurzfristige Leistungsspeicher eingesetzt, Hochtemperatur-Batterien eignen sich für die Energiebereitstellung über mehrere Stunden und Bleibatterien kommen sowohl bei kurzen als auch bei mittleren Entladezeiten zum Einsatz.

Viele Anwendungsfelder

Die geplante Leistungsklasse sowie die hohe Modularität machen das Batteriespeichersystem weltweit einmalig und eröffnen ein breites Spektrum möglicher Anwendungsfelder. Das Projekt wird sich im ersten Schritt auf folgende Einsatzzwecke konzentrieren: Die Integration Erneuerbarer Energien, die Erprobung einer dezentralen Bereitstellung von Regelleistung für einen stabilen Netz-

betrieb sowie den Stromhandel und die damit verbundene Nutzung von Strompreisdifferenzen.

„Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland gewinnen intelligente Netze und Techniken zur Speicherung großer Energiemengen immer stärker an Bedeutung. E.ON investiert im Rahmen seiner Technologie- und Innovationsaktivitäten bereits seit Jahren in ein breites Spektrum von Zukunftstechnologien. Hierbei sind Batteriespeicher besonders interessant, da sie – anders als Druckluftspeicher oder Pumpspeicherwerke – weder an geografische Voraussetzungen geknüpft sind noch langer Planungsfristen bedürfen“, so E.ON Technologievorstand Leonhard Birbaum.

Vermarktungsstrategien

E.ON verantwortet sowohl die Planung und den Aufbau der Batteriespeicheranlage sowie die Entwicklung und Erprobung von Vermarktungsstrategien zukünftiger Produkte im Energiemarkt. Forschungsseitig werden letztere Aktivitäten vom IAEW der RWTH Aachen begleitet. Der Betrieb der Anlage, die Systemintegration sowie die wissenschaftliche Begleitung des Projektes erfolgen durch das E.ON Energy Research Center an der RWTH Aachen.



Wir arbeiten an besserer Energie.

Die Energieversorgung von morgen wird starke dezentrale Komponenten aufweisen. Wir sind dafür bestens gerüstet. Wir sind spezialisiert auf das Errichten und Betreiben von effizienten Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung. Gemeinsam mit unseren Partnern entstehen so neue Lösungen: umweltschonend, nachhaltig, sicher.

[www.bayernwerk-natur.de](http://www.bayernwerk-natur.de)

Bayernwerk Natur

bayernwerk

## Bundes-SGK:

## Positionen zur Energiewende

Der Vorstand der Bundes-SGK hat in seiner jüngsten Sitzung Beschlüsse zur Zukunft der Stromverteilnetze gefasst. Aus seiner Sicht besteht in zwei Themenfeldern ein besonderer, auch gesetzgeberischer Handlungsdruck, um zügig Investitions- und Rechtssicherheit herzustellen: Neben der Modernisierung der Verteilnetze und der Berücksichtigung von Investitionen im Kontext der Anreizregulierung der Netzentgelte geht es um die rechtlichen Rahmenbedingungen von Kommunalisierungen des Netzbetriebs im Zuge eines Konzessionsverfahrens. Ein drittes Themenfeld liegt aus kommunaler Sicht bei der Frage einer nachhaltigen Sicherung des Konzessionsabgabevolumens.

Die 2009 in Deutschland eingeführte Anreizregulierung soll Betreiber von Strom- und Gasnetzen zur stärkeren Hebung von Effizienzpotenzialen bewegen. Deshalb werden die im Rahmen der Anreizregulierung für Fünfjahreszeiträume durch

die Bundesnetzagentur zu genehmigenden Erlösobergrenzen an den Kosten des besten Netzbetreibers ausgerichtet, um so den betriebswirtschaftlichen Druck auf die Netzbetreiber entsprechend zu erhöhen.

Die derzeitige Ausgestaltung dieses Mechanismus mag nach Auffassung der Bundes-SGK zwar den beabsichtigten Druck zur Effizienzsteigerung ausüben, führe aber zu unerwünschten Nebeneffekten.

## Gut für Stromverbrauch und Umwelt:

## Energiespartipps fürs Handy

Einer aktuellen Prognose des Branchenverbandes BITKOM zufolge werden in diesem Jahr voraussichtlich 29,6 Millionen Smartphones in Deutschland verkauft – 12 Prozent mehr als 2013. Durch ihre Funktionsvielfalt sind Smartphones bei ihren Nutzern im Dauereinsatz und verbrauchen viel Energie. Das Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) erklärt, wie man trotzdem Energie sparen und dadurch die Umwelt schonen kann.

Um den Energieverbrauch zu kontrollieren, bieten Betriebssysteme wie Android oder iOS unter der Funktion „Einstellungen“ eine Auflistung der größten Stromfresser auf dem Smartphone. Diese Funktionen können separat deaktiviert oder vollständig deinstalliert werden.

## Bildschirm: Helligkeit und automatische Deaktivierung einstellen

Oft ist der Bildschirm die Hauptursache für hohen Stromverbrauch. Dank individueller Einstellungen lässt sich hier viel Energie sparen. Mithilfe einer Schnellfunktion kann die Helligkeit des Bildschirms manuell angepasst werden. Das automatische Ausschalten des Bildschirms, die sogenannte Time-out-Funktion, kann so eingestellt werden, dass sie schon wenige Sekunden nach Ende einer Aktion erfolgt.

## Überflüssige Funktionen deaktivieren

GPS, Bluetooth oder WLAN verbrauchen sehr viel Energie, wenn sie aktiviert sind. So sucht das WLAN des Mobiltelefons kontinuierlich nach Netzwerken in der Umgebung und das GPS sendet ständig den aktuellen Standort.

Wird kein lokales Netzwerk gebraucht und ist keine Standortbestimmung gewünscht, können diese Funktionen manuell deaktiviert werden. Das reduziert nicht nur den Stromverbrauch, sondern auch die „digitalen Spuren“, die man durch diese Funktionen hinterlässt.

## Apps korrekt schließen und beenden

Oft werden Apps über den Home-Button geschlossen, wodurch sie im Hintergrund im Taskmanager geöffnet bleiben. Einige Apps schalten sich automatisch auf einen Stand-by-Modus und fragen im Hintergrund Daten ab. Daher sollte der Taskmanager, der alle kürzlich geöffneten Programme auflistet, regelmäßig gereinigt werden. Bei Androidbetriebenen Smartphones wird der Taskmanager bei langem Drücken, bei Geräten mit dem Betriebssystem iOS nach 2-maligem Drücken des Home-Buttons sichtbar.

Alle gängigen Betriebssysteme bieten einen Energiesparmodus an, der individuell angepasst werden kann. Damit können alle Funktionen in selbst gewählten Zeiträumen automatisch deaktiviert werden. Dies ist eine nützliche Einstellung für Zeiten, in de-

nen das Smartphone nicht genutzt wird, zum Beispiel nachts. Wer völlig unerreichbar sein und auch seinem Handy eine Pause gönnen will, schaltet das Mobiltelefon komplett aus.

Bereits beim Neukauf eines Mobiltelefons können Umweltaspekte berücksichtigt werden. Angaben über die Akkulaufzeit, Modelle aus recycelten Materialien oder umweltfreundliche Technologien kann der Käufer beim jeweiligen Hersteller abfragen. Achten Nutzer schon bei der Anschaffung darauf, dass der Akku im Gerät getrennt auswechselbar ist, verlängert sich automatisch die Lebenszeit eines Handys.

## Universal-Netzteile oder mobile Ladestationen sind umweltschonend

Inzwischen gibt es Handys, die ohne Ladegerät ausgeliefert werden. Sie können mithilfe eines Universal-Netzteils aufgeladen werden, die mit allen handelsüblichen Mobiltelefonen kompatibel sind. Davon genügt ein Gerät pro Haushalt. Die Verwendung von Universal-Netzteilen reduziert die Zahl der notwendigen Ladegeräte und entlastet so spürbar die Umwelt. Wer sein Handy mit regenerativen Energien laden will, kann das mit mobilen Ladestationen tun, die für Outdoor-Aktivitäten entwickelt wurden. Sie können nicht nur an Wanderrucksäcken befestigt werden, sondern eignen sich ebenso für den Einsatz im Büro oder zu Hause.

## Anreizregulierung

Das System der Anreizregulierung stehe den notwendigen Investitionen zur Erhaltung und Modernisierung der Verteilnetze im Wege und führe zu deutlichen Verzögerungen im Investitionsverhalten bzw. zu einem unerwünschten Investitionsstagnationsrisiko, da die entsprechenden Investitionen nicht zeitnah in den Erlösobergrenzen berücksichtigt werden.

## Empfohlenes Modell

Aus Sicht der Bundes-SGK ließe sich bereits sofort eine Änderung in der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) umsetzen, wie sie auch seitens des Bundesrates im Juli 2013 in einer Entschließung vorgeschlagen wurde. Die Einführung eines Modells der Investitionskosten differenz haben die von CDU und SPD geführten Bundesländer bereits im Juni 2013 im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates empfohlen. Dieses Modell sähe eine jährliche Anpassung der Erlösobergrenzen auf der Grundlage der tatsächlich erfolgten Investitionen vor. Die Vorteile eines solchen Modells wären: die Beseitigung des bis zu siebenjährigen Zeitverzugs für die Refinanzierung erforderlicher Investitionen in den Umbau der Verteilnetze, die Gewährleistung der notwendigen Investitionssicherheit und somit mehr Flexibilität für die Investitionsentscheidungen.

## Hoffnung auf mehr Mitgestaltung

Was die Rekommunalisierung der Stromnetze anbelangt, so besteht vielerorts in der Kommunalpolitik die Absicht, bei auslaufenden Konzessionsverträgen mit der Übernahme der Netzkonzession durch kommunale Unternehmen einen Rekommunalisierungsprozess in der Energieversorgung anzustoßen. Damit verbinden sich Hoffnungen auf mehr Mitbestimmung in der Gestaltung der örtlichen und regionalen Energieversorgung, eine Stärkung des Allgemeinwohls und der regionalen Wertschöpfung.

In den vergangenen Jahren haben sich laut SGK viele Kommunen auf den Weg gemacht, Aufgaben der Daseinsvorsorge wieder verstärkt in eigene Hände zu nehmen und Infrastrukturen zurück zu erwer-

## Ausbau des Erdgasspeichers 7Fields:

## Erhöhte Versorgungssicherheit in Deutschland und Österreich

Aufstockung sichert Jahresverbrauch von 800.000 Haushalten ab

E.ON hat vor kurzem die 2. Ausbaustufe des Gasspeichers 7Fields in Oberösterreich und Salzburg in Betrieb genommen und erhöht damit das Speichervolumen auf 1,85 Milliarden Kubikmeter. Der Erdgasspeicher schafft maximale Flexibilität für die E.ON-Kunden durch seine Anbindung an das deutsche und österreichische Netz. E.ON Gas Storage GmbH wird damit zum zweitgrößten Vermarkter von Speicherkapazitäten in Österreich.

Nach der Inbetriebnahme des Gasspeicherverbands 7Fields im Jahr 2011 erfolgt mit der Inbetriebnahme der 2. Ausbaustufe am 1. April 2014 eine Aufstockung des Arbeitsgasvolumens um 685 Millionen Kubikmeter. Damit vermarktet E.ON Gas Storage GmbH ein Gesamtvolumen von 1,73 Milliarden Kubikmeter und ermöglicht ihren Kunden in Deutschland und Österreich eine hohe Verfügbarkeit und sehr flexible Nutzung. Mit der Aufstockung der Speicherkapazität kann E.ON Gas Storage den Gas-Jahresverbrauch von über 800.000 Haushalten absichern.

„In einem schwierigen Marktumfeld bieten wir innovative und

ben sowie eigene Stadt- oder Gemeindewerke zu gründen. Dieser Trend werde zunehmend durch die Praxis einzelner Regionalversorger verstärkt, sich von ihren Netzbeteiligungen zu trennen.

## Komplexe Verfahren

Die Bundes-SGK hat darauf hingewiesen, dass Rekommunalisierungen komplexe Verfahren sind, die einer Einzelfallprüfung und Machbarkeitsstudie bedürfen. Aus Sicht der Kommunen sollten Rekommunalisierungen aber grundsätzlich im Sinne einer Ausübung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts möglich sein. Aus den Erfahrungen laufender Rekommunalisierungsverfahren ergebe sich allerdings auch eine gewisse Rechtsunsicherheit, die durch die jüngste Rechtsprechung des BGH im Dezember 2013 noch einmal vergrößert wurde. Daran schließt sich die Frage an, inwieweit hier ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht, um die Position der Kommunen zu stärken und mehr Rechtssicherheit zu schaffen. **DK**

individuelle Speicherdienstleistungen an, um unsere Kunden bei ihrer Portfoliooptimierung bestmöglich zu unterstützen“ erläutert Nicole Otterberg Geschäftsführerin der E.ON Gas Storage GmbH die Investitionsentscheidung für die 2. Ausbaustufe. „Der Speicher 7Fields stellt ein in Europa einzigartiges Bindeglied zwischen verschiedenen Märkten dar und ermöglicht auch eine grenzüberschreitende Speichernutzung“, so Michael Schmölzter, Leiter der österreichischen Niederlassung der E.ON Gas Storage.

Realisiert wurde dieses Speicherprojekt als Joint Venture der E.ON Gas Storage GmbH (EGS) und der Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG), die auch als technischer Betreiber fungiert.

## Hintergrund

Speicher sind im Erdgasmarkt von zentraler Bedeutung. Sie gleichen jahreszeitliche Bedarfsschwankungen sowie Lieferengpässe aus. So gewährleisten sie Versorgungssicherheit und schaffen für Marktteilnehmer im Erdgashandel Flexibilität im Wettbewerb.

E.ON Gas Storage ist im E.ON-Konzern für Bau und Betrieb von Untertage-Gasspeichern sowie für das europäische Speichergeschäft und die Versorgung der europäischen Märkte mit Speicherkapazität zuständig. Das Unternehmen bündelt die jahrzehntelange Erfahrung und alle Kompetenzen für die Speicherung von Gas innerhalb des E.ON-Konzerns und verfügt über Speicherkapazitäten an insgesamt 17 Untertage-Gasspeichern in Großbritannien, Deutschland und Österreich. Europaweit beläuft sich die Arbeitsgaskapazität auf über acht Milliarden Kubikmeter.

Weitere Informationen: <http://www.eon-gas-storage.com>

## Dezentrale Energiequellen und Rohstoffgewinnung in Bayern

Die RAG fördert effizient und ökologisch Erdgas und Erdöl. Beide Energieträger erschließen für Kommunen in Bayern Chancen für eine unabhängige Versorgung.

Erdgas ist in vielen bayerischen Kommunen ein wichtiger Baustein einer dezentralen, umweltfreundlichen Energieversorgung. Erdöl ist ein wichtiger Rohstoff für zahlreiche bayerische Unternehmen und Basis für ihren weltweit guten Ruf. Die RAG sucht seit 1997 in Bayern nach Erdgas und Erdöl und fördert es nach höchsten Effizienz- und Umweltstandards.

Diese Erfahrung hat das Unternehmen aus Österreich im sogenannten REEM-Prinzip gebündelt. Es beschreibt die wichtigsten Kriterien des aktuellen Förderprozesses von Erdgas und Erdöl: Regionale Nutzung, Effiziente Förderung, Erneuerbare Energien-Einsatz und Minimaler Eingriff in die Landschaft.

## Regionale Nutzung von Erdgas und Erdöl

Erdgas gewinnt im Zuge einer immer dezentraler angelegten Energieversorgung an Relevanz - gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen poli-

tischen Entwicklungen. Heimisch gefördertes Erdgas leistet seinen Beitrag zu einer bezahlbaren, ökologischen und sicheren Energieversorgung in Deutschland. Es steht damit als sauberster klassischer Energieträger auch dann zur Verfügung, wenn das Wetter nicht geeignet ist, um ausreichend Energie durch Wind- und Solarkraft zu produzieren.

Auch Erdöl ist ein wichtiger Rohstoff für heimische Chemieunternehmen. Die erzeugten Kunststoffe sind Grundbestandteil weltweit genutzter Alltagsgegenstände wie Mobiltelefone, Textilien oder Wärmedämmung von Gebäuden. Die RAG trägt mit der Förderung von Erdöl

aus regionalen Quellen zur direkten Versorgung der Unternehmen in der Umgebung bei. So können sie diese Kunststoffprodukte wettbewerbsfähig herstellen, wodurch der Erhalt von Arbeitsplätzen in den bayerischen Kommunen unterstützt wird.

## Effiziente Förderung

Die modernen Fördertechniken für Erdöl und Erdgas sind mittlerweile höchst effizient. Dies führt zu einer verbesserten Ressourcenausnutzung und dazu, dass mehr heimische Lagerstätten wirtschaftlich erschließbar werden. Dadurch kann die heimische Industrie den Basisrohstoff Erdöl weiterhin günstig erwerben, um Kunststoff-Erzeugnisse herzustellen. Auch Erdgas lässt sich effizienter fördern als noch vor zehn Jahren. Es ist zudem im Gegensatz zu den Erneuer-



baren Energien speicherbar und wichtig als Energiereserve für die kalte Jahreszeit. Außerdem dient es als kostengünstige Energie zur Gebäudeheizung - vor allem bei der Versorgung kommunaler Gebäude wie Schulen und Rathäusern.

## Erneuerbare Energien nutzen

Die RAG verbindet ihre Erdöl- und Erdgasförderung - wo es für die Kommune sinnvoll ist - mit der Gewinnung der Erneuerbaren Energie Erdwärme. Sie ist zu stabilen Preisen rund um die Uhr für den Verbraucher verfügbar. Bei der Gewinnung von Erdwärme wird mithilfe von „Tiefen Erdwärmesonden“ (TEWS) Wärme aus tiefen Schichten zu Tage gefördert. In zahlreichen bayerischen und österreichischen Kommunen hat die RAG solche Projekte im Verbund mit Bürgern und Politik umgesetzt, so auch in Neukir-

chen an der Vöckla im Jahr 2012. Die Erdwärme aus der dortigen RAG-Bohrung liefert in Kombination mit der Biomasseanlage Energie für ca. 100 Haushalte. Erdwärme ist umweltfreundlich und vollkommen unabhängig von Schwankungen, denen etwa Wind- und Sonnenenergie unterliegen. Sie wird direkt vor Ort gewonnen und genutzt. Damit werden die Wege kurz gehalten, was die Umwelt zusätzlich schont. Mit Projekten wie diesem leistet die RAG auch in bayerischen Kommunen einen Beitrag zur Integration der klassischen Energiegewinnung in die erneuerbare Energiewelt.

## Minimaler Eingriff in die Landschaft

Modernste Techniken ermöglichen es, die Förderung mit wenigen Beeinträchtigungen für Landschaft und Anwohner durchzuführen. Ein Projekt läuft möglichst wenig sichtbar, ohne

Lärmbeeinträchtigung und mit einem minimierten Flächenbedarf ab. So wird das ökologische System geschont und der Alltag der Bürger in der Region nicht gestört. Die Einhaltung der Umweltauflagen wird von der RAG sowie den jeweiligen Landesämtern für Umwelt laufend kontrolliert.

## Fazit

Die RAG wird auch in Zukunft ihren Beitrag zu einer zukunftsfähigen und ökologischen Energieversorgung in Bayern leisten. Das Unternehmen bekennt sich zu seinem Engagement vor Ort und investiert weiterhin in eine bezahlbare und sichere Versorgung der bayerischen Kommunen. Dabei tritt die RAG als Partner auf, initiiert Erneuerbare Energien-Projekte mit und unterstützt diese fachlich, damit die Kommunen sich unabhängig und vor Ort mit Energie versorgen können.

erdgas schwaben:

## Partner und Antreiber der Energiewende

Pressegespräch mit Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer

**Chancen der Energiewende oder alles auf Anfang? Mehr Energieverbrauch, mehr CO<sub>2</sub>, mehr Braunkohlekraftwerke, mehr Stromautobahnen, zu hohe Energiepreise: „Das Anti-Bild der Energiewende steht“, stellte erdgas schwaben-Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer bei einem Hintergrundgespräch mit Fachjournalisten in Augsburg fest. Aufklärung tue folglich not, wobei „wir es hier mit einem langwierigen Prozess zu tun haben werden“.**

Tatsache sei: Die anfängliche Goldgräberstimmung nach Fukushima, verbunden mit tausenden Initiativen aber auch zahlreichen Illusionen, ist einer Phase der Konkurrenz gewichen. Die Frage laute nun: Was kann bestehen, was ist bezahlbar und machbar?

„Es besteht kein Zweifel, dass wir viel beim Thema Photovoltaik erreicht haben“, betonte Dietmayer. Besonders in Bayern sei in den vergangenen Jahren ein massiver Ausbau erfolgt. „Gleichzeitig aber haben wir ein Windkraftaufstellungsproblem“, so der Geschäftsführer. Insgesamt sei die Bevölkerung mit EEG-Ausgaben in Höhe von 24 Mrd. Euro großen finanziellen Belastungen ausgesetzt, deren regenerativer Ertrag im Verhältnis eher bescheiden ausfalle. Ernüchterung mache sich breit.

### Vier Säulen

Bislang hätten sich die Verantwortlichen nur um das Thema Erzeugung gekümmert - dabei basiere die Energiewende doch eigentlich auf den vier Säulen Erzeugung, Speicher, Netze und Effizienz, monierte Dietmayer. Es seien Photovoltaik- und Windkraftanlagen gebaut worden, ohne sich Gedanken darüber zu machen, „wie deren Einbindung in das Gesamtsystem funktioniert“. Man habe es hier mit einem „höchst komplexen System, in das nicht jeder nach Lust und Laune einspeisen kann“, zu tun.

Stellt sich die Frage nach der künftigen Umverteilung des EEG Als „bemerkenswert“ erachtet der erdgas schwaben-Repräsentant in diesem Zusammenhang die Aussage von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, wonach die Braunkohleindustrie Investitionssicherheit benötige.

Erdgas-BHKWs:

## Die Mikro-Powerpakete für die Energiewende

**Keine andere Erdgastechnik arbeitet so wirtschaftlich wie ein Blockheizkraftwerk (BHKW). Denn ein BHKW garantiert einen extrem niedrigen Energieverbrauch. Nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung liefert es Wärme und Strom gleichermaßen und schöpft das Maximum aus der eingesetzten Energie.**

Der dezentralen Energieversorgung mit BHKWs gehört die Zukunft. Strom und Wärme werden



Erdgas-BHKW.

mit einem BHKW genau da erzeugt, wo sie auch gebraucht werden. Das funktioniert im Eigenheim genau wie im Gewerbebetrieb: Ein Motor betrieht mit Erdgas oder Bio-Erdgas erzeugt Strom, dabei wird die Abwärme des Motors für Heizung und Warmwasser genutzt. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, wird er ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet.

**Ersparnis:  
Rund 30 Prozent  
Primärenergie**

Richtig auf den Verbrauch ausgelegt, amortisiert sich die Investition in ein BHKW innerhalb weniger Jahre. Speziell für Ein- und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbebetrie-

wie eine solche Anlage unter Praxisbedingungen funktioniert.

Wie Dietmayer erläuterte, „ist die Power-to-Gas-Technologie derzeit die einzige erkennbare Technologie, die große Mengen Energie saisonal speichern und so Stromnetze entlasten kann“. Denn die regenerative Energie werde so als grünes Erdgas im Erdgasnetz gespeichert und bei Bedarf wieder zu Strom, Wärme oder Mobilität. „Das Erdgasnetz kann die Batterie der Zukunft sein“, resümierte der Geschäftsführer. Somit könne erdgas schwaben als Schnittpunkt zwischen Strom- und Gasnetz (und neben Greenpeace der bundesweit einzige Wasserstoffhändler im Erdgasnetz) seinen individuellen Beitrag zum Umbau des Energiesystems leisten.

### Power-to-Heat

Während PtG also eine echte „Stromspeicherung“ durch die Option der Wiederverstromung ermöglicht, können Power-to-Heat (PtH)-Systeme Überschussstrom nur in Form von Wärme speichern, informierte der Geschäftsführer. Ein Vergleich beider Speichersysteme sei nur schwer möglich, da PtH-Systeme lediglich eine Auspeisung als Wärme zulassen und damit durch die jahreszeitlichen schwankenden Wärmebedarfe limitiert sind.

### Brennstoffzellen-Technologie

Sehr viel Potenzial sieht erdgas schwaben in der Brennstoffzellen-Technologie als Weiterentwicklung des Blockheizkraftwerks. Mitte Februar ging die erste Brennstoffzellen-Heizung (BZH) Bayerisch Schwabens in Ebersbach in Betrieb. Das Gerät auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt gleichzeitig 2 kW Wärme und 1 kW Strom und ist speziell für den Einsatz in Ein- und Zweifamilienhäusern konzipiert. Im Vergleich zu derzeit üblichen KWK-Systemen erzielt die Brennstoffzellen-Heizung eine deutlich höhere Effizienz, ver-

ringert die Energiekosten im Haushalt und reduziert den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. In knapp 80 Haushalten wird der Heiz- und Lüftungstechnikspezialist Vaillant die neue Technologie im Zuge einer Praxistestphase installieren. erdgas schwaben unterstützt interessierte Kunden und hat Fördergelder für zehn Brennstoffzellen-Anlagen bereitgestellt.

### Herzstück

Das Herzstück des Systems bilden Hochtemperatur-Brennstoffzellen, die aus dem eingesetzten Erdgas oder Bio-Erdgas Wasserstoff gewinnen. Bei der anschließenden Reaktion von Wasserstoff mit Sauerstoff entstehen Wärmeenergie und Gleichstrom. Beides wird direkt im Haushalt, ganz ohne Leitungsverlust, verwendet.

Das BZH steht vor der Markteinführung und hat in mehreren Gerätegenerationen sein robustes Konzept und die hohe Effizienz bestätigen können. Künftig werden BZH die mit Abstand effizienteste Möglichkeit sein, den Energieträger Gas zu nutzen und dabei gleichzeitig die geringstmöglichen Emissionen zu verursachen.

„Eine Vielzahl von KWK-Anlagen kann in einem computer-technisch gesteuerten ‚virtuellen Kraftwerk‘ miteinander verbunden werden“, berichtete Dietmayer. erdgas schwaben arbeite mit Nachdruck daran. Mit im Boot ist dabei die Thüga-Gruppe, München, deren Mitgesellschafter neben erdgas schwaben selbst und der Stadt Augsburg zahlreiche weitere kommunale Energieversorger sind.

Erreicht wird eine hohe Zuverlässigkeit und Regelbarkeit der Versorgung. Gleichzeitig profi-



Geschäftsführer Klaus-Peter Dietmayer (Mitte links) im Gespräch mit Fachjournalisten. Bild: TvH

tiert jeder Betreiber vom Stromverkauf. Das Allgäu ist hier Vorzeigeregion. Laut Untersuchung des Fraunhofer Forschungsinstituts besteht allein in Schwaben ein Potenzial von 200 MWel. Dies entspricht pro Jahr in etwa dem Bedarf von 430.000 Haushalten.

### Heimische Windenergie

Ein neues Geschäftsfeld hat erdgas schwaben 2012 mit heimischer Windenergie erschlossen. Fünf Kleinwindräder diverser Hersteller mit einer maximalen Höhe von zehn Metern gingen in den schwäbischen Orten Donauwörth, Lauingen, Langenmosen, Wehringen und Kaufbeuren in den Praxistest. „Nach dem heutigen Stand werden diese Kleinwindräder allerdings nie wirtschaftlich werden“, hob Dietmayer hervor: „Wir stoßen hier an unsere Grenzen.“ Das Windkraftpotenzial in Bayern sei nun

einmal deutlich schlechter als in anderen Regionen des Landes.

Darüber hinaus beteiligt sich erdgas schwaben über die THEE (Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG), die von der Thüga zusammen mit 45 Tochterunternehmen gegründet wurde, an bundesweiten Onshore-Windparks. Jeder Standort ist eine eigene GmbH & Co KG.

### Onshore-Windparks

Bei bundesweit insgesamt 22.297 Onshore-Anlagen betrug die installierte Gesamtleistung im Jahr 2011 29.060 MW. Die Stromproduktion durch Windenergieanlagen belief sich auf 48 Mrd. Kilowattstunden, was einem Anteil am Energieverbrauch von 7,8 % entspricht. 36,1 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden dabei vermieden. Bayernweit belief sich die installierte Gesamtleistung 2011 auf 431 MW. DK

# Strom und Wärme selbst gemacht

**Mikro-BHKW,  
das Kraftwerk  
für zuhause**

Geld sparen, Klima schonen  
mit Erdgas // Bio-Erdgas

**erdgas  
schwaben**

Wir sind da, wo unsere Kunden sind  
[www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)



Bilanzpressekonferenz der Lechwerke AG:

## Unternehmen auf solidem Fundament

Stabile Geschäftsbasis und regionale Verankerung sorgen 2013 für gutes Ergebnis

Mit erfreulichen Zahlen wartete die Lechwerke AG im Rahmen ihrer Bilanzpressekonferenz in Augsburg auf. „Dank einer soliden Basis in den einzelnen Geschäftsbereichen und der starken regionalen Präsenz sind wir ein stabiler Wirtschaftsfaktor“, hob Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, bei der Vorstellung der Geschäftszahlen für das Jahr 2013 hervor.

Litpher zufolge liegt das betriebliche Ergebnis der LEW-Gruppe im Geschäftsjahr 2013 mit 155 Millionen Euro um 9,4 Millionen Euro über dem Vorjahreswert. Der Umsatz bleibt stabil bei 2,2 Milliarden Euro. Insgesamt investierte die LEW-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 80 Millionen Euro. Der wesentliche Teil wurde dabei für den Ausbau und die Modernisierung der Netzinfrastruktur ausgegeben. 77 Millionen Euro hat LEW für Instandhaltung und Unterhalt des Stromnetzes, der Erzeugungsanlagen sowie weiterer Sachanlagen aufgewendet.

### Einspeisevergütungen

Der Wandel der Energieversorgung geht vor allem in den ländlichen Regionen zügig voran. Zum Jahresende speisten über 65.000 nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geförderte Erzeugungsanlagen in das Stromnetz der LEW-Gruppe ein. Allein 2013 hat LEW rund 23 Millionen Euro investiert, um neue Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien an das Stromnetz anzuschließen. Das Volumen der Einspeisevergütungen hat sich 2013 vor allem aufgrund geringerer Mengen und anderer Vermarktungsmodelle der erneuerbaren Energien auf 651 Millionen Euro reduziert.

### Energieatlas Niederbayern:

## Neue Plattform für die Energiewirtschaft

Während die politische Diskussion um die Energiewende zunehmend ins Stocken gerät, stellt sich die Wirtschaft der Herausforderung. Die Unternehmen bereiten sich zunehmend auf den Umbau der Energieversorgung in Deutschland vor und werden selbst aktiv – vor allem mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, aber auch über den systematischen Einsatz energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen.

Welche Anbieter im Energiesektor ganz vorne mitspielen, zeigt der neue „Energieatlas Niederbayern“, ein Kooperationsprojekt des Niederbayern-Forums mit der IHK Niederbayern, der HWK Niederbayern-Oberpfalz und dem Technologiezentrum Energie der Hochschule Landshut, der kürzlich in Passau offiziell vorgestellt wurde.

### Aufbruchstimmung

Durch das Kompendium der wichtigsten Marktteilnehmer erwartet sich Michael Kliebenstein, Geschäftsführer des Niederbayern-Forums, eine positive Wirkung auf die gesamte Region: „Der Energieatlas soll eine zentrale Plattform bieten, um die vorhandenen Kompetenzen sichtbar zu machen und so die Basis für weitere Kooperationen untereinander und die Ansprache neuer Zielgruppen zu schaffen.“

„Auf dem Energiesektor in Niederbayern hat sich eine besondere Aufbruchstimmung gebildet“, konstatierte Dr. Reinhart Schwaiberger, Geschäftsführer des „Technologiezentrums Energie“ in Ruhstorf an der Rott. Er hob dabei insbesondere die Fortschritte im ländlichen Raum hervor. Gerade die

„Strom schätzt man erst richtig, wenn er einmal nicht da ist“, so Litpher. Im LEW-Netzgebiet sei dies freilich sehr selten passiert: 2013 war jeder Kunde im Durchschnitt nur rund zwölf Minuten aufgrund ungeplanter Versorgungsunterbrechungen ohne Strom, vier Minuten weniger als der Bundesdurchschnitt. „Angesichts unseres ländlich geprägten Netzes ist das ein Wert, auf den wir stolz sind“, konstatierte der Vorstand.

### Trend zu mehr Energieeffizienz und erhöhtem Eigenverbrauch

Sowohl im Privat- als auch im Geschäftskundenbereich ist der Trend zu mehr Energieeffizienz und erhöhtem Eigenverbrauch festzustellen. Trotz dieser Entwicklung und eines weiterhin scharfen Wettbewerbs konnte die LEW-Gruppe den Stromabsatz im Geschäftsjahr 2013 auf 14 Milliarden Kilowattstunden steigern. Dies beruht auf der positiven Entwicklung im Bereich der Gewerbetunden und Energieversorgungsunternehmen. Der Gasabsatz ging 2013 auf insgesamt eine Milliarde Kilowattstunden zurück. Hier konnten Zugewinne im Segment Privatkunden eine rückläufige Entwicklung der Bereiche Geschäftskunden, Energieversorgungsunternehmen und Handel nicht vollständig ausgleichen.

### Energieatlas Niederbayern:

## Neue Plattform für die Energiewirtschaft

Während die politische Diskussion um die Energiewende zunehmend ins Stocken gerät, stellt sich die Wirtschaft der Herausforderung. Die Unternehmen bereiten sich zunehmend auf den Umbau der Energieversorgung in Deutschland vor und werden selbst aktiv – vor allem mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, aber auch über den systematischen Einsatz energieeffizienter Produkte und Dienstleistungen.

Welche Anbieter im Energiesektor ganz vorne mitspielen, zeigt der neue „Energieatlas Niederbayern“, ein Kooperationsprojekt des Niederbayern-Forums mit der IHK Niederbayern, der HWK Niederbayern-Oberpfalz und dem Technologiezentrum Energie der Hochschule Landshut, der kürzlich in Passau offiziell vorgestellt wurde.

### Aufbruchstimmung

Durch das Kompendium der wichtigsten Marktteilnehmer erwartet sich Michael Kliebenstein, Geschäftsführer des Niederbayern-Forums, eine positive Wirkung auf die gesamte Region: „Der Energieatlas soll eine zentrale Plattform bieten, um die vorhandenen Kompetenzen sichtbar zu machen und so die Basis für weitere Kooperationen untereinander und die Ansprache neuer Zielgruppen zu schaffen.“

„Auf dem Energiesektor in Niederbayern hat sich eine besondere Aufbruchstimmung gebildet“, konstatierte Dr. Reinhart Schwaiberger, Geschäftsführer des „Technologiezentrums Energie“ in Ruhstorf an der Rott. Er hob dabei insbesondere die Fortschritte im ländlichen Raum hervor. Gerade die

„Der Energiemarkt und damit die Anforderungen unserer Kunden verändern sich. Darum erweitern wir unser Portfolio um neue Angebote. Dies umfasst beispielsweise Produkte und Dienstleistungen im Bereich Stromerzeugung und -speicherung sowie Hausautomatisierung“, erläuterte Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG. „Weiterhin setzen wir auf den Ausbau unserer Online-Services sowie unsere Präsenz vor Ort.“ Für Gewerbe- und Geschäftskunden bietet LEW die Direktvermarktung regenerativ erzeugten Stroms nach dem Marktprämienmodell sowie die Vermarktung von Minutenreserve und Sekundärregelleistung an.

### Wichtiger Wirtschaftsfaktor

„Wir sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sorgen für Kaufkraft und schaffen Arbeitsplätze in der Region. Wir sind davon überzeugt, dass jeder Euro gut investiert ist. Mehr als jeder dritte Euro unseres Umsatzes fließt als Kaufkraft zurück in die Region“, fuhr Schürmann fort. Die LEW-Bilanz für die Region belaufe sich im abgelaufenen Jahr auf 925 Mio. Euro – die Ausschüttung an die Betreiber von EEG-Anlagen mit eingerechnet. Aufträge in Höhe von 58 Mio. Euro gingen direkt an die heimische Wirtschaft. Konzessionsabgaben und die Dividenden an regionale Anteilseigner stärkten die kommunalen Haushalte und dienen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

### Energiezukunft Wasserkraft

Wasserkraft bedeutet Energiezukunft. Die eigenen und vertraglich gebundenen Wasserkraftwerke der LEW-Gruppe lieferten im vergangenen Jahr 910 Millionen Kilowattstunden Strom. Damit liege das Unternehmen deutlich über dem langjährigen Mittel. „Mit dieser Menge können wir rechnerisch über 300.000 Haushalte ein Jahr lang mit Ökostrom aus der Region versorgen“, betonte Markus Litpher. Die erzeugte Menge für das Gesamtjahr lag etwas über dem langjährigen Mittel. Der überwiegende Teil des erzeugten Stroms wird an der Strombörse vermarktet. Hier wirken sich fallende Börsenpreise auf die Erlöse aus.

### Kooperationen mit Vorbildcharakter

Wie der LEW-Vorstand deutlich machte, könne eine nachhaltige Wasserkraft heute nur gemeinsam gelingen. Die gute Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, den Behörden sowie den Fischerei- und Naturschutzbehörden habe neue Projekte und wegweisende Lösungen hervorgebracht. Diese Kooperationen hätten Vorbildcharakter für die Branche insgesamt. Litpher: „Ökonomie und Ökologie gehören bei der Wasserkraftnutzung untrennbar zusammen, das zeigen auch unsere aktuellen Projekte an Iller und Wertach. An beiden Flüssen haben wir im vergangenen Jahr Fischwanderhilfen gebaut, insgesamt acht Umgebungsbaue sind entstanden. Dafür haben wir rund acht Millionen Euro investiert.“

### Individuelle Lösungen für dezentrale Energieversorgung

Im Bereich Erzeugung entwickelt die LEW-Gruppe außerdem individuelle Lösungen für eine dezentrale Energieversorgung von Unternehmen und Kommunen. 2013 wurde mit der

Errichtung einer neuen Heizzentrale und eines Fernwärmenetzes für das Dienstleistungszentrum der Garten-Center-Gruppe Dehner in Rain am Lech begonnen.

### Netzinfrastruktur

Neben dem Stromnetz stellt das Datenkommunikationsnetz der LEW TelNet die zweite wichtige Netzinfrastruktur der LEW-Gruppe dar. Die Infrastruktur wurde weiter ausgebaut und umfasst mittlerweile mehr als 3.000 Kilometer Länge, davon mehr als 2.000 Kilometer als Glasfaser. Über diese leistungsfähige Infrastruktur bindet LEW TelNet einzelne Unternehmen, aber auch ganze Gewerbegebiete und Kommunen mit hohen Bandbreiten an das Internet an. Damit stärkt das Datennetz die wirtschaftliche Standortattraktivität der ganzen Region. Perspektivisch dient eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur als Basis für das intelligente Stromnetz der Zukunft.

### Programm

#### „LEW Energie-Zukunft“

Die wirtschaftliche Ausgangslage der LEW-Gruppe ist trotz schwieriger Rahmenbedingungen gut. Mit dem Programm „LEW Energie-Zukunft“ sollen Litpher zufolge die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert sowie neue Marktchancen genutzt werden. Das Programm besteht aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Projekten zu den Themen Wachstum, Effizienz und Unternehmenskultur.

Um Lösungen für das Stromnetz der Zukunft zu entwickeln, untersucht LEW derzeit eine Reihe innovativer Technologien. Dabei spielt das Pilotprojekt „Smart Operator“ eine zentrale Rolle. Im Schwabmünchner Ortsteil Wertachau errichtet das Unternehmen das erste intelligente Stromnetz der Region. Über 110 Haushalte haben sich dort an diesem Pilotprojekt beteiligt.

#### „Smart Operator“

2013 wurde die gesamte Daten- und Zählerinfrastruktur im Projekt erfolgreich aufgebaut und in Betrieb genommen. Damit steht die Basis für die Einbindung der intelligenten Bausteine in diesem Jahr. Das bayerische Kompetenzzentrum Umwelt KUMAS hat das Projekt „Smart Operator“ im vergangenen Jahr als Leitprojekt ausgezeichnet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat LEW die Gründung einer Bürgerenergiegenossenschaft initiiert. Die LEW Bürger-Energie eG beteiligt sich am Bau und Betrieb regenerativer Anlagen sowie an Maßnahmen zur Energieeffizienz. Für das erste Projekt, einen Solarpark bei Bobingen, haben rund 600 Bürger aus der Region Energieendepaket gezeichnet.

### Ausblick

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet die LEW-Gruppe mit Umsatzerlösen in gleicher Höhe wie im Berichtsjahr. Das betriebliche Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 soll laut Plan über dem des Jahres 2013 liegen. Für das Geschäftsjahr 2014 plant LEW den Dividendenvorschlag zu erhöhen. Gründe für die geplante Steigerung des Dividendenvorschlags für 2014 gegenüber 2013 sind ein positiver Geschäftsverlauf und ein geringerer Bedarf an Risikoversorge in der Vorausschau.

Zusätzlich erwartet LEW aus dem Verkauf des Höchstspannungsnetzes am Amprion einen nicht unerheblichen Buchgewinn. Notwendig sei dieser Verkauf aufgrund entsprechender Vorgaben des Gesetzgebers. Insoweit prüft der Vorstand Handlungsoptionen unter Berücksichtigung der sich in 2014 ergebenden geschäftlichen Aktivitäten. **DK**



Die LEW-Vorstände Dr. Markus Litpher (l.) und Norbert Schürmann bei der Vorstellung der Bilanz für das Geschäftsjahr 2013. Bild: LEW/Bleier

## Pilotprojekt „LEW-Energiefassade“

Fotovoltaikanlage an der Fassade und ein Batteriespeicher sollen die Ausbildungswerkstatt der Lechwerke möglichst ganzjährig mit Strom versorgen – Aktuelle Werte zu Erzeugung, Verbrauch und Speichernutzung sind online abrufbar

An der Außenwand ihres Ausbildungszentrums in Augsburg-Oberhausen testen die Lechwerke (LEW) erstmals den Einsatz einer Fassadenfotovoltaikanlage. Anders als Fotovoltaikanlagen, die auf Dächern installiert sind, ist die Anlage darauf ausgelegt, Solarstrom möglichst ganzjährig und gleichmäßig zu erzeugen. Zum Pilotprojekt gehört auch ein Batteriespeicher. Er kann Solarstrom speichern und ihn bei Bedarf abgeben. Mit dieser Anlagenkonzeption möchte LEW mehr als die Hälfte des Strombedarfs seiner hauseigenen Lehrwerkstatt decken. Welchen Ertrag die Energiefassade tatsächlich liefert, zeigen der Anlagensteckbrief und die tagesaktuelle Energiebilanz unter [www.lew.de/energiefassade](http://www.lew.de/energiefassade).

### Praxistauglichkeit

Hintergrund des Projekts ist die zunehmende Bedeutung des Themas Eigenverbrauch bei Fotovoltaikanlagen, um für den Kunden wirtschaftliche Vorteile zu erzielen. Dafür ist – in Verbindung mit einem Batteriespeicher – eine möglichst gleichmäßige Stromerzeugung sinnvoll. Bisher waren Fotovoltaikanlagen darauf ausgerichtet, möglichst viel Strom zu erzeugen und ins Netz einzuspeisen, unabhängig davon, ob dieser gerade gebraucht wird oder nicht.

„Die Stromerzeugung nach dem tatsächlichen Strombedarf auszurichten ist ein richtiger und wichtiger Schritt für den Erfolg der Energiewende“, sagt LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann. „Nicht nur für Privatkunden, sondern auch für den gewerblichen Bereich können solche Lösungen interessant sein. In einer Reihe von Pilotprojekten testen wir diese innovativen Produkte auf ihre Praxistauglichkeit hin.“

### Vertikale Anbringung

Die Anlagengröße beim Pilotprojekt „LEW-Energiefassade“ ist auf die Verbrauchsdaten der Ausbildungswerkstatt von LEW ausgelegt. Bei einer Höhe von zwei Metern erstrecken sich die Solarmodule über eine Gesamtlänge von 119 Metern an der Fassade der Betriebskantine am Ausbildungszentrum. Da Sonnenstrahlen gleichmäßig über den Tag verteilt auf die senkrecht angebrachten Module treffen, erzeugt die Fassadenanlage kontinuierlich Strom. Leistungsspitzen, die als Überschuss in das Netz eingespeist werden, sind spürbar abgeflacht. Die vertikale Anbringung verhindert auch, dass

Schnee die Anlage im Winter bedeckt und die Erzeugung unterbrocht. Strom, der nicht unmittelbar gebraucht wird, nimmt der Blei-Gel-Batteriespeicher auf und gibt ihn bei Bedarf wieder ab. So lässt sich die Lehrwerkstatt auch nachts oder bei unbeständigem Wetter mit Sonnenstrom versorgen. Ein weiterer Vorteil des Konzepts der Energiefassade: Sind Dächer für Fotovoltaikanlagen nicht geeignet oder sollen bestehende Anlagen erweitert werden, kann eine Fassadenanlage eine interessante Alternative sein.

### Ehrgeiziges Ziel

„Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Mit dem von der Energiefassade erzeugten Strom möchten wir ganzjährig mindestens 60 Prozent des Bedarfs der Lehrwerkstatt decken, und dadurch annähernd 100 Prozent des erzeugten Solarstromes vor Ort nutzen“, so Projektleiter Jürgen Münzer. Die Lehrwerkstatt hat einen durchschnittlichen Strombedarf von rund 90 Kilowattstunden pro Tag. „Wir sind sehr gespannt, wie sich das Konzept in der Praxis bewährt.“

Über die eingebaute Fernüberwachung werten die Lechwerke in den kommenden Jahren alle Daten der Anlage aus. Ein erstes Zwischenfazit liegt voraussichtlich im zweiten Quartal dieses Jahres vor. Schon jetzt sind der Anlagensteckbrief und die Energiebilanz unter [www.lew.de/energiefassade](http://www.lew.de/energiefassade) einsehbar. In einer benutzerfreundlichen Übersicht erfahren Interessierte unter anderem, ob Solarstrom eingespeist, die Batterie entladen oder Strom aus dem Netz bezogen wurde.

### Intelligentes Stromnetz

Den Einsatz von Fotovoltaikanlagen und Batteriespeichern in Privathaushalten untersucht LEW bereits seit rund zwei Jahren im Rahmen von Pilotprojekten. In der Siedlung Wertachau bei Schwabmünchen verbindet LEW im Pilotprojekt Smart Operator intelligente Netzbauwerke sowie Hausgeräte, Smart Meter, Stromspeicher und Fotovoltaikanlagen zum ersten intelligenten Stromnetz der Region. Ziel ist es, solare Energieerzeugung und häuslichen Strombedarf automatisiert und intelligent aufeinander abzustimmen. In räumlicher Nähe soll ein Maximum an regenerativ erzeugter Energie genutzt werden, um den Verbrauch von fossilen Energien zu senken. Gleichzeitig können die überregionalen Stromnetze entlastet werden. **□**

# Energie Südbayern unterstützt Pilotprojekt zu Mikro-BHKW

Neue Perspektiven in der Versorgung von Ein- und Zweifamilienhäusern mit Wärme und Strom

Die Energie Südbayern GmbH führte in ihrem Versorgungsgebiet gemeinsam mit der Technischen Universität München und dem Heizungshersteller De Dietrich Remeha GmbH einen Pilottest mit Mikro-Blockheizkraftwerken (Mikro-BHKW) durch, nun liegen die Ergebnisse vor. Die Studie zeigt, dass Ein- und Zweifamilienhäuser mit den verwendeten Mikro-BHKW effizient beheizt werden können - bei gleichzeitiger Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. In bestehende Heizsysteme lassen sich die Mikro-BHKW zudem gut integrieren. Energie Südbayern unterstützte Forschungsprojekte im Bereich Energie seit 2008 mit rund zwei Millionen Euro.

Im Vergleich zu zentralen Stromerzeugungsanlagen besitzen dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wie die für die Studie genutzten Mikro-BHKW viele Vorteile - der größte ist die gemeinsame Erzeugung von Strom und Wärme.

## Forschungsarbeit

Gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Energiewirtschaft und Anwendungstechnik (IfE) an der Technischen Universität München und dem Hersteller De Dietrich Remeha erforschte Energie Südbayern von 2009 bis 2013 den Einsatz von Mikro-BHKW mit Stirlingmotoren. Bei den speziell für das Ein- und Zweifamilienhaus konzipierten Geräten handelt es sich um eine Kombination bestehend aus einem Stirlingmotor in Verbindung mit einem Brennvorgang

für die zusätzlich benötigte Spitzenlast. Die Analyse der in einem Feldtest installierten eVita Stirling Mikro-BHKW hat gezeigt, dass Geräte der Leistungsklasse um 1 kW elektrisch sinnvoll und schonend für die Umwelt in bestehende wie auch neue Heizsysteme integriert werden können.

## Effiziente Kombination

„Durch die Kombination wirtschaftlich ausgereifter Brennvorgänge in Verbindung mit einem Stirlingmotor eröffnet die Mikro-BHKW-Technologie speziell für Ein- und Zweifamilienhausbesitzer neue Perspektiven für eine effiziente Wärme- und Stromversorgung“, erläutert Andreas Ludeck, Technischer Leiter Neue Technologien bei Energie Südbayern.



Das neue Organic Rankine Cycle (ORC)-Modul von Siemens. □

Siemens Energy:

## Neue Lösung zur Nutzung von Abwärme

Siemens Energy erweitert sein Produktportfolio mit einer neuen technischen Lösung zur Stromerzeugung aus Abwärme. Das Siemens Organic Rankine Cycle (ORC)-Modul ermöglicht Betreibern von Industrieanlagen, aus Abwärme mit Temperaturen von etwa 300° Celsius Strom zu produzieren – und das ohne zusätzlichen Brennstoffeinsatz und somit auch ohne zusätzliche CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Beim ORC-Verfahren wird ein organisches Arbeitsmedium mit einer wesentlich niedrigeren Verdampfungsenthalpie als Wasser eingesetzt, das aus der Gruppe der Silikonöle stammt. Das verdampfte Öl treibt anschließend eine Dampfturbine an.

## Erweitertes Produktportfolio

Im ersten ORC-Modul von Siemens kommt die Dampfturbine SST-060 zum Einsatz, die weltweit bereits über 850 Mal erfolgreich installiert wurde. Das ORC-Modul erweitert das bisherige Produktportfolio in diesem Bereich. Siemens bietet zunächst ORC-Module mit einer Leistung von bis zu 2 Megawatt (MW) an. Mittelfristig plant das Unternehmen das ORC-Produktportfolio auf höhere Leistungen auszuweiten. „Abhitze verpufft in Industriebetrieben oft ungenutzt“, erklärt Wolfgang Klink, Leiter der ORC Abteilung im Geschäfts-

bereich Dampfturbinen bei Siemens Energy. „Mit der ORC-Technologie ermöglichen wir es unseren Kunden, diese Abwärme in Strom umzuwandeln und somit Energie, die ansonsten verloren geht, wirtschaftlich zu nutzen.“

## Kompaktes Design

Das Siemens ORC-Modul zeichnet sich besonders durch niedrige Investitionskosten und einen geringen Reparatur- und Wartungsaufwand aus. Es lässt sich automatisch betreiben und erfordert kein zusätzliches Personal. Zudem benötigt der Kreislauf kein Wasser und damit keine Wasseraufbereitung. Das einfache und kompakte Design sowie geringere Temperaturen und Drücke, im Vergleich zu einem konventionellen Dampfkreislauf, machen neben der energieeffizienten Nutzung von Ressourcen den Betrieb des ORC-Moduls auch wirtschaftlich sinnvoll. □

## Positive Bewertung

Die Bewertung der Energieeffizienz fällt deutlich positiv aus: Je nach Erzeugungsart der Wärme in verschiedenen Referenzszenarien beträgt die Primärenergieeinsparung bis zu 24 %, die CO<sub>2</sub>-Einsparung bis zu 26 %. Die im

## Klosterlechfeld:

## Vollständige Umstellung auf LED-Technik in der Straßenbeleuchtung

Im Auftrag der Gemeinde rüsten die Lechwerke derzeit die rund 430 Straßenleuchten in Klosterlechfeld mit neuen LED (Licht emittierende Diode)-Lampen aus. Die bisherigen Lampen waren am Ende ihrer technischen Laufzeit angelangt und mussten ersetzt werden. Mit der neuen LED-Technik werden die Straßen und Gehwege in Klosterlechfeld künftig deutlich besser ausgeleuchtet. Außerdem verbrauchen die neuen LED-Lampen weniger Energie. Rein rechnerisch spart die moderne Technik jährlich mehr als 50.000 Kilowattstunden Strom ein. Dies entspricht fast 30 Tonnen klimaschädlichen CO<sub>2</sub>, die bei konventioneller Stromerzeugung anfallen würden.

Die Umrüstung läuft bis Ende Januar. Dabei werden die alten Natrium- und Quecksilberdampflampen gegen neue LED-Lampen ausgetauscht. Die Masten und die oberen Leuchtenkörper bleiben erhalten. Die neuen LED-Lampen können in die vorhandenen Lampenschirme geschraubt werden.

Durch die Umrüstung ist Klosterlechfeld die erste Kommune im Gebiet der Lechwerke, deren Straßenbeleuchtung dann zu 100 Prozent mit LED-Technik arbeitet. Nur vier Leuchten im Bereich der Schwabstadler Straße werden bauartbedingt nicht auf LED umgerüstet.

Die LED-Technik steht derzeit weit oben auf der Agenda von Städten und Gemeinden. Die Gründe:

- LED-Technik ist sehr energieeffizient.
- LED strahlt Licht gezielter ab. Das führt zu weniger Lichtverschmutzung und hat deshalb Vorteile für Anwohner und Umwelt.
- LED-Leuchten haben eine längere Lebensdauer als herkömmliche Lampen und sind wartungsärmer.
- LED lässt sich verlustfrei dimmen und ist deshalb sehr gut in Verbindung mit Lichtsteuerungssystemen einsetzbar.

## Extrem schnelle Entwicklung

Die LED-Technik in der Straßenbeleuchtung hat sich in den vergangenen vier Jahren extrem schnell entwickelt. Bei Neubauprojekten kommen heute in der Regel nur noch LEDs zum Einsatz. Perspektiven: Kombination mit Fotovoltaikanlagen und/oder Batteriespeichern sowie der Einsatz in großen Objekten, z. B. Sportanlagen.

Insgesamt setzen im Netzgebiet der Lechwerke bereits rund 260 Kommunen LED-Technik in der Straßenbeleuchtung ein, aktuell sind insgesamt rund 7.300 LED-Leuchten in Betrieb. In Klosterlechfeld wurden schon im vergangenen Jahr einige der neuen Leuchten zu Testzwecken eingesetzt.

LEW betreibt seit 2011 in Königsbrunn auf rund 13.000 Quadratmetern ein eigenes LED-Leuchtenkompetenzzentrum. Die Lechwerke unterstützen damit Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte, Bau-

Forschungsprojekt gewonnenen Ergebnisse flossen direkt in die Weiterentwicklung der zukunftsweisenden Technologie ein und bilden die Basis der von De Dietrich Remeha am Markt eingeführten Gerätegeneration stromerzeugender Gas-Brennwerttechnik der Reihe eVita.

Energie Südbayern engagiert sich traditionell in der Energietechnik-Forschung und arbeitet mit der TU München bei mehreren Projekten zusammen. Verschiedenste Forschungsvorhaben werden von Energie Südbayern jährlich mit insgesamt rund 325.000 Euro unterstützt. □

## Parkhäuser und Tiefgaragen:

## Verkehrssichere Beleuchtung

Nagold - Mehr Sicherheit in Parkhäusern und Tiefgaragen – seien es bestehende Parkbauten oder Neubauten – bieten energieeffiziente Beleuchtungen mit LED-Technologie. Für die lichttechnische Sanierung empfiehlt der Beleuchtungsexperte euroLighting verschiedene LED-Lösungen: Einfach, schnell und sehr kostengünstig ist der Austausch von bestehenden, veralteten Neonröhren durch ECOXTUBE LED-Röhren. Mit 24 bis 30 W Leistung verbrauchen die VDE-geprüften LED-Röhren deutlich weniger Strom als ihre Vorgänger mit 70W.

Die Lichtausbeute pro Röhre liegt bei 3.400lm. Die 1,2 m oder 1,5 m langen ECOXTUBES lassen sich direkt in vorhandene Leuchtgehäuse einsetzen und machen so aufwändige und kostspielige Neuinstallationen überflüssig. Voraussetzung dafür ist ein bereits integriertes Vorschaltgerät der Type VVG oder KVG. Bei EVG-Vorschaltgeräten ist ein zusätzlicher Umbau nötig. Eine Alternative bietet euroLighting mit kompletten Lampensystemen für Neuinstallationen. Der Abstrahlwinkel der 1,2 m oder 1,5 m langen Leuchten beträgt bis zu 180°.

Darüber hinaus sind LED-Lichtrohrsysteme in Längen von bis zu 16 m pro Einheit erhältlich, die durchgehend oder in Abständen die Parkgaragen ausleuchten. In geschlossener Bauform, explosionssicher und feuchtigkeits- und kälteresistent (Schutzart IP66) erzielen sie auch unter ungünstigen Umweltbedingungen dauerhaft Hochleistung. Dank des niedrigen Energieverbrauchs amortisieren sich die Investitionskosten bereits innerhalb von ein bis zwei Jahren.

Mit den energieeffizienten LED-Leuchtmitteln sind in Hoch- und Tiefgaragen Energieeinsparpotenziale von bis zu 60 % möglich. Das ist besonders für Parkbauten mit langen Einschaltzeiten von bis zu 24 Stunden am Tag interessant.

Die LEDs sorgen für eine gleichmäßige Ausleuchtung von Fahrwegen und Park- und Abstellflächen, erleichtern die Orientierung und erhöhen das Sicherheitsgefühl für die Benutzer. Dank des minimalen Streuverlustes werden Verkehrsteilnehmer nicht vom Licht geblendet, das Unfallrisiko sinkt. Zudem punktet die Technologie mit einer langen Lebensdauer, kaum Wartungskosten, geringer Hitzeentwicklung und sofortiger voller Lichtabgabe beim Einschalten ohne Flackern.

Damit erfüllen LED-Leuchtmittel alle Anforderungen der EU nach einer energieeffizienten und verkehrssicheren Ausleuchtung von Parkbauten. Nach DIN EN 124614-1 („Licht und Beleuchtung – Beleuchtung von Arbeitsstätten“) sind in Ein- und Ausfahrten Beleuchtungsstärken von 300lx bei Tag und 75lx bei Nacht erforderlich. Parkstellflächen benötigen mindestens 75lx. Für die normgerechte Umsetzung ist eine sorgfältige Lichtplanung entscheidend. Parkhaus-Betreibern bietet euroLighting eine umfassende Beratung, erstellt Rentabilitätsrechnungen und findet effiziente LED-Lösungen zur optimalen Bestückung der einzelnen Leuchtensysteme. Individuelle Leasingmodelle erleichtern zudem die Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen. □



## Energiedatenmanagement für Kommunen – transparent, effizient, wirtschaftlich

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bieten wir eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-0 oder per E-Mail unter [service@esb.de](mailto:service@esb.de)

Energie Südbayern GmbH | [www.esb.de/kems](http://www.esb.de/kems)

**ESB**  
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

GVB zur anstehenden Energiewende:

## Gegen eigenständige Energiepolitik der EU-Kommission

Die weitere Gestaltung der Energiewende ist für den Genossenschaftsverband Bayern (GVB) derzeit eines der wichtigsten Themen für seine Arbeit, weil viele genossenschaftliche Aktivitäten davon betroffen werden. Deshalb nutzte der Verband, in dem in Bayern mehr als 1000 genossenschaftliche Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften zusammengeschlossen sind, seine Pressekonferenz zu deren Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2013 dazu, seine Vorstellungen und Forderungen zur Energiewende eingehend darzustellen. Kernforderung dabei: Die Europäische Kommission darf durch die Festsetzung neuer EU-Beihilfeleitlinien keine eigenständige Energiepolitik betreiben. Den Mitgliedstaaten müsse das Recht bleiben, über die Ausgestaltung ihrer nationalen Fördersysteme für erneuerbare Energien selbst zu entscheiden.

Nach dem Vertrag von Lissabon bestehe die Aufgabe der EU zwar darin, das Funktionieren des Energiemarktes und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie Energieeffizienz, Energienetze und erneuerbare Energiequellen zu fördern. Doch die Entscheidung über den nationalen Energiemix sei Sache jedes einzelnen Mitgliedstaates, stellte GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel fest. Dies sei insbesondere auch festzustellen im Hinblick auf den Gesetzentwurf zur EEG-Novelle, den Bundesregierung und Bundestag in den nächsten Monaten auf den Weg bringen wollen. Bei diesem Vorhaben gelte es, die Strompreisentwicklung zu stabilisieren, den Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung und entsprechender Netze voranzutreiben und gleichzeitig die Versorgungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten.

Derzeit werden nach Büchels Darstellung die Rahmenbedingungen für die Erzeugung und Einspeisung erneuerbarer Energien durch Genossenschaften auf drei politischen Ebenen, nämlich der europäischen, der deutschen und der bayerischen, neu bestimmt. Die EU-Kommission ist gerade mit einem Beihilfeverfahren wegen der Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage beschäftigt. Dieses Beihilfeverfahren könnte durchaus Auswirkungen auf die genossenschaftliche Futter- und Milchwirtschaft haben, denn in diesen Bereichen ist der Anteil der Energiekosten an den Produktionskosten der wichtigste Wettbewerbsfaktor. Der GVB hat sich deswegen mit einer Stellungnahme zum EU-Beihilfeverfahren an die EU-Kommission gewandt.

Nach Ansicht des GVB besteht in Politik und Wirtschaft weitgehend Konsens, dass eine marktwirtschaftliche Ausrichtung des EEG und eine entsprechend Anpassung der Förderpolitik dringend notwendig sind. Die bayerischen Genossenschaften jedenfalls stellen sich „als klar in der Marktwirtschaft verortete Unternehmen“ auf veränderte Rahmenbedingungen ein und passten ihre Geschäftsmodelle entsprechend an.

An die Politik richtet der Verband die Forderung, dass staatliche Zusagen zur Förderung bestehender Anlagen eingehalten werden. Deshalb müsse das neue EEG einen vollständigen Bestandschutz bieten. Es dürfe keine nachträgliche Kürzung oder Besteuerung bereits zugesagter Förderungen geben – weder bei der Photovoltaik noch bei der Windenergie oder bei Biogasanlagen. Der Bestandschutz sei Grundvoraussetzung für das Vertrauen von Bürgern, Unternehmen und Investoren in der Energiewende.

Einen Vertrauensschutz müsse es auch für bereits genehmigte und in ihrem Planungsstand fortgeschrittene Investitionsprojekte geben. Entsprechend gelte eine angemessene Übergangsregelung für genehmigungspflichtige Anlagen, die vor einem Stichtag in Betrieb genommen werden, ebenfalls zu einer fairen Neuregelung. Nach Schätzungen der Bundesgeschäftsstelle Energiegenossenschaft-

ten werden in Deutschland allein in diesem Jahr 300 Millionen Euro an Investitionen in EE-Anlagen aufgrund der derzeit fehlenden Planungsgrundlage zurückgestellt. Davon dürfte ein Viertel auf Bayern entfallen. Die Bundesregierung müsse sicherstellen, dass Projekte, bei denen bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet wurden und entsprechende Projektierungskosten angefallen sind, auch realisiert werden können.

### Bagatellgrenze gefordert

Mit großer Sorge sieht der Verband, dass das Bundeswirtschaftsministerium in seinem Entwurf des neuen EEG vorsieht, eigenverbrauchten Strom mit der EEG-Umlage zu belasten. Damit würde der Betrieb von Photovoltaikanlagen auf Gewerbeflächen durch Energiegenossenschaften zur Eigenstromerzeugung genauso wirtschaftlich gefährdet wie der Einsatz von Blockkraftwerken, zum Beispiel in Mehrfamilienhäusern, im Kleingewerbe oder in kommunalen Einrichtungen. Um den Betrieb derartiger, kleiner Anlagen weiterhin zu ermöglichen, fordert der Verband im neuen EEG eine Bagatellgrenze für die Belastung eigenverbrauchten Stroms.

Des Weiteren tritt der GVB dafür ein, dass auch im Freistaat der Bau neuer Windkraftanlagen wirtschaftlich möglich bleibt, denn nach einer TNS Emnid-Umfrage befürworteten 76 Prozent der bayerischen Bürger einen verstärkten Ausbau der Windkraft an verschiedenen Orten. Die Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch, die den Bundesländern Spielraum bei der Festsetzung der Abstände von Windrädern zur Wohnbebauung einräumt, sieht der Verband gelassen. Windprojekte sollten immer dann möglich sein, wenn die betroffenen Gemeinden zustimmen, sei es durch Gemeinderatsbeschluss, sei es durch einen Bürgerentscheid. Die Energiewende könne nur im Konsens mit der Bevölkerung gelingen. Als Erfolgsfaktor für Bürgerbeteiligung seien Energiegenossenschaften geradezu prädestiniert wegen der finanziellen Beteiligung der Menschen und deren demokratischem Mitspracherecht vor Ort.

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Nutzen von dezentralen Energiegenossenschaften könne letztlich aber nur dann optimal ausgeschöpft werden, wenn es gelinge, auch kleine Erzeugungseinheiten effizient in die Energieversorgung einzubinden. Deshalb sei es unsinnig, dass sie zur eigenen Direktvermarktung verpflichtet werden sollen. Hier könnten die Lösungen nur Vermarktungsgenossenschaften sein, die den Strom aus mehreren Erzeugungseinheiten gebündelt am Strommarkt anbieten. Solche Vermarktungsgenossenschaften hätten sich zum Beispiel in der Milchwirtschaft bestens bewährt.

Und schließlich weist der Genossenschaftsverband darauf hin, dass bisher das Potential im Bereich der Nahwärmeversorgung zu wenig beachtet wird. So werde bei vielen Biogasanlagen die erzeugte Abwärme wirtschaftlich

noch nicht sinnvoll genutzt. Gemeinschaftsanlagen für Nahwärme könnten aber den angeschlossenen Haushalten eine kostengünstige Versorgung bieten. Als Organisationsform böten sich, so Büchel, Wärmeversorgungs-genossenschaften an. 2013 wurden in Bayern 14 derartige Genossenschaften gegründet. Inzwischen gibt es davon 61.

Zum eigentlichen Grund der Pressekonferenz teilte Büchel mit, dass die 741 ländlichen und 204 gewerblichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften mit Warengeschäft das Berichtsjahr positiv abgeschlossen haben. Ihr Gesamtumsatz legte um 3,9 Prozent auf 11,87 Milliarden Euro zu. Ihr Ergebnis vor Steuern stieg auf 220 (209) Millionen Euro. Die 240 Energiegenossenschaften verzeichneten mit 446 Millionen Euro (-6 Prozent) eine leicht rückläufige Geschäftsentwicklung. Ursache waren rückläufige Gaspreise und eine ausgedehnte Ölpreisbindung. Der Ausblick auf das laufende Jahr fällt insgesamt positiv aus.

Mit Sorge beobachtet der Verband Bestrebungen, Genossen-

schaften als Investmentfonds einzustufen und entsprechend zu behandeln. Genossenschaften als Organisationen bürgerlichen Engagements seien darauf ausgerichtet, den Erwerb oder die Wirtschaft der Mitglieder oder deren kulturelle oder soziale Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern. Deshalb dürfe es die befürchtete Einstufung keinesfalls geben.

Besondere Anmerkungen gab es zur genossenschaftlichen Milchwirtschaft, die ihren Umsatz um 7,1 Prozent auf 3,34 Milliarden Euro steigern konnte, nicht zuletzt, weil das Milchpreinsniveau 2013 mit 37,80 Cent je Kilogramm einen Rekordwert in Bayern erreichte. Zur Zeit liegt der Preis, den die Bauern erhalten, über 40 Ct/kg. Doch weil die Milchquote, die bisher die erlaubte Erzeugungsmenge reguliert, zum 1. April nächsten Jahres wegfällt, droht vor diesem Hintergrund eine Überproduktion mit Preisverfall.

Insgesamt kam es in Bayern zu 61 Genossenschafts-Neugründungen, davon 43 im Energiebereich, wobei der Westen Bayerns stärker vertreten war als der Osten. Außerdem gab es 9 Abgänge (wegen Wegfalls des Geschäftszwecks oder der Geschäftsgrundlage) und zu 3 Fusionen. Berücksichtigt man die Volks- und Raiffeisenbanken, also den Bankensektor, hat der GVB zum Ende des Berichtsjahres 1283 Mitgliedsunternehmen vertreten. Im Jahr zuvor waren es 1237. **dhg.**

### Unabhängiges Analysehaus G.U.B.:

## Kraftwerkspark II von Green City Energy positiv bewertet

Bau und Emission liegen voll im Plan

Nach der positiven Bewertung im Anlagecheck durch den unabhängigen Brancheninsider ECoreporter bewertet nun auch das renommierte Analysehaus G.U.B. die festverzinsliche Anleihe Kraftwerkspark II von Green City Energy positiv. Auch die Emission sowie der Bau des integrierten Windparks Altertheim liegen voll im Plan.

Das Hamburger Analysehaus G.U.B. hat die festverzinsliche Anleihe Kraftwerkspark II von Green City Energy analysiert. Mit einem Gesamturteil »B+++ GUT« fällt das Fazit der Finanzexperten positiv aus.

„Das Management von Green City Energy verfügt über zwei Jahrzehnte Erfahrungen und Erfolgswachstum im Bereich der erneuerbaren Energien. Mit dem Kraftwerkspark II plant es den Aufbau eines Portfolios von Anlagen mit

dem Schwerpunkt in Deutschland und Frankreich“, so die G.U.B.-Analyse. „Das rechtliche und wirtschaftliche Konzept erfordert Vertrauen in die Integrität der handelnden Personen, was vor dem Hintergrund der Historie und der Gesellschafterstruktur der GCE AG aber vertretbar erscheint.“

Mit dem Mitte Januar gestatteten Nachtrag Nr. 1 stehen die Startprojekte des Kraftwerksparks II fest: Neben dem neu errichteten Druckleistungskraftwerk Vallesina

Volkshochschulen:

## Aktion „Bürger-Stromcheck“

Die Volkshochschulen in Bayern verleihen mit der Aktion „Stromcheck für Bürger/-innen“ kostenfrei Stromcheck-Geräte vor Ort. Mit den Stromcheck-Geräten lassen sich im privaten Haushalt schnell Stromfresser auffindig machen. Kostenfrei bekommen diese Geräte alle Teilnehmende der Volkshochschulen sowie Mitarbeiter und Kursleiter als Multiplikatoren. Im Rahmen dieser Aktion stellt das Bayerische Landesamt für Umwelt die Stromcheck-Geräte den Volkshochschulen zur Verfügung.

Speziell dazu haben die Volkshochschulen den neuen Kurs „Energie-3-Sprung“ ins vhs-Programm aufgenommen. Dieses Kursangebot vermittelt den Einsatz des Stromcheck-Gerätes und gibt wertvolle Tipps zum Stromsparen. Anhand praktischer Beispiele wird gezeigt, wie der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden kann. Die Kernpunkte des zweitägigen Kurses sind Kosten einsparen, Umwelt schonen und Lebensqualität steigern.

### Fortbildung

Dieses speziell auf die Strommess-Geräte ausgerichtete Kurskonzept „Bürger-Stromcheck – wichtiges Instrument zum Energie-3-Sprung“ fördert der Bayerische Volkshochschulverband im Rahmen des Projektes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Hierfür bietet der Verband für interessierte Kursleiterinnen und Kursleiter eine Fortbildung an.

Nähere Information und Anmeldung bei Irmgard Decker unter Tel. 089-51080-51 und unter [irmgard.decker@vhs-bayern.de](mailto:irmgard.decker@vhs-bayern.de).

### Engagement

Mit der Aktion „Stromcheck für Bürger/-innen“ unterstreichen die bayerischen Volkshochschulen ihr Engagement für den Klimaschutz. Die Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz finden dabei immer mehr Eingang in das vhs-Programm. Im eigenen Bildungsbetrieb soll Energie eingespart und effizienter genutzt werden.

Weitere Informationen zum Thema Energiesparen, Energieeffizienz und zu erneuerbaren Energien im Internet unter: [www.energieatlas.bayern.de](http://www.energieatlas.bayern.de) □

der Beginn der Erdbauarbeiten.

Anleger haben die Wahl zwischen zwei Tranchen mit einer jeweiligen Laufzeit von zehn oder zwanzig Jahren bei einer jährlichen Verzinsung von 4,75 bzw. 5,75 Prozent. Für die ersten drei Jahre gilt eine Zinsgarantie. Auch die Green City Energy AG beteiligt sich mit eigenem Kapital in Höhe von fünf Prozent des Emissionskapitals. „Wir merken, dass auch die Anleger unser Angebot positiv bewerten, das Interesse am Kraftwerkspark II ist sehr groß. Die Emission liegt voll im Plan“, sagt Marina Dietweger, Bereichsleitung Ökologische Geldanlagen bei Green City Energy. „Eine Beteiligung ist aktuell jederzeit möglich.“ □

## Neuanschlüsse ans Erdgasnetz

Erdgas liegt im Trend: Auch 2013 wurden wieder neue Gemeinden an das Erdgasnetz angeschlossen.

Zahlreiche individuelle Erdgas-Hausanschlüsse wurden zudem auch im Rahmen der Hochwasser-Hilfsaktion realisiert. Rund 3.500 Hausanschlüsse sind in diesem Jahr im Versorgungsgebiet von Energie Südbayern und Energienetze Bayern prognostiziert – 2013 reiht sich damit ein in die erfolgreiche Tendenz der letzten Jahre, in denen die Anzahl realisierter Hausanschlüsse aufgrund der hohen Nachfrage stetig anstieg. Mit der Erschließung von mehreren Gemeinden und Gewerbegebieten wuchs die gesamte Versorgungsregion von Energie Südbayern weiter.

Hochwasserhilfe vor Ort im Akkord Mit ermäßigten Hausanschlüssen reagierten die Energienetze Bayern auf das Juni-Hochwasser: Betroffenen, die sich nach Schäden an Öl- oder Pellet-Heizungen im Zuge des Hochwassers für Erdgas entschieden hatten, konnte so rasch geholfen werden. „Über 240 Anschlusswünsche sind allein in Fischerdorf, Nattemberg und Freilassing bisher eingegangen, von denen wir bereits über die Hälfte realisieren konnten“, erklärt Anton Erb, Geschäftsführer der Energienetze Bayern GmbH. „Die beauftragten Bauunternehmer waren teilweise mit jeweils zwei bis drei Kolonnen vor Ort im Einsatz“, ergänzt Energie Südbayern Regionalleiter Herbert Schramm, „anders wäre das gar nicht zu stemmen gewesen.“ □

## Staatliches Reservekraftwerk wäre Ende des Wettbewerbs

Zu den jüngsten Pressemeldungen, wonach seitens der Bundesnetzagentur der Bau eines staatlichen Reservekraftwerks geprüft wird, äußerte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck, heftige Kritik.

Reck wörtlich: „Sollte sich dies bewahrheiten, ist das der Anfang vom Ende des Wettbewerbs im Bereich der Energieerzeugung. Statt hier mit dirigistischer Staatsintervention vorzugehen und den Staat zum Energieerzeuger zu machen, sollten die Rahmenbedingungen für eine marktliche Lösung des aufziehenden Versorgungssicherheitsproblems geschaffen werden. Die Energiewirtschaft schlägt das vom VKU ent-

wickelte Modell eines dezentralen Leistungsmarktes vor.

Es wäre ein Paradox, wenn einerseits zahlreiche Kraftwerke abgeschrieben würden und zugleich staatlich getragen neue Kapazitäten geschaffen würden. Dies ist mit dem Modell eines wettbewerblich organisierten Energiemarktes nicht vereinbar und deshalb für den VKU nicht hinnehmbar. Wir brauchen keine Regulierung im Erzeugungsbereich.“ □

### Energie sparen in staatlichen Gebäuden in Bayern:

## Zehn Millionen Euro zusätzlich für energetische Sanierung

„Wir unterstützen die Energiewende und den Klimaschutz: Der Haushaltsausschuss hat auf Initiative der CSU-Fraktion beschlossen, dass staatliche Gebäude noch in diesem Jahr mit zusätzlichen zehn Millionen Euro energieeffizienter ausgestattet werden sollen. Damit verbessern wir das bestehende Sonderprogramm „Energetische Sanierung staatlicher Gebäude“ für das laufende Jahr um 50 Prozent von bisher 20 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro“, so Peter Winter, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags.

Winter weiter: „Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Bayern nachhaltig zu reduzieren.“

### Zusätzliche Mittel für Unis und Hochschulen

„Als Berichterstatter im Haushaltsausschuss für den Wissenschaftsetat habe ich mich in den Verhandlungen um den Nachtragshaushalt vor allem auch dafür eingesetzt, dass diese zusätzlichen Mittel mit Schwerpunkt bei Universitäten und Hochschulen verwendet werden“, erläuterte Karl Freller,

auch stellvertretender Vorsitzender der CSU-Fraktion.

### Intelligente Energienutzung

Mit den zusätzlichen Geldern können weitere Maßnahmen zur Förderung intelligenter Energienutzung umgesetzt werden. Dazu gehören die Optimierung an der Gebäudehülle und an der Gebäudetechnik sowie der verstärkte Einsatz regenerativer Energien. Dazu Freller: „Die Sanierungen sind umso wichtiger, als die Energiekosten in öffentlichen Gebäuden in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind.“ □

„Elektrische Revolution“ im Bayerischen Wald:

## Mit E-Mobil aufs Grüne Dach Europas

Passau (obx) - Und es funktioniert doch: Marktforscher prognostizieren bei Elektroautos einen Marktanteil von allenfalls zwei Prozent bis zum Jahr 2020. Deutschlands größter Feldversuch für den Einsatz von Elektroautos derzeit im Bayerischen Wald aber beweist: Wenn die Infrastruktur stimmt, hat das Elektroauto eine echte Marktchance.

Wer in diesem Jahr am „Grünen Dach Europas“ Urlaub macht, kann sein eigenes Auto getrost zu Hause lassen. In zahlreichen Orten und an Bahnhöfen in Niederbayern warten mittlerweile 154 Elektroautos auf die Urlauber. Vom günstigsten Elektro-Smart bis zum 200 km/h schnellen Tesla-Elektrosportwagen. Mehr als 80 Ladestationen in der gesamten Region sorgen dafür, dass man auch bei längeren Ausflügen etwa durch den Nationalpark Bayerischer Wald, in die gesunden Heilbäder des Bayerischen Golf- und Thermenlands oder die Tourismus-Magnete Regensburg und Passau immer mobil bleibt.

### 39 Euro am Tag

Für nur 39 Euro am Tag können Urlauber in diesem Jahr an mehreren Bahnhöfen wie Bogen, Straubing, Plattling, Vilshofen und demnächst Passau bereits E-Auto mieten. Weitere Kosten für den Mieter fallen nicht an, natürlich keine Benzinkosten, aber auch das „Nach-Tanken“ an mittlerweile über 80 Elektro-Zapfsäulen in der Region ist kostenfrei. Ganze 19 Euro kostet das Mieten eines kleinen E-Mobils am Tag, ohne Kilometerbegrenzung, Stromtanks, alle Versicherungen und ein Notfallservice inklusive. Wer allerdings den 200 Kilometer pro Stunde schnellen Supersportwagen Tesla mit seinen 350 Kilometern Reichweite testen will, muss 300 Euro hinlegen. Für Einheimische gibt es seit November ein Carsharing-Modell nach dem Prinzip: Einmal anmelden und dann bei Bedarf via Telefon oder Internet ein passendes Elektroauto bestellen. „Die Zahl der Nutzer wächst von Tag zu Tag“, sagt Projekt-Geschäftsführer Otto Loserth. Vor allem gehe es auch darum, den Autofahrern die Hemmschwelle vor den E-Mobilen zu nehmen. Dazu soll auch die Präsentation des Projekts auf der ersten niederbayerischen Nachhaltigkeitsmesse „ökovita“ vom 24. bis 27. April in Straubing beitragen.

### Weitflächiger Test von Elektroautos

Das „E-Wald-Projekt“, der weitflächige Test von Elektroautos im Alltag, läuft mittlerweile seit 2011 und zunächst noch bis 2015. Insgesamt 26 Millionen Euro wurden und werden investiert. Es ist der größte Praxisfeldversuch zum Test der Elektromobilität in Deutschland. Sechs Landkreise im Bayerischen Wald mit einer Gesamtfläche von 7000 Quadratkilometer sind daran beteiligt: Cham, Straubing-Bogen, Regen, Deggendorf, Freyung-Grafenau und Passau. „Das E-Wald Projekt kann Vorreiter sein für eine Reihe von weiteren Projekten sowohl in Deutschland als auch international“, so der Projekt-Geschäftsführer Loserth.

Das Forschungsvorhaben E-Wald hat weltweiten Modellcharakter. In Ballungsgebieten wie New York, Tokyo, Paris und München haben Elektroautos längst ihre Alltagstauglichkeit bewiesen. Aber im Bayerischen Wald ist eben vieles anders. Die Landschaft ist rauer, die Topografie wesentlich herausfordernder und Kälte und Schnee sind ebenfalls regelmäßig zu Gast.

Die Bewohner sind auf ein zuverlässiges Auto angewiesen, um zur Arbeit oder zum Einkaufen zu kommen. Deshalb ist das E-Wald-Projekt hier der wirkliche Härtestest für die Eignung von Elektroautos im Alltag.

### Begrenzte Reichweite

Probleme gibt es in der Praxis neben der noch immer sehr begrenzten Reichweite besonders mit dem Stromtanks. Die Elektro-Zapfsäulen sind hochkomplexe Anlagen, weil jeder Autohersteller andere Aufladesysteme benutzt und die Ladestation dies



Elektromobil durch den Bayerischen Wald: E-Wald, das deutschlandweit größte Erprobungsprojekt für Elektroautos, macht es möglich: 13 verschiedene Fahrzeugtypen und mehr als 150 Elektroautos warten in der Region derzeit für wenig Geld auf die Nutzung durch Einheimische und Urlauber. Bild: obx-news

erkennen muss. Aufgrund des bisherigen Verlaufs des Projekts sind die Initiatoren sicher, dass

- Elektromobilität auch im ländlichen Raum funktioniert.
- öffentlicher Nahverkehr und ein E-Mobilnetz sich optimal ergänzen lassen
- intelligente neue Steuerungs-, Regelungs- und Kommunikationskonzepte es via GPS-Navigation ermöglichen, die hochkomplexe Versorgungsinfrastruktur mit den Fahrzeugen nahtlos zu vernetzen.
- durch Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen zur Versorgung der Fahrzeuge Autoverkehr ohne jeglichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß möglich macht. □

## 12. AllgäuSchau in Immenstadt

Die beliebte Publikumsmesse mit freiem Eintritt lädt auch heuer wieder die Besucher vom 29. Mai bis 1. Juni 2014 mit einem bunten Programm und zahlreichen neuen Veranstaltungs-Highlights ein. Hierzu zählen etwa der Fairtrademarkt sowie die Erlebnisbereiche Genuss- und Wohlfühlregion Allgäu. Außerdem steht die diesjährige AllgäuSchau unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Dr. Gerd Müller. Im Fokus der Messe soll insbesondere die Familie stehen. Zahlreiche Akteure, Vereine und Organisationen laden kleine und große Besucher im Mitmachzelt zum Entdecken ein. Die AllgäuSchau verbindet Wirtschaft, Kultur und Freizeit in einem einzigartigen Messe-Konzept und wird so zu einem Treffpunkt für Jung und Alt.

Auf der großen und kleinen Gäste der AllgäuSchau in Immenstadt warten vom 29. Mai bis 1. Juni 2014 spannende Aktionen und Veranstaltungen rund um die Themenwelten „Landwirtschaft & Tourismus“, „Gesundheit und Wellness“, „Leben, Genießen & Lifestyle“, „Haushalt & Technik“, „Bauen, Wohnen & Sanieren“ sowie „Freizeit“. Der Schirmherr für die diesjährige AllgäuSchau wird Bundesminister Dr. Gerd Müller sein.

### Heimatschau

Die beliebte Messe, veranstaltet von der Fetzer GmbH, ist zugleich Heimatschau, Erlebnismesse und Familienfest. Aussteller unterschiedlichster Branchen geben auf ca. 15.000 qm Fläche täglich von 10 bis 18 Uhr spannende Einblicke in ihre Berufsfelder. Auf dem Viehmarktplatz in Immenstadt steht in diesem Jahr das einzigartige Tierzelt mit dem Jungzüchterclub und dem Landwirtschaftsamt wieder für die Besucher offen.

Während des Veranstaltungszeitraums ist jeder Tag einem besonderen Motto zugeordnet und der Eintritt ist an allen vier Tagen für die Besucher frei. Am Donnerstag, 29. Mai 2014, dem Eröffnungstag, steht die AllgäuSchau ganz im Zeichen des Vatertags. Freitag, 30. Mai 2014 wird zum Schul- und Sporttag erklärt, der Samstag, 31. Mai 2014 steht unter dem Motto Familie und am Sonntag, 1. Juni 2014 schließt die Messe mit einem Freundinnenabend ab.

Musik und Tanz aus der Region, wie beispielsweise von der Showtanzgruppe Dynamic Dance Corporation aus Kempten und von der integrativen Tanzgruppe der FFS Hillaria e.V. runden das reiche Unterhaltungsprogramm ab. Auch in diesem Jahr veranstaltet Sunny Hills wieder die legendäre SkateSchau in Kooperation mit Citroen Tauscher und Ridersheaven und macht auf den Skateboardsport aufmerksam. Die Vielfalt der Engagementfeld-

Veranstaltungs-Highlight gelten die Vorher/Nachher Live-Shows vom Cambiare Store aus Sonthofen. Auch auf der AllgäuSchau finden optisch ganzheitliche Verwandlungen von Kandidaten mit Hilfe von Stylisten, Visagisten, Mode- & Schuhberatern direkt vor den Augen der Zuschauer statt.

Vor allem der Familienspaß soll bei der AllgäuSchau nicht zu kurz kommen: Vielfältige Mitmachaktionen für Erwachsene und Kinder, ein eigens eingerichteter Kinderbereich, sowie ein Mitmachzelt mit dem Namen „Gestalten-Entfalten-Weiterbilden“ verwandeln die Messe gleichzeitig in ein spannendes Lern- und Bildungsfest. „Die AllgäuSchau 2014 in Immenstadt gibt einen spannenden Eindruck von den vielfältigen Dienstleistungen und Produkten unserer Region und bietet den Besuchern auf dieser abwechslungsreichen Wirtschaftsmesse und Heimatschau einen direkten Kontakt zu den Ausstellern vor Ort“, erklärt Eberhard Fetzer, Geschäftsführer der Fetzer GmbH und Veranstalter der AllgäuSchau. □

### Kraftwerksgespräch Gundremmingen 2014 zum 30-jährigen Jubiläum:

## Stolz auf internationale Spitzenwerte

Gundremmingen. Das Kraftwerksgespräch 2014 im Kernkraftwerk Gundremmingen verdeutlichte das starke Interesse zahlreicher Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kommunalpolitik, Verwaltung, Kultur, Gesundheits- und Bildungswesen an dem hohen Stellenwert der Stromerzeugung und der viel diskutierten Energiewende. Der Technische Geschäftsführer Michael Trobitz hob in seinem Grußwort die besondere Bedeutung von „30 erfolgreichen Betriebsjahren“ in Gundremmingen hervor. Genau vor drei Jahrzehnten, am 9. März 1984, habe es die erste nukleare Kettenreaktion in Block B gegeben. Trobitz fügte hinzu: „Eine Woche später, am 16. März 1984, speiste Block B zum ersten Mal Strom in das öffentliche Netz ein“.

In seinem Blick auf „30 spannende Jahre“ erwähnte Michael Trobitz, dass Block C schon im Herbst 1984 gefolgt sei. Von den beiden Blöcken seien nicht weniger als rund 575 Milliarden Kilowattstunden klimafreundlichen Strom erzeugt worden. Damit hätte die gesamte heutige Bundesrepublik fast ein Jahr lang CO<sub>2</sub>-frei versorgt werden können. Auf diese Leistung seien alle Beteiligten stolz, sowohl die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch die inzwischen pensionierten.

Geschäftsführer Trobitz betonte, die 30 erfolgreichen Jahre hätten nur gelingen können, weil die Anlage durch zahlreiche Investitionen und auch Modernisierungen „kontinuierlich in ei-

NürnbergMesse:

## Start in 2014 mit Rekordquartal

Internationale Fachmessen weiter auf Erfolgskurs

Rekordauftakt ins Jubiläumjahr 2014 für die NürnbergMesse: Blickt man auf die 40-jährige Unternehmensgeschichte zurück, so konnten in den ersten drei Monaten eines Jahres noch nie mehr Aussteller, Besucher und gebuchte Ausstellungsfläche im Messezentrum verzeichnet werden. Verglichen mit den jeweiligen Vorveranstaltungen wird deutlich, dass diese Entwicklung branchenübergreifend erfolgt und damit den Messeplatz Nürnberg umfassend weiter stärkt. Für die beiden Geschäftsführer Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann bestätigen die positiven Quartalszahlen zur Halbzeit ihrer ersten Amtsperiode den eingeschlagenen Unternehmenskurs, der eine dynamische Weiterentwicklung der NürnbergMesse Group in klar definierten Wachstumsfeldern vorsieht.

In den ersten drei Monaten des Jahres stieg die verkaufte Ausstellungsfläche bei den internationalen Fachmessen in Nürnberg um sieben Prozent, die Zahl der Aussteller um zwei Prozent und die Zahl der Besucher um satte neun Prozent. Noch größer war das Plus, betrachtet man ausschließlich das internationale Wachstum: drei Prozent bei Ausstellern, elf Prozent bei der Fläche und zwölf Prozent beim Fachbesuch. „Nürnberg wird als Messeplatz immer internationaler“, betont Peter Ottmann. „Davon profitieren unsere Fachmessen und davon profitiert der Messestandort insgesamt.“

### Fachbesuchermagneten

Fachbesuchermagneten waren insbesondere die Messen fensterbau/frontale und HOLZ-HANDWERK (108.967 Besucher), BIOFACH und VIVANESS (42.445 Besucher) sowie IWA OutdoorClassics (39.244 Besucher). Glänzend entwickelten sich zudem die Messen Enforce Tac (+58 Prozent mehr Aussteller), EUROGUSS (+33 Prozent mehr Besucher) und embedded world (+18 Prozent mehr Besucher). „Damit wachsen unsere Veranstaltungen deutlich über dem deutschen Branchenschnitt, den der AUMA, Ausstellungs- und Messeausschuss der deutschen Wirtschaft, in diesem Jahr für das erste Quartal mit jeweils einem überschaubaren Plus von einem Prozent bei Ausstellern und Fläche und Stagnation beim Fachbesuch angibt“, so Dr. Roland Fleck.

Neben der positiven Entwicklung der einzelnen Fachmessen zeigt sich zudem, dass durch die neue Halle 3A die Ausstellungsfläche für das Portfolio der Nürn-

bergMesse auf nunmehr über 170.000 Quadratmeter entschieden erweitert wurde. Für Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann ist dies ein wichtiger Mosaikstein für die weitere Unternehmensentwicklung der NürnbergMesse: „Die weiter gestiegene Nachfrage der Aussteller zeigt, dass wir den richtigen Weg bei der Weiterentwicklung unseres Unternehmens gewählt haben. Letztendlich ist die Halle 3A so etwas wie der Turbo für unser attraktives Messeangebot!“

Bereits im ersten Quartal konnten die in diesem Rahmen verfügbaren 9.000 Quadratmeter von der Internationalen Spielwarenmesse und der fensterbau/frontale zusätzlich genutzt werden. Auf 2014 insgesamt und damit das erste Betriebsjahr bezogen, wird die neue Halle 3A bereits acht Mal belegt sein. Damit trägt die Neuinvestition dazu bei, dass die internationalen Fachmessen ihren Erfolgskurs am Messestandort Nürnberg fortsetzen. □

sorgung, ohne dass dabei die Umwelt gewinne, warnte Trobitz. Industrie, Mittelstand und Haushalte in Bayern profitieren von der Kohle, auch Braunkohle als wichtige Säule im Strom-Erzeugermix. Sie wirke stabilisierend auf den Strompreis. In Deutschland bestimmten ganz überwiegend Kohlekraftwerke den Großhandelspreis für Strom. Würde man nur auf die teuren Gaskraftwerke setzen, stiegen die Großhandelspreise drastisch. Ein breiter Energiemix sei zu bevorzugen.

Hingewiesen wurde von Technischen Geschäftsführer darauf, dass 2013 rund 20,7 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugt wurden. Gut 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid-Ausstoß seien damit vermieden worden.

Die Kaufmännische Geschäftsführerin Gabriele Strehlau stellte den anhaltend hohen Rang des Kernkraftwerkes als Arbeitgeber und Auftraggeber in der Region vor. Zu den 800 Mitarbeitern kämen 390 Beschäftigte von Partnerfirmen. Bei Lieferanten und Dienstleistern sorgte das Unternehmen für rund 1000 weitere Jobs. Das Kraftwerk sichere mithin seit Jahren über mehr als 2000 Arbeitsplätze. Unverändert hoch sei die Bedeutung als Auftraggeber, mit einem Volumen von 180 Millionen Euro.

Besonders begrüßt wurden der neugewählte Bürgermeister von Gundremmingen, Tobias Bühler (CSU) aus Schnuttenbach, und sein Ende April ausscheidender Vorgänger Wolfgang Mayer. Er hat 18 Jahre verdienstvoll als Gemeindeoberhaupt gewirkt, vorher 12 Jahre im Gemeinderat. Mayer hatte nicht mehr kandidiert. Er wird seine langjährigen Erfahrungen als Vorsitzender der ASKE-TA, der Arbeitsgemeinschaft der Standortgemeinden kerntechnischer Anlagen, weiter zur Verfügung stellen. Voll einsetzen will sich der gebürtige Gundremmingener für eine zukunftssträchtige Sicherung des Energiezentrums seiner Heimatgemeinde. jdt

### Netzausbau

Die Antwort der Übertragungsnetz-Betreiber nannte Michael Trobitz eindeutig. Für sie sei ein Ausbau des Stromnetzes unverzichtbar. Auch die Bundesnetzagentur halte – gestützt auf Gutachten – den Netzausbau für den wirtschaftlichsten Weg, regionale Ungleichgewichte in der Erzeugung auszugleichen. Eine „Energieautarkie“ hätte hingegen für Bayern Konsequenzen für die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit der Stromver-

### Bayerischer Strommix

Dass der bayerische Strommix durch das Zusammenspiel von Kernenergie, Wasserkraft und den anderen erneuerbaren Stromquellen noch immer besonders klimafreundlich sei, hob Trobitz hervor. Fossile Stromerzeugung spiele im Freistaat gegenwärtig eine untergeordnete Rolle. Mit 47 Pro-

## Metropolregion Nürnberg:

## Neues Mitglied Sonneberg

Der thüringische Landkreis Sonneberg ist neues Mitglied der Metropolregion Nürnberg. Dies hat der Rat der Metropolregion bei seiner jüngsten Sitzung in Bamberg beschlossen. Damit ist Sonneberg der erste Landkreis außerhalb Bayerns Landesgrenze, der dem EMN-Bündnis beitrifft. Die Zahl der Mitglieder der Metropolregion wächst somit auf 23 Landkreise und 11 kreisfreie Städte.

Die Mitgliedschaft Sonnebergs ist eine Konsequenz aus den starken Verflechtungen zwischen dem südthüringischen Landkreis und der Metropolregion. Viele der 59.000 Landkreis-Bewohner orientieren sich nach Oberfranken, die Bezüge zur thüringischen Landeshauptstadt Erfurt sind wesentlich schwächer.

Bereits seit vergangenem Jahr war die Stadt Sonneberg ein Mitglied auf Probe. Der Landkreis erhofft sich von dem Beitritt laut Michael Volk, Sprecher des Sonneberger Landratsamtes, unter anderem einen besseren Zugang zu Kooperationspartnern in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus.

## Wirtschaftlich prosperierende Region

Landrätin Christine Zitzmann zeigte sich auf der Sitzung sehr erfreut über die Aufnahme und den damit verbundenen Imagegewinn. Ratsvorsitzender Dr. Siegfried Balleis betonte, Sonneberg sei eine attraktive Region und wirtschaftlich außerordentlich prosperierend. Außerdem gebe es bereits enge Verflechtungen mit Coburg, Bamberg und dem nordbayerischen Raum.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Verabschiedung 16 verdienter Mitglieder des Gremiums, viele davon sind Gründungsmitglieder der kommunalen Allianz. Allen voranchieden Ratsvorsitzender Balleis (OB Erlangen) und dessen Stellvertreter Dr. Günther Denzler (Landrat Bamberg) aus dem Parlament der Metropolregion aus.

## Regionale Willensbildung

Balleis bezeichnete die Einbindung der Wirtschaft in die regionale Willensbildung als das wichtigste Projekt seiner dreijährigen Amtszeit. Das Engagement der Unternehmen und Kammern erweitere die Spielräume im Wettbewerb der Regionen enorm. Die Metropolregion Nürnberg sei damit für die Zukunft gerüstet. Denzler zufolge hat sich in den beinahe zehn Jahren, in denen er als stellvertretender EMN-Ratsvorsitzender fungierte, gezeigt: „Der wichtigste Erfolgsfaktor der Metropolregion ist das gut ausgeprägte Kooperationsniveau auf unterschiedlichen regionalen Ebenen.“ Kooperiert werde auf Augenhöhe: „Ob Nürnberg mit einer halben Million Einwohner oder der Landkreis Bamberg mit rund 145.000 – jeder hat eine Stimme.“ Nur wer sich einbringe, profitiere von den Netzwerken und internationalen Verflechtungen der Metropolregion.

## Verabschiedung

Der Rat verabschiedete außerdem die Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer (Amberg, Politischer Sprecher des Forums Wissenschaft), Norbert Kastner (Coburg) und Dr. Birgit Seelbinder (Markredwitz), die Landräte Reinhardt Glauber (Landkreis Forchheim), Rudolf Handwerker (Landkreis Haßberge), Bernd Hering (Landkreis Hof), Eberhard Irlinger (Landkreis Erlangen-Höchstadt), Politischer Sprecher des Forums Sport), Albert Löhner (Landkreis Neumarkt), Walter Schneider (Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim) und Simon Wittmann (Landkreis Neustadt/Waldnaab) sowie die Bürgermeister Rudi Eck

(Haßfurt), Thomas Fein (Münchberg), Dr. Bianca Fischer (Lichtenfels) und Andreas Schlund (Hirschaid).

Wie Dr. Birgit Seelbinder, Oberbürgermeisterin Markredwitz, deutlich machte, habe ihr die Arbeit als Gründungsmitglied der Metropolregion immer viel Freude bereitet. „In Ver-

kehrfragen und bei der Öffnung nach Osten haben wir große Verstärkung durch die Metropolregion erfahren.“

## Neue Perspektiven

Wolfgang Dandorfer, Oberbürgermeister Amberg, stellte fest: „Die Metropolregion Nürnberg hat für uns Oberpfälzer als Mitglieder neue Perspektiven eröffnet. Als Vorsitzender des Forums Wissenschaft lag mir das Netzwerk zwischen den Universitäten und Fachhochschulen in der Metropolregion Nürnberg



Im Bild (v. l.): Finanzreferent Bertram Felix, Matthias Windfelder (Stadtwerke Bamberg), Cornelia Geisel (Finanzreferat Bamberg), Klaus Rubach (Geschäftsführer Stadtwerke) und Oberbürgermeister Andreas Starke.

## Stadtbeleuchtung:

## Bamberg rüstet um auf LED

Energieeinsparung beträgt rund 70 Prozent

Bamberg rüstet komplett um auf LED-Technologie. Nach dem Pilotprojekt am Rhein-Main-Donau-Damm hat die Stadt Bamberg gemeinsam mit den Stadtwerken nun ihr zweites LED-Projekt begonnen. Knapp 800 Leuchten wurden mit hoch effizienter LED-Technologie ausgerüstet. Damit verringert sich die Kohlendioxidbelastung durch die Straßenbeleuchtung um 139,72 Tonnen im Jahr, der Energieverbrauch sinkt um 70 Prozent. Mittelfristig soll die gesamte Beleuchtung in Bamberg auf diese umweltfreundliche Technologie umgerüstet werden.

„Dank des Einsatzes der Stadtwerke Bamberg konnten wir das Projekt wieder mit Förderung des Bundesministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit umsetzen“, freute sich Bertram Felix bei der offiziellen Inbetriebnahme der Laternen auf der Ludwigshöhe. Da sich die LED-Leuchten in der Außenbeleuchtung als wirtschaftlichste Lösung erwiesen haben, läuft diese „Anschubfinanzierung“ durch den Bund jetzt aus. Das Bamberger LED-Projekt ist eins der letzten im Außenbereich, das durch den Staat mit 20 Prozent der Investitionskosten unterstützt wird. Konkret erhält die Stadt, die das Projekt finanziert, einen staatlichen Zuschuss von circa 60.000 Euro bei einem städtischen Kostenanteil von rund 300.000 Euro.

## Rund 800 Leuchten wurden umgerüstet

Bedingung für die Förderung war ein Energieeinsparpotenzial von 60 Prozent durch die Umrüstung auf LED. Da in Bamberg noch 615 Langfeldleuchten aus den 60er und 70er Jahren in Betrieb sind, deren Betriebskosten stetig steigen, war das Einsparpotenzial groß. Darüber hinaus wurden die Leuchten auf der Ludwigshöhe, in der Brennerstraße, Feldkirchenstraße, Kärntenstraße, Moosstraße, Schildstraße und am Münchner Ring auf der Heinrichsbrücke erneuert. Dabei ist für die Heinrichsbrücke eine Telemangementanlage geplant. Die vorhandene Infrastruktur der Anlage am Rhein-Main-Donau-Damm wird hier genutzt, so dass auch dort die Steuerung

jedes einzelnen Lichtpunktes möglich ist. Dadurch besteht die Möglichkeit, die Beleuchtung den Verkehrsverhältnissen entsprechend optimal und bedarfsgerecht anzupassen und noch mehr Energie zu sparen. Durch diese Umrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen wird der Energieverbrauch aller umgerüsteten Leuchten um knapp 70 Prozent gesenkt.

Die Zukunft der Bamberger

## Würzburg:

## Familienwegweiser für die Lindleinsmühle

In diesem kleinen Büchlein steckt jede Menge Ortskenntnis: Der Familienwegweiser ist eine Broschüre, die den Bürgern in der Lindleinsmühle, von Kindern bis Senioren, einen Überblick gibt über Freizeit- und Vereinsangebote, sowie Angebote von Pfarreien und sozialen Einrichtungen. Der Stadtteilbeauftragte für die Lindleinsmühle Claus Köhler erstellte das 44 Seiten starke Heft in Kooperation mit Patricia Mussoni (Kath. Kinderhaus St. Albert) und Petra de Marche (Kinderhaus Bunter Drache).

Die beiden Erzieherinnen sind als Fachkräfte für die Offensive Frühe Chancen - Schwerpunkt Kitas Sprache und Integration des Bundesfamilienministeriums in ihren Kindergärten tätig. Als solche haben sie das gleiche Anliegen wie der Stadtteilbeauftragte, nämlich die Vernetzung im Stadtteil voranzutreiben, die Menschen zueinander zu führen. Die Bewohner der Lindleinsmühle erhalten hier einen lückenlosen Überblick über die Angebote in der Lindleinsmühle und in den angrenzenden Stadtteilen. Neben

ganz besonders am Herzen. Mit dem Wissenschaftstag haben wir diesbezüglich inzwischen ein nicht mehr wegzudenkendes Leuchtturmprojekt platziert.“

Und schließlich konstatierte Norbert Kastner, Oberbürgermeister Coburg: „Nach den anfänglich durchaus kontroversen Diskussionen über einen Beitritt der Stadt Coburg zur EMN hat sich längst gezeigt, dass diese Entscheidung richtig war. Die Mitgliedschaft in der EMN, ohne die historischen Verbindungen nach Thüringen zu vernachlässigen, ist für Coburg die zukunftsweisende strategische Positionierung. Besonders bemerkenswert sind sicherlich der Wissenschaftstag in Coburg und gemeinsame Messeauftritte bei der ExpoReal in München.“ DK

- Anzahl der Leuchten: ca. 800 Stück
- Ist-Energieverbrauch p.a.: ca. 349.811 kWh
- Soll-LED Energieverbrauch p.a.: ca. 112.992 kWh
- Investitionskosten: circa 360.000 Euro, davon gefördert: ca. 60.000 Euro
- Belastung für die Haushaltsstelle für 2013 und 2014: ca. 300.000 Euro
- Energieeinsparung: ca. 68%
- CO<sup>2</sup> Reduzierung p.a.: 139,72 Tonnen bei 590g/kWh

Beleuchtung liegt aus Sicht der Stadtwerke in der LED-Technik. „Das Pilotprojekt am Rhein-Main-Donau-Damm hat uns gezeigt, dass die LED nicht nur in der Theorie in jeder Hinsicht sehr viel günstiger ist. Wir haben in den vergangenen zwei Jahren die Erfahrung gemacht, dass wir damit sehr viel Energie sparen, was sich positiv auf die Kosten und die Umwelt auswirkt. Gleichzeitig ist diese Technik wesentlich wartungsärmer und wird von den Verkehrsteilnehmern gut angenommen“, erklärt Stadtwerke-Geschäftsführer Klaus Rubach.

## Komplette Umstellung

Die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt und die Prognosen zu Wartungskosten und Energieeinsparung lassen für die Stadt auch aus wirtschaftlicher Sicht nur eine Schlussfolgerung zu: „Mittelfristig werden wir mit Hilfe der Stadtwerke die komplette Bamberger Straßenbeleuchtung auf LED umstellen“, so Oberbürgermeister Andreas Starke. Seit 2013 haben die Stadtwerke die LED in der Straßenbeleuchtung standardisiert. Neuanlagen werden seit dem grundsätzlich mit LED errichtet.

## Altbürgermeister Horst Erny verstorben

Neustadt a.d. Aisch. Als sich Ende März die Nachricht vom Tod des 85-jährigen Altbürgermeisters verbreitete, löste dies in der Kreisstadt Neustadt a.d. Aisch parteiübergreifend Trauer aus. 18 Jahre hatte er als Bürgermeister die Geschicke Neustadts geprägt, seine Heimatstadt dankte ihm mit der Verleihung der Goldenen Bürgermedaille.

1945 war Horst Erny das jüngste Gründungsmitglied der CSU, baute die Junge Union in Bayern mit auf, war 18 Jahre lang deren Bezirksvorsitzender in Mittelfranken und über Jahrzehnte Mitglied in Bezirks- und Landesgremien der CSU. 1954 - damals als jüngstes Mitglied - und 1964 wurde Horst Erny in die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten berufen. Von 1962 bis 1978 gehörte er dem mittelfränkischen Bezirkstag an und 30 Jahre war er Mitglied des Kreistages, davon 12 Jahre auch im Amt des ersten stellvertretenden Landrates. Der Kreistag würdigte seinen Einsatz dann auch mit dem Landkreishonorenzeichen in Silber.

## Aufbauhilfe Ost

Nach dem Ausscheiden aus dem Bürgermeisteramt in Neustadt setzte sich Horst Erny für die Wiedervereinigung ein und übernahm in den Neuen Bundesländern Verantwortung als Erster Bürgermeister der mecklenburgischen Kurstadt Krakow am See, wo er mehrere Jahre „praktische Aufbauhilfe Ost“ leistete. Vielfältig war der Verstorbene auch im ehrenamtlichen Bereich aktiv, zum Beispiel bei der evangelisch-lutherischen Kirche und dem Bayerischen Roten Kreuz. Sein ausgeprägtes christlich-soziales Denken und Handeln wurde unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz gewürdigt.

„Der Verstorbene zählt zu den prägenden Persönlichkeiten seiner Heimatstadt Neustadt a.d. Aisch und der CSU in Mittelfranken“, so der mittelfränkische CSU-Bezirksvorsitzende, Staatsminister Joachim Herrmann in einem Nachruf. Stellvertretender Parteivorsitzender, Bundesminister Christian Schmidt, bezeichnete Erny als „stets geschätzten Ratgeber“ und CSU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Hans Herold würdigte ihn als „gradlinig, heimatverbunden und weltoffen zugleich“.

Der Initiative des Verstorbenen sind ganz wesentliche Maßnahmen zur Sicherung der Funktion Neustadts als Kreisstadt und als Mittelzentrum zu verdanken. Dazu gehören der Bau der Markgrafenhalle als Kultur- und Sportstätte, die BRK-Zentrale sowie die

Hauptschule (heute Mittelschule) und die vollbiologischen Kläranlage als Voraussetzung der Stadt-



Horst Erny.

entwicklung. „Auch das Gewerbe- und Industriegebiet hat in seiner Amtszeit neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnet“, so CSU-Ortsvorsitzender Gerd Scheuenstuhl. pm

## Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:  
Lutz Roßmann (Landtag)  
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)  
Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller  
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14  
eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:  
Sparkasse Dillingen  
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank  
Kaufbeuren-Ostallgäu eG  
Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:  
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Zum 50. Geburtstag von Christian Bernreiter:

## Weiterer Karrieresprung in Sichtweite

**Großer Bahnhof für Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter, der am 7. April seinen 50. Geburtstag beging: Ihm zu Ehren organisierte der Landkreis Deggendorf eine Feierstunde mit zahlreichen geladenen Gästen. Die Festrede hielt Innenminister Joachim Herrmann.**

Bernreiter, der 1989 sein Studium in München als Dipl.-Ing. (FH) abschloss, war bis zur Kommunalwahl 2002 im elterlichen Betrieb als selbstständiger Unternehmer im Stahlbau tätig. Seit 1982 ist er Mitglied der CSU, seit 1999 Kreisvorsitzender.

Bei den Kommunalwahlen 2002 hatte Bernreiter für den gemeinsamen Wahlvorschlag von CSU/Junge Liste 59,2 % der abgegebenen Stimmen erreicht. Sechs Jahre später wurde er für die CSU mit 69,6 % wiedergewählt und am 16. März dieses Jahres erneut mit herausragenden 74,3 % der abgegebenen Stimmen in seinem Amt bestätigt.

### Zahlreiche Ämter

Seit 2008 fungiert der vierfache Familienvater auch als Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern des Bayerischen Landkreistags sowie als Präsidiumsmitglied. Zudem ist Bernreiter u. a. Mitglied im Hauptausschuss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, zudem Vorsitzender des Zweckverbandes Wasserversorgung Bayerischer Wald und Mitglied des Vorstands und des Hauptausschusses der Bayerischen Krankenhausgesellschaft.

### Mit Mut und Tatkraft

In seiner Festrede würdigte Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann insbesondere den zupackenden und unermüdeten Einsatz des Deggendorfer Landrats bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe. Bernreiter habe sich mit Nachdruck für seinen Landkreis und seine Bürger eingesetzt. Insbesondere bei der Bewältigung der Hochwasserkatastrophe sei er pausenlos selbst im

Einsatz gewesen und Helfern wie auch geschädigten Bürgern stets zur Seite gestanden, sagte Herrmann. Der Innenminister zollte dem Jubilar seinen höchsten Respekt für dessen unermüdetes Engagement. Er würdigte außerdem die Leistungen, mit denen Bernreiter den Landkreis Deggendorf fit für die Zukunft gemacht habe.

So habe Bernreiter in den vergangenen zwölf Jahren als Landrat neben seiner Aufgabe als Krisenmanager während der Hoch-



Christian Bernreiter.

wasserkatastrophe wichtige Struktur- und Investitionsmaßnahmen durchgesetzt. Herrmann: „Nicht hoch genug können dabei Ihre Reformen im Bereich der Krankenhäuser bewertet werden. Der Spagat zwischen einer wirtschaftlichen Betriebsführung und einer möglichst flächendeckenden Versorgung mit Gesundheitsleistungen ist eine der schwierigsten Aufgaben, die Kommunalpolitiker vollbringen müssen.“

Im Landkreis Deggendorf sei dies Bernreiter aber hervorragend gelungen. Denn obwohl der Stand-

ort Plattling geschlossen wurde, konnte das Angebot – Stichwort Strahlentherapie oder Onkologisches Zentrum – sogar noch ausgebaut werden. Bernreiter bewiese Weitblick, indem er sich nicht mit dem Status quo begnüge. „Mit Ihren beabsichtigten Investitionen von rund 30 Millionen Euro in das Klinikum Deggendorf und der geplanten Fusion mit der Klinik Dingolfing Landau schaffen Sie zukunftsfähige Krankenhausstrukturen mit qualitativ hochwertigen Leistungen.“

### Willkommenskultur

Der Landkreis Deggendorf lebe außerdem eine Willkommenskultur, stellte Herrmann fest. „Integration genießt bei Ihnen im Landkreis die oberste Priorität. Mit Sprachkursen, Hilfe bei Behördengängen, der Einrichtung von Wohnungen oder der Vermittlung von Sportvereinen leisten Sie Pionierarbeit bei der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Damit sind Sie auch für andere Landkreise ein Vorbild. Und die Zufriedenheit der ansässigen Unternehmer mit ihren neuen Mitarbeitern ist eine Bestätigung für den von Ihnen eingeschlagenen Weg.“

### Exzellenter Krisenmanager

In einem Glückwunschschreiben würdigte auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer die Verdienste des erfolgreichen Politikers: „Zu Deinem 50. Geburtstag wünsche ich Dir von Herzen alles Gute, Erfolg, Gesundheit und Gottes Segen. Als Landrat des schönen Landkreises Deggendorf gestaltest Du mit Mut und Tatkraft die Zukunft. In schwierigen Situationen wie beim Jahrhunderthochwasser im vorigen Jahr hast Du Dich als exzellenter Krisenmanager bewährt und zugunsten der Menschen Deiner Heimat immer auch visionäre Lösungen entwickelt. Du bist aber auch ein Vorbild für den partnerschaftlichen Umgang von kommunaler Ebene und Staatsregierung zum Wohle Bayerns. Als CSU-Vorsitzender bin ich stolz darauf, einen so herausragenden Landrat wie Dich in unseren Reihen zu haben. Ich freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit“, so Seehofer zu Christian Bernreiters Geburtstag.

### Kandidatur als Präsident des Bayerischen Landkreistags

Unterdessen steht Christian Bernreiter vor dem nächsten Schritt in seiner Karriere. Präsidium und Landesauschuss des Bayerischen Landkreistags sprachen sich jetzt einmütig dafür aus, Bernreiters Kandidatur als Verbandspräsident zu unterstützen. Der Deggendorfer Landrat soll bei der Landkreistagsversammlung am 4. Juni 2014 in Bad Tölz gewählt werden. Die Entscheidung liegt bei den 142 Delegierten dieser Versammlung.

### Erwartungen

„Mit Christian Bernreiter haben wir eine herausragende Persönlichkeit mit viel Erfahrung und Kompetenz, die schon in schwierigen Situationen Führungs- und Managementqualitäten unter Beweis gestellt hat. Von ihm erwarten wir, dass er die Interessen der bayerischen Staatsregierung und Landtag mit kraftvoller Stimme vertritt, sondern auch im Konzert der Kommunalen Spitzenverbände auf Augenhöhe mitspielt“, erklärte hierzu der amtierende Präsident des Bayerischen Landkreistags, Miltenbergs Landrat Roland Schwing. **DK**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„So, nach einem dreiviertel Jahr Dauerwahlkampf ist das liebevolle Fest Ostern doch eine ideale Gelegenheit, mal etwas Abstand zu gewinnen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hat sich über die freien Tage in eine mobilfunkfreie Zone in den Bergen verabschiedet.

Denn Ostern, das Fest des Neubeginns, liegt heuer ja geradezu in der Mitte zwischen den Stichwahlen und dem Beginn der neuen Amtszeit. Eine gute Gelegenheit, neue Kraft zu tanken. Denn Ostern war ja zu allen Zeiten ein Fest, das die religiöse Imbrunst der Verehrung des Leidens Jesu mit der Feier des lebenspendenden Frühjahrs verband. Neudeutsch würde man wohl sagen, ein Beispiel erfolgreichen Re-Brandings. Schon der Name Ostern wurde von der altgermanischen Göttin der Morgenröte, Eoster, übernommen. Die Heerscharen von Hasen, Eiern und Lämmern,

Dennoch mussten die Kirchenväter sorgsam darauf achten, dass sich diese neue revolutionäre Botschaft so an das Leben und die Gewohnheiten der Leute anpasste, dass diese Vertrautes in den neuen Glauben projizieren konnten. Heute sind der Osterhase, das Osterlamm und das Eierlegende Huhn unangefochten als christliche Hilfsarmee anerkannt und frei von jedem heidnischen Beigeschmack.

Vielleicht wirkt das jetzt angesichts der Aussicht auf das heilbringende Fest etwas profan, aber im Grunde ist das eine allgemeingültige Lehre für alle, die etwas verändern wollen: Wer Neues einführen will, muss sich ein Fundament suchen, auf dem er aufbauen kann. Von mir aus zerstört er das Alte, wenn es ihm nicht mehr tauglich erscheint, aber wenn er daran geht, alle Fundamente zu schleifen, wird ihm der Bau von Neuem, Besserem kaum gelingen.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ja nun kein Revolutionär oder Bilderstürmer. Auch liegt es meist nicht im Wirkungsbereich des Kommunalpolitikers, grundstürzende Bewegungen in Gang zu setzen. Aber er sieht es doch mit einiger Sorge, dass wir in Bayern und Deutschland nach und nach hinter den Stand zurückgehen, den wir in den letzten zehn oder 20 Jahren erreicht haben. Die sinnlose Renaissance des G9, die den Kommunen noch viel Geld kosten wird, Reglementierungen am Arbeitsmarkt, eine Rentenpolitik, als hätten wir einen Geburtenüberschuss statt eine Rentnerschwemme. Es wird also durchaus zum Job des Bürgermeisters gehören deutlich zu machen, dass es keinen Sinn hat, von den 1970er Jahren zu träumen, sondern, dass wir auch politisch und gesellschaftlich den Frühling eines neuen Aufbruchs brauchen. Dazu passt ein Satz von König Ludwig I von Bayern: „Was alt ist und gut, soll bleiben; was alt ist und gleichgültig, mag bleiben; was alt ist und schlecht, will ich stürzen, und wenn es tausend Jahre bestünde.“

Den Leserinnen und Lesern wünsche ich gesegnete Ostern!

the  
Sabrina

## Vom Frühling eines neuen Aufbruchs

die uns derzeit als Symbol des Festes der Auferstehung überschwemmen, sind in vorchristlichen Zeiten Fruchtbarkeitssymbole und Zeichen des geheimnisvollen, nach dem begrenzten Wissen der damaligen Menschen sicherlich nur auf göttlicher Magie beruhenden Erwachens der Natur nach dem Tod im Herbst und dem Todeschlaf im Winter.

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche durch des Frühlings holden belebenden Blick – Deutschlands Dichter schlechthin hat Ostern in seinem Faust ein bleibendes Denkmal gesetzt und den Osterspaziergang über die Jahrzehnte als einen von den Kindern der Familiengehassten Pflichten nach dem Osterfrühstück etabliert. Ja, die Wirkmacht von Traditionen.

Es war also schon vor 2.000 Jahren entsetzlich schwer, etwas Neues in der Gesellschaft zu etablieren. Dabei weiß das Christentum doch etwas Gewaltiges zu berichten: Gott ist den Foltertod gestorben, den tausende andere Sklaven und Unfreie auch erleiden mussten, hat den Tod überwunden und zeigt uns hinter dem großen Unbekannten des Lebensendes das Licht des Lebens. Großartig.

### 4. Bioenergetag im Oberland:

## Auswirkungen des Klimawandels auf die Region

**Penzberg. Es ist erstaunlich, dass es trotz des erwiesenen Beitrags des Menschen zur globalen Klimaerwärmung und der sich klar abzeichnenden Auswirkungen immer noch Sceptiker in der Gesellschaft gibt, die den Klimawandel anzweifeln. Welche Auswirkungen die unausweichlichen Veränderungen des Klimas auf die Region haben und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, präsentierten Experten der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf und des Fraunhofer Instituts für Bauphysik, Holzkirchen, auf dem 4. Bioenergetag im Oberland, der von der „Energiewende Oberland-EWO“ organisiert wurde.**

Über 50 Teilnehmer kamen in die Stadthalle nach Penzberg und informierten sich über die laufenden Projekte der „Energiewende Oberland“. Gleich zwei Projekte wurden präsentiert.

### Regionale Wertschöpfung

Zum Auftakt der Veranstaltung berichtete Elisabeth Kohlhauf aus dem Projekt Bioenergie Oberland (BERO 2.0), das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft gefördert wird. Frau Kohlhauf präsentierte beeindruckende Zahlen. So beträgt die regionale Wertschöpfung durch Bioenergie in den Landkreisen Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen und Weilheim-Schongau bereits heute rund 25 Mio. Euro.

### Projekt SEAP\_Alps

Ellen Esser vom EU-geförderten Projekt SEAP\_Alps zeigte auf, dass es nötig sei, Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel miteinander zu verknüpfen. Das Projekt SEAP\_Alps nimmt sich genau diesem Thema an und setzt es derzeit mit den beiden Pi-

lotkommunen Geretsried und Weyarn in die Praxis um.

Highlights der Veranstaltung waren sicherlich die aktuellen Erkenntnisse aus der Forschung zum Thema „Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Region und mögliche Anpassungsstrategien“.

Prof. Dr. Dröslers von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf referierte zum Thema „Klimawandel und Moore“. „Wir müssen aufhören über den Klimawandel zu diskutieren, wir müssen etwas unternehmen“, erklärte Dröslers in seinem Vortrag. Beispielsweise speichern Moore bis zu 30mal mehr CO<sub>2</sub> im Boden als andere Bodenarten und haben so einen signifikanten Einfluss auf das Klima.

### Nutzung der Holzenergie

Prof. Dr. Rothe, ebenfalls von der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, zeigte auf, welches Energieholzpotential aus den heimischen Wäldern nachhaltig genutzt werden kann. „Wir können ungefähr zwei Drittel der nachwachsenden Waldbiomasse für die

Verwertung verwenden“, so der gelernte Förster und Waldexperte. „Ein Drittel bleibt im Wald, beispielsweise zur Sicherung des Nährstoffhaushaltes, als Totholzanteil oder durch Ernteverluste.“ Laut seinen Ausführungen hat die Nutzung der Holzenergie in den vergangenen Jahren stark zugenommen, die Gefahr einer Übernutzung besteht derzeit jedoch nicht. Rothe geht davon aus, dass in Bayern ca. acht Prozent der zur Verfügung stehenden Bioenergie nachhaltig genutzt werden können. „Derzeit stehen wir bei ungefähr sechs Prozent“, so Rothe in seinem Vortrag.

### Zukunftsweisende Technologie

Den Abschluss des Vortragsnachmittags bildete Dr. Wolfgang Zillig vom Fraunhofer-Institut für Bauphysik. Der Sanierungsexperte geht beispielsweise davon aus, dass in Zukunft Räume zunächst nur noch bis ca. 18 Grad grundtemperiert werden, bei einer Nutzung aber umgehend mit Hilfe entsprechender Sensorik auf die voreingestellte Wohlfühltemperatur erhöht wird.

Besonders interessant waren seine Ausführungen zu einer neuen Dämmtechnik mit magnesitgebundenen Platten aus dem nachwachsenden Rohstoff Typha (Rohrkolben). Gerade in Verbindung mit Moornaturierungen wäre diese Dämmtechnik eine zukunftsweisende Technologie, auch fürs Oberland. **□**

## LED-Leuchten für Langquaid

### Bayernwerk verbessert Effizienz der Straßenbeleuchtung

**Der Markt Langquaid hat das Bayernwerk beauftragt, 828 Leuchten, die bisher mit Quecksilberdampfleuchtmittel oder Leuchtstoffröhren ausgestattet waren, auf moderne LED-Leuchten und Energiesparleuchtmittel umzurüsten. Bürgermeister Herbert Blascheck informierte sich vor Ort nach Beendigung der Arbeiten über die Umrüstung der Straßenbeleuchtung.**

Von dieser Modernisierung der Straßenbeleuchtung durch das Energieunternehmen Bayernwerk AG profitiert der Markt Langquaid sowohl ökonomisch als auch ökologisch: Die neuen LED-Module erzeugen gegenüber der bisherigen Leistung von 89 Watt mit nur noch 17 Watt die gleiche visuelle Lichtmenge. Die Umrüstung der Straßenleuchten bringt insgesamt pro Jahr eine Energieeinsparung von gut 217.000 Kilowattstunden mit sich. Zudem verringert sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Langquaid dadurch ab sofort pro Jahr um rund 100 Tonnen.

### Gut kalkulierbare Kosten

„Wir bieten den Kommunen die Sicherheit für eine Straßenbeleuchtung nach dem neuesten Standard ohne technisches Risiko bei gut kalkulierbaren Kosten“, beschreibt Stephan Leibl, Kommunalbetreuer der Bayernwerk AG, dieses Dienstleistungskonzept. Leibl informierte Bürgermeister Blascheck zusammen mit Vertretern der Dienstleistungsfirma Doblinger.

Die bislang eingesetzten Quecksilberdampfleuchten werden aufgrund einer EU-Vorschrift ab 2015 vom Markt genommen. Spätestens dann werden diese Leuchtmittel im Ersatzfall durch neue, effiziente Leuchtmittel zu ersetzen sein.

LED-Leuchten bieten bereits heute viele Vorteile und werden nach Einschätzung aller Anwesenden die konventionelle Technik Schritt für Schritt ablösen. Die Lebensdauer der LED-Leuchten beträgt nach Herstellerangaben 12 bis 15 Jahre, damit verringern sich Ausfälle und Störungen. Auch ökologisch punkten LED-Leuchtmittel, da sie kein Schwermetall enthalten und das Licht einen sehr geringen UV-Anteil hat, was die Leuchten für Insekten praktisch unsichtbar macht. **□**

## 2. Münchener Energietage:

# Konvergenz von Gas und Strom

„Der Brückenschlag zwischen Gas- und Strominfrastruktur ist eine der wichtigsten Herausforderungen der Energiewende. Denn die Kopplung von Gas- und Stromnetz ist die einzige Möglichkeit, das schwankende Angebot aus erneuerbaren Energien wie Sonnen- und Windkraft langfristig und in großem Maßstab zu speichern und zu nutzen.“ Dies erklärte der Vizepräsident des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW), Michael Riechel, im Vorfeld der 2. Münchener Energietage, die vor kurzem in der bayerischen Landeshauptstadt stattfanden.

Der spartenübergreifende Kongress von DVGW und VDE legte seinen Fokus heuer auf die zentralen Herausforderungen der Energiewende mit dem besonderen Augenmerk auf spartenübergreifende Konvergenzfelder. Im Mittelpunkt standen u. a. Themen wie Management der Energiewende, Herausforderungen des Asset Managements im Kontext des energierechtlichen Ordnungsrahmens, Speicherkonzepte und Ergebnisse von Pilotprojekten sowie der Betrieb integrierter Netze unter dem Gesichtspunkt von Systemsicherheit und Wirtschaftlichkeit.

Gaskraftwerke sind heute ein wichtiges Standbein der Energieversorgung durch ihren hohen Grad an Flexibilität und der Möglichkeit, kurzfristige Dargebotschwankungen auszugleichen. Aber auch in den Verteilnetzen werden Flexibilisierungsoptionen zunehmend benötigt. „Daher werden spartenübergreifende Konzepte zur besseren Nutzung des gemeinsamen Potenzials an bestehenden und zukünftigen Berührungspunkten erarbeitet.

Hier brauchen wir Anreize für neue Speichertechnologien“, bekräftigte VDE-Präsident Dr. Joachim Schneider. Power-to-Gas könne dabei das Gas mit dem Stromnetz verbinden und biete eine vielversprechende Option für die benötigten Langzeitspeicher für erneuerbare Energien mit großen kapazitiven Potenzialen.

## KWK neu dimensionieren

Mit dem Management der Energiewende aus Sicht eines Querverbundunternehmens befasste sich Stephan Schwarz, Stadtwerke München GmbH. Um die Infrastruktur der Erzeugung in den Lastzentren zu erhalten und umzubauen, sei das Augenmerk zunächst auf eine gesicherte Flexibilität mit konventionellen Kraftwerken zu richten. Zudem müssten regenerative Stromüberschüsse im Wärmenetz genutzt werden. Auch gelte es, die KWK im neuen Energiesystem neu zu dimensionieren, eine kostengünstige Alternative bei der Wärmeerzeugung anzubieten und die Gesamtwirt-

schaftlichkeit inklusive Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Als Beitrag der Stadtwerke München zum Gelingen der Energiewende nannte Schwarz die Fernwärme-Vision 2040, d. h.: Bis 2040 soll München die erste deutsche Großstadt werden, in der Fernwärme zu 100 % aus erneuerbaren Energien gedeckt wird: Basis hierfür ist die Geothermie.

„Die Erzeugung auf fossiler Basis und (während der Restlaufzeiten) aus Kernenergie wird verdrängt“, machte Peter Franke, Vizepräsident der Bundesnetzagentur in Bonn, deutlich. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien sei in erheblichem Umfang standortgebunden (vor allem Offshore-Windkraft). Das Übertragungsnetz sei nicht auf diese Standorte, sondern auf die Standorte bestehender Großkraftwerke (Braunkohle, Kernenergie, Steinkohle) ausgerichtet. Einen großräumigen Netzausbau zur „Ableitung“ des Stroms aus Erneuerbaren Energien erachtet Schwarz als erforderlich, da die Erzeugungsstandorte überwiegend lastfern seien.

## Frage der Systemstabilität

Die mangelnde Kraftwerkskapazität bezeichnete der Vizepräsident als ein räumlich und zeitlich begrenztes Problem in Süddeutschland und eine grundsätzliche Herausforderung für die Versorgungssicherheit im gesamten Bundesgebiet. Durch die sofortige Außerbetriebnahme der acht ältesten Kernkraftwerke sei Süddeutschland überproportional betroffen. Die Kapazität laufender Kraftwerke reiche zur Bewältigung von Engpassituationen nicht aus. Daher müssten Reservekraftwerke mobilisiert und die Stilllegung laufender Anlagen verhindert werden. Da mit dem Netz-

ausbau Süddeutschland in die neuen Erzeugungsstrukturen eingebunden wird, bestehe ein vorübergehendes Risiko für die Systemstabilität.

Franke zufolge können Stromspeicher bei Starkwind oder hoher Sonneneinstrahlung überschüssig erzeugten Strom in Zeiträumen mit geringerer EE-Erzeugung verlagern. Das Energiedargebot aus Erneuerbaren Energien werde damit besser genutzt. Stromspeicher wie z. B. Batteriespeicher könnten sich an Mechanismen zur Kapazitätsabsicherung beteiligen, seien bislang allerdings großtechnisch nicht verfügbar. „Power-to-Gas“ (PtG) als Speichertechnologie mache weiterhin konventionelle Erzeugungskapazitäten erforderlich und sei kein Ersatz für gesicherte Erzeugungskapazitäten.

## Strukturen auf Verteilnetzebene

Mit den zukünftigen Strukturen auf Verteilnetzebene beschäftigte sich Prof. Dr.-Ing. Markus Zdrallek, Bergische Universität Wuppertal. Seiner Ansicht nach ist eine signifikante Reduktion des Netzausbaubedarfs möglich, wenn PtG-Anlagen auf Verteilnetzebene innerhalb der nächsten zehn Jahre wirtschaftlich werden. Insbesondere ländliche Niederspannungsnetze seien für eine Kopplung geeignet. Bivalente Gasvorwärmanlagen seien als Kopplungselement wirtschaftlich darstellbar, jedoch in der Regel mit zu geringem Leistungspotenzial.

Als nicht wirtschaftlich bezeichnete Zdrallek PtG-Anlagen ohne Deckungsbeitrag aus vermiedem Stromnetzausbau. Deckungsbeiträge aus reduziertem Netzausbau müssten wesentlich zur Wirtschaftlichkeit der Kopplungselemente beitragen. Erforderlich seien deutlich sinkende Anlagenpreise für PtG-Anlagen.

Wirtschaftlichkeit (Deckungsbeiträge aus Markt und Netz) werde erreicht durch übergreifende Smart-Grid-Konzepte für Strom- und Gasverteilungsnetze, so Zdrallek weiter. Die Kopplung der Netze müsse auf möglichst

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir laden herzlich zum 2. Bayerischen Wasserkraftforum ein und bitten um freundliche Beachtung. □

niedriger Netzebene erfolgen. Darüber hinaus seien der Ausbau im überlagerten 110-kV-Hochspannungsnetz zu reduzieren und neue Sektoren für CO<sub>2</sub>-neutrales Gas (z. B. Mobilität) zu erschließen. Die Speicherfunktion der PtG-Anlagen stelle einen systemischen Mehrwert dar, der im derzeitigen Marktdesign bislang nicht honoriert wird, stellte der Wuppertaler Professor fest.

## Thermische Energiespeicher

Dr. Andreas Hauer vom Bayerischen Zentrum für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE Bayern) verwies seinerseits darauf, dass thermische Energiespeicherung durch eine Vielzahl verschiedener Technologien realisiert werden kann. Es existierten viele Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten für thermische Energiespeicher; diese müssten auf ihre tatsächliche Anwendung hin ausgewählt werden. Auch könnten sie eine preisgünstige Lösung für die dezentrale „Speicherung“ erneuerbarer Elektrizität darstellen.

Gert Müller-Syring, Jens Hüt-

tenrauch und Stefan Schütz (DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH, Leipzig) hoben schließlich hervor, dass ein hoher Bedarf für Lösungen zur Integration EE besteht, insbesondere in ländlichen Stromverteilnetzen. Die Lastverschiebungspotenziale im Stromnetz sollten genutzt werden, Smart Grids böten Lastverschiebungs-, Speicher- und Transportkapazitäten und seien somit ein Lösungsbaustein.

Die Potenziale einer Netzkonvergenz (z. B. Lastverschiebung und P2G) seien räumlich verschieden und bedürften einer Standortanalyse. Die Etablierung der Kopplungselemente beginne (voraussichtlich) in Nischen mit guten Rahmenbedingungen. Die Thematik werde insbesondere vom DVGW und seinen Mitgliedsunternehmen systematisch und intensiv begleitet. Der Erfolg von Smart Grids werde wesentlich von der zeitnahen (weniger als zehn Jahre) und preisgünstigen Verfügbarkeit von Kopplungselementen mit ausreichend Kapazität abhängen, so die Prognose der Leipziger Referenten. **DK**

## Ausstellung „Energiewende“ in Aschaffenburg

Die Energieagentur Bayerischer Untermain zeigt ab dem 23. April 2014 die Ausstellung „Energiewende“ im Rathaus der Stadt Aschaffenburg in Kooperation mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie sowie der Regierung von Unterfranken. Die Eröffnung übernimmt Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz-Josef Pschierer.

Schwerpunkt der Ausstellung ist die Umsetzung des „Bayerischen Energie-3-Sprungs“ mit den Themenbereichen „Energiebedarf senken“, „Energieeffizienz steigern“ und „Erneuerbare Energien ausbauen“. Sie kann kostenlos bei der Regierung von Unterfranken ausgeliehen werden.

Im Rahmen der Eröffnung wird eine Führung durch die Ausstellung angeboten. □

## Vorschau auf GZ 9

In unserer Ausgabe Nr. 9, die am 2. Mai 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzien
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau
- Grünanlagen · Bestattungswesen · Friedhof

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

15. Mai 2014

**2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM**  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-wasserkraftforum.de](http://www.bayerisches-wasserkraftforum.de)

### Bänke

**NUSSER**  
Bestens ausGESTADTet

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG · 07195/693-111  
[www.stadtmoebel.de](http://www.stadtmoebel.de)

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### Fahradabstellanlagen

**LANGER** s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

**PP**

**Prior & Peußner**  
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:  
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

[www.pp-service.com](http://www.pp-service.com)

26. Juni 2014

**7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM**  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
Bürgerhaus Garching bei München  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

### Gewerbepbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Masing  
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**Constanze von Hassel**

Telefon 081 71.9307-13

[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**Theresa von Hassel**

Telefon 08171.9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Holzpellets

**SCHMIDMEIER**  
NaturEnergie

Wir liefern Industriepellets

Tel (0)941 696 69-82 Fax -60  
[industriepellets@schmidmeier.com](mailto:industriepellets@schmidmeier.com)

### Kommunale Energieberatung

**Green City Energy**  
Der alternative Energiedienstleister

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 · [www.green-city-energy.de/keb](http://www.green-city-energy.de/keb)  
[peter.keller@green-city-energy.de](mailto:peter.keller@green-city-energy.de)

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

November 2014

**2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM**  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**  
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

**Inserieren bringt Erfolg!**  
[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)